



WERK und WIR
HOESCH AKTIENGESELLSCHAFT
BERGBAU

9

1969

INHALT

- 238 Nicht Fremde, sondern Freunde
- 239 Unsere ausländischen Kollegen
- 242 Wirtschaftliches Wachstum
nicht ohne Gastarbeiter □
- 242 Josef Weber zum 65. Geburtstag
- 242 Gerhard Elkmann zum 65. Geburtstag
- 245 Großes Verdienstkreuz für
Dr. Ochel und Dr. Koch
- 246 Hoesch-Stahl schützt vor Sturmflut
- 250 1000,- DM zu gewinnen:
Wir suchen ein Motto für unser
Vorschlagswesen
- 97 Die erste Druckluftlokomotive Europas lief
vor 60 Jahren in den Emscherschächten
- 101 Schnellhobel auf Fürst Leopold
- 102 80 Jahre Gewerkschaft der Bergleute
- 105 Freude mit dem Affenbaby
in Bockum-Hövel
- 106 Die längste Nacht mit der Grubenlampe □
- 107 Warum Bundesknappschaft?
- 108 5 Minuten Sicherheit: Gefahren
am Zughub
- 251 Neuer Tarifvertrag für die
metallverarbeitende Industrie
- 251 Krankenversicherungsschutz
bei Urlaubsreisen
- 252 Die neue automatische Faßstraße der
Blefa: Alle 9 Sekunden ein Faß
- 254 Mitten im Leben mit 69:
Teichwirt im Sauerland
- 255 Unsere Sprachbetrachtung □
- 256 Durst ist schlimmer als Heimweh
- 258 Wir lasen für Sie
- 259 Gesetz über die Lohnfortzahlung
im Krankheitsfall
- 261 Unsere Jubilare
- 262 Die Werke und Gesellschaften
der Hoesch AG
- 263 Der Fotowettbewerb

Titelseite: Marino Giovanni gehört – er ist Italiener – zu der Gruppe der 2650 bei Hoesch beschäftigten Gastarbeiter. Eingewiesen von Friedhelm Hoffmann prüft er Pleuelstangen bei der Rothe Erde - Schmiedag AG in Hagen

Rückseite: Die im Oxygenstahlwerk erzeugten Stahlblöcke wandern rotglühend zu den Tieföfen der Walzwerke

Nicht Fremde, sondern Freunde

Annähernd 1,4 Millionen ausländische Arbeiter sind gegenwärtig in der Bundesrepublik beschäftigt. Hält die in dieser Zahl zum Ausdruck kommende Expansionskraft der westdeutschen Wirtschaft an, wird der Anteil ausländischer Arbeiter in unseren Betrieben weiter wachsen. Seit mehr als hundert Jahren werden Ausländer in der deutschen Industrie beschäftigt. Wie ein Magnet hat der höhere Lebensstandard viele Menschen aus industriell weniger entwickelten Gebieten angezogen: in früheren Generationen waren es allerdings Einwanderer, die überwiegend aus den östlichen Nachbarstaaten kamen und nicht nur eine bessere wirtschaftliche Existenz, sondern auch eine neue Heimat finden wollten. Die Menschen dagegen, die seit mehr als fünfzehn Jahren vor allem aus den Mittelmeerländern in die Bundesrepublik kommen, sind keine Einwanderer, sondern Gastarbeiter. Meist wollen sie nur wenige Jahre in unserem Land tätig sein. Selbst diejenigen Ausländer, die nach einiger Zeit ihre Familie nachkommen lassen mit der Absicht, hier ansässig zu werden, fassen diesen Entschluß erst, wenn sie die Überzeugung gewonnen haben, daß ihnen die Anpassung an die neuen Lebensverhältnisse gelingt. So wird klar, daß der Gastarbeiter nicht die gleiche Bereitschaft – wie früher der Einwanderer – mitbringt, neue Lebensgewohnheiten anzunehmen und sich einer ungewohnten Umgebung schnell anzugleichen. Das ist menschlich verständlich, aber auch die Ursache für manche Probleme. Obwohl zwischenstaatliche Verträge in fast vollkommener Weise den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik regeln und sie arbeits- und sozialrechtlich mit dem deutschen Arbeitskollegen gleichstellen, haben alle kollektiven Lösungen bisher nicht vermocht, die menschlichen Schwierigkeiten aus der

Welt zu schaffen. Diese Schwierigkeiten beginnen bei der sprachlichen Verständigung, reichen über Ernährung und Klimaaumstellung, die kulturelle Betreuung bis zur Eingewöhnung in einen bisher nicht gekannten Lebens- und Arbeitsrhythmus. Wenn zu allem noch die – vielleicht unbewußte – Einstellung hinzukommt, das alles eben zwei, drei Jahre bis zur Rückkehr in die Heimat in Kauf nehmen zu müssen, dann fehlt die wichtigste Voraussetzung für die Überwindung der Schwierigkeiten im menschlichen Bereich, nämlich die Bereitschaft, sich an die neue Umwelt anzupassen. Können wir hieran etwas ändern? Nun, wer Bereitschaft vom andern erwartet, sollte sich selbst nicht verschließen. Die deutsche Wirtschaft benötigt die ausländischen Arbeitskräfte dringend. Dürfen die Gastarbeiter nicht auch von uns die Bereitschaft erwarten, daß wir ihnen helfen, ihre menschlichen Probleme zu überwinden? Schon etwas mehr Verständnis für ihre besondere Lage könnte manche Schwierigkeit aus der Welt schaffen. Außerdem sollte es uns nicht gleichgültig sein, mit welchen Eindrücken und Vorstellungen die Gastarbeiter nach einem mehrjährigen Aufenthalt in ihre Heimatländer zurückkehren. Das Bild, das sie von unserem Land und den hier lebenden Menschen mitnehmen, wird von uns allen geformt. Es wird positiv sein, wenn der ausländische Arbeiter hier menschliche Anerkennung gefunden hat und als willkommener und geachteter Mitarbeiter behandelt wurde. Helfen wir mit, daß die Gastarbeiter eines Tages nicht als Fremde, wie sie gekommen sind, sondern als Freunde in ihre Heimat zurückkehren.

Walter Hülkaskamp

Wir haben uns an sie gewöhnt: an die ausländischen Kollegen in unseren Werken und Betrieben. Sie gehören dazu, zur Belegschaft. Wenn sich morgens und abends die Tore öffnen, sind sie mit uns im Schwarm der Menschen, die zur Arbeit gehen oder Feierabend machen. Die Kollegen aus Italien, aus Griechenland, aus Spanien und aus der Türkei sind nach Deutschland gekommen, um Geld zu verdienen. Sie lernen das Gastland also nicht durch die Brille des Touristen kennen. Sie schauen hinter die Kulissen und rücken uns nahe auf den Leib. Das erzeugt naturgemäß Spannungen. Südländisches Temperament ist eben etwas anderes als zum Beispiel westfälische Gelassenheit. Doch sind das nicht die einzigen Schwierigkeiten, die durch das Zusammenleben im Betrieb entstehen. Die Deutschen arbeiten, um zu leben. Die Ausländer bei uns, um zu sparen. Sie leben außerordentlich bescheiden und legen, je nach den besonderen Verhältnissen, im Jahr 4000 DM bis 6000 DM auf die hohe Kante. Kein Wunder also, daß sie sich nach Über-

stunden, Nacht- und Sonntagsarbeit drängen. Sie ziehen sich damit leicht den Unwillen ihrer deutschen Kollegen zu, da durch die Mehrarbeit ihr Verdienst am Ende des Monats oft höher liegt als der der deutschen Arbeitnehmer. Doch alle diese Gegensätzlichkeiten brauchen nicht zu sein, wenn sich ein jeder bemüht, den anderen zu verstehen, bereit ist, ihn zu respektieren. Ohne Rücksichtnahme, sowohl von seiten der Deutschen wie auch von seiten der Ausländer, geht es nicht. Ohne Verständnis füreinander ist eine Partnerschaft im Betrieb nicht möglich. Bei den Werken und Gesellschaften der Hoesch AG sind augenblicklich 2650 ausländische Arbeitnehmer beschäftigt. Unter ihnen sind Ausländer, die aus den an Deutschland angrenzenden Ländern stammen oder seit längerer Zeit ihren Wohnsitz in Deutschland haben. Eine weitere abgegrenzte Gruppe bilden die Ausländer, die zum Zweck der Ausbildung oder der Information vorübergehend in der Bundesrepublik beschäftigt sind. Die weitaus größte

Zahl unter unseren ausländischen Mitarbeitern stellen aber die Gastarbeiter, die wegen der angespannten Arbeitsmarktlage aufgrund von Regierungsvereinbarungen für eine mindestens einjährige Beschäftigung in der Bundesrepublik aus Italien, Griechenland, Spanien und der Türkei angeworben wurden. Da diese Arbeitnehmer aus Ländern stammen, die sich durch Sprache, Klima, Lebensgewohnheiten, Religion, politische, soziale und wirtschaftliche Verhältnisse von uns häufig sehr stark unterscheiden, fällt ihnen das Einleben in Deutschland nicht immer leicht. Hundert Griechen, Spanier, Italiener sind hundert Individualisten. Aber ihr Individualismus ist, mag er mit Abneigung gegen organisatorische Maßnahmen und gegen Richtlinien von oben einhergehen, nicht gemeinschaftsfeindlich. Doch stärker als die Betriebshierarchie sind andere Bindungen: der Gemeinschaftssinn beispielsweise im Rahmen von Familie und Sippe. Stellt die Familie einen hohen Wert dar, so nicht unbedingt Haus und Wohnung, was wiederum mit dem milderen Klima zusammenhängt. Das Heim

kann für den Südländer auch der Marktplatz sein, das Dorf oder ein Teil der Stadt. Hier trifft man die Verwandtschaft und die Freunde. Wer aber in Deutschland beim Müßiggang angetroffen wird, läuft Gefahr, als Herumtreiber eingestuft zu werden. Noch weniger wird von den Menschen gehalten, die in den Wartesälen sitzen. Dabei plagt diese vielleicht starkes Heimweh. Dann können der Bahnhof, die Schienen auf magische Weise die Verbindung mit der Heimat sein. Die Werksleitungen und die Personalleiter sind bemüht, Vorurteile gegen die Gastarbeiter abzubauen. Trotzdem bleibt es nicht aus, daß einige deutsche Arbeitnehmer in den ausländischen Kollegen nur einen zeitlichen Behelf sehen, ihnen häufig die schwersten Arbeiten zuweisen, im weiteren aber positive Eigenschaften absprechen. Die Männer aus der Mittelmeergegend seien faul, hält mancher für erwiesen. Ihnen fehle die entsprechende Berufsauffassung, lautet ein anderer Vorwurf. Sie »machen« auch viele Unfälle, seien im allgemeinen wehleidig, oft und länger krank, außerdem disziplinos.

▲ Brana Vujic stammt aus Jugoslawien. Er kam nach Deutschland, weil er endlich seinen Vater kennenlernen wollte, der seit 1941 in Hamm lebt. Er wohnt noch heute mit dem Vater zusammen und arbeitet als Elektriker bei den Röhrenwerken in Hamm. Dort gehört er zur »fliegenden Kolonne«, die bei Reparaturen eingesetzt wird. »Ich mußte mich völlig umstellen, als ich nach Deutschland kam. Als Südländer wußte ich nicht, daß man mit Westfalen erst einen Sack Salz essen muß. Doch wer durchhält und Deutsch lernt, kann auch als Ausländer vorwärtskommen.« Er muß dann aber auch deutsch schreiben und lesen können, um wie Brana Vujic in der Zentralelektrowerkstatt den Vorarbeiter vertreten zu können. Der Jugoslawe gehört zu den Leitern des vor einigen Jahren gegründeten Fußballklubs BSG Hoesch

Der Düsseldorfer Betriebspsychologe Dr. H. Sopp hat festgestellt, daß auf die Beziehungen zwischen Einheimischen und Gastarbeitern spätestens nach den ersten drei Tagen der erste Reif fällt: »Am ersten und



Unsere ausländischen Kollegen



«In der Türkei war Kemal Capa (Mitte) Kaffeekocher in einer Cafeteria. Als er im Frühling dieses Jahres nach Deutschland zu den Hohenlimburger Walzwerken kam, fragte man ihn, ob er die Hitze in einem Warmbetrieb vertragen könne. Er antwortete: »Ich war in der Türkei auch immer vor dem Feuer«, und zeigte auf seine Wangen, die von der Holzkohlenglut unter dem Kaffeekessel verbrannt sind. So ist er heute Einbinder in der Kontistraße des Warmwalzwerkes. – Recep Maras (links stehend) ist dagegen im Federnwerk beschäftigt. Die Fahrt nach Hohenlimburg aus seiner Heimat – der Kohlenstadt Zonguldak, wo er Schmied im Bergbau war – hat drei Tage und zwei Nächte gedauert. Recep Maras hat keine Angst vor dem neuen Leben in Deutschland. Er ist hergekommen, um Geld für eine eigene Schmiede zu verdienen. – Von sechs Brüdern sind fünf in Deutschland. Vier – unter ihnen Mehmet Aydin (2. v. r.) – arbeiten in Hohenlimburg und schlafen in einem Zimmer im Wohnheim der Türken. Mehmet Aydin ist heute Einbinder im Kaltwalzwerk. Zu Hause fuhr er im Bergbau unter Tage eine Diesellok. Alle vier Brüder wollen im nächsten Urlaub im gemeinsam gekauften Auto nach Hause fahren und für Mehmet Aydin, der als einziger unverheiratet ist, eine Frau suchen. Gespart wird für einen Omnibus, der später auf der Strecke Istanbul-Ankara-Samsun fahren soll. – Aptullah Zorkirisci (rechts) kam vor sieben Monaten zum zweitenmal nach Deutschland. 1965/66 war er bereits ohne Familie hier. Jetzt hat er aus Antep in der Südtürkei seine Frau und seine vier Kinder mitgebracht. Aus Antep kommt auch das süße türkische Gebäck Baklava aus Blätterteig mit Nüssen, Mohn und Ei gefüllt, das er anbietet. Sein erlernter Beruf ist Teppich-

knüpfer: er spart für eine Teppichknüpfmaschine, die 10000 DM kostet. Seine Kinder gehen in Letmathe zur Schule. Sie sollen gut Deutsch lernen, damit sie später in der Türkei Dolmetscher werden können. Aptullah Zorkirisci arbeitet in der Montage des Federnwerkes. – Doch die meisten der 350 Türken in Hohenlimburg leben hier ohne ihre Familien. Fast alle wollen eines Tages in ihre Heimat zurück, obwohl es ihnen in Deutschland gut gefällt. Als wir fragen, ob sie manchmal Heimweh haben, zieht Mustafa Caldag (links sitzend) ein Foto aus der Rocktasche und sagt: »Wie kann ich das vergessen!« Auf dem Foto ist seine Familie und sein Zuhause abgebildet

▼ In einer Werkswohnung des Schwerter Profileisenwalzwerkes lebt der Spanier Augustin Gomez Gallardo, heute 28 Jahre alt. Er ist mit einer Spanierin verheiratet, die er in Schwerte (!) kennenlernte. Augustin Gomez Gallardo kam vor fünf Jahren nach Deutschland. Zu Hause arbeitete er als Angestellter im Erzbergbau. Hier ist er in der Zureicherei des Schwerter Werkes beschäftigt, nachdem er als Krananhänger, an der Richtmaschine und an der Schleifmaschine gearbeitet hatte. Inzwischen versteht und spricht er Deutsch. Er und seine Frau lernen nach einem Fernlehrgang die deutsche Grammatik. An menschlichen Kontakten mangelt es ihnen nicht. Bis vor zwei Jahren spielte Augustin Gomez Gallardo Fußball in der Betriebssportgemeinschaft Schwerter Profil

zweiten Tag ist das Interesse am neuen Kollegen groß, aber dann gibt es unweigerlich die erste Panne: Die allesamt sparsamen Ausländer denken nicht daran, einen Einstand zu geben und Bier zu spendieren.« Entscheidender für den Abbau ungerechter Vorurteile aber ist die Einsicht, daß für die meisten Ausländer in der Bundesrepublik die erste Begegnung mit dem industriellen Fertigungsprozeß stattfindet. Der Ausländer muß sich anfangs einen gewissen Fond an Reaktion, Technik und Bereitschaft eintrainieren.

Nach Aussage unserer Betriebskrankenkasse unterscheidet sich überdies der Krankenstand der Ausländer nur unwesentlich von dem der Deutschen.

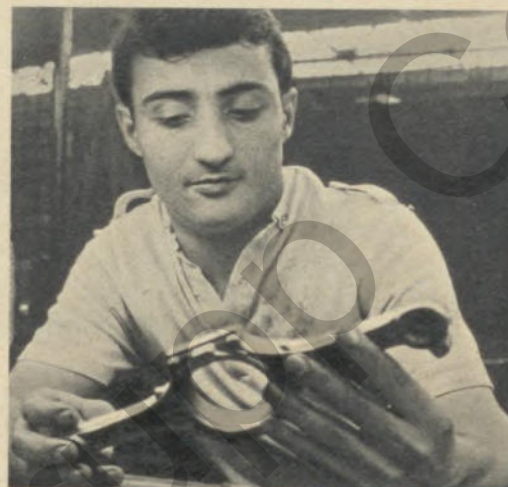
Dagegen ist die Unfallhäufigkeit der Ausländer am Arbeitsplatz wesentlich höher als die der Deutschen. Das erklärt sich, wie bereits erwähnt, aus sprachlichen Schwierigkeiten und aus der fehlenden oder unzureichenden Industrieerfahrung.

Hin und wieder kommt es vor, daß ein Ausländer meint, sein deutscher Kollege, der einem anderen Deutschen gerade einen Witz erzählte, habe über ihn gelacht. Es kommt zu Mißverständnissen und unerfreulichen Auseinandersetzungen. Ebenso unschön sind Titulierungen wie »Itaker« und »Zitronenschnüffler«. Dieser weniger empfehlenswerte Sprachschatz ist dem Betriebsklima in keiner Weise förderlich, denn allzu leicht erzeugt er ungewollt Spannungen. Ohne Frage liegt es aber auch an den ausländischen Kollegen, ob sie sich in diesem Land wohl fühlen. Sie können nicht erwarten, daß sich die Einheimischen nur nach ihnen richten.

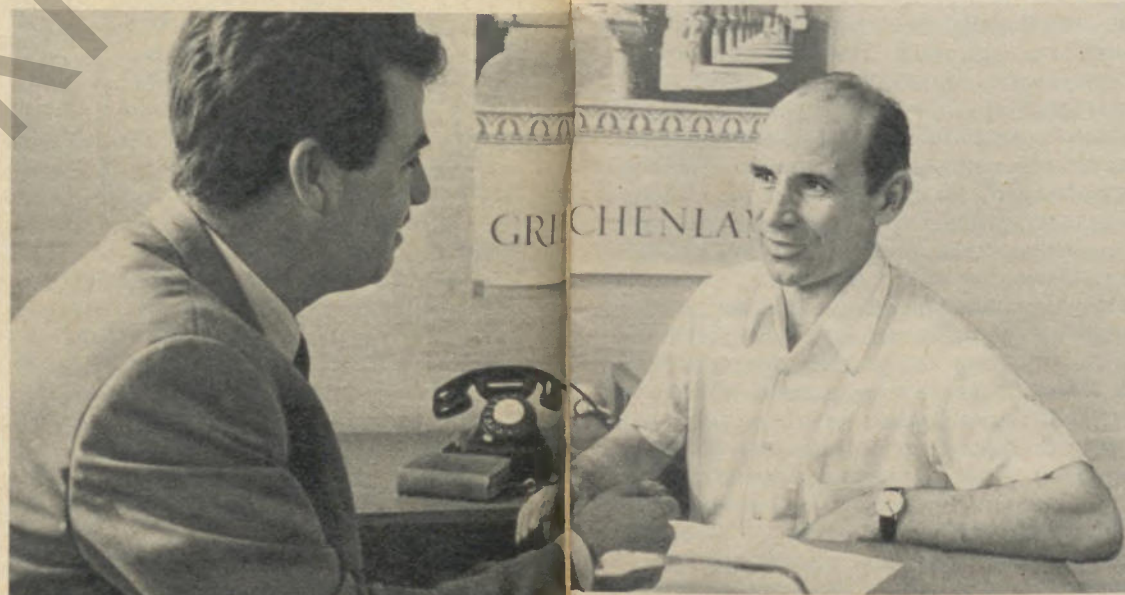
Ausländische Mitarbeiter nehmen keine

Sonderstellung ein. Sie sind gleichberechtigt in den Arbeitsprozeß, in den Produktionsablauf eingegliedert. Das bringt Verpflichtungen mit sich. Der deutsche Kollege kann erwarten, daß sich sein Nachbar aus Italien, oder woher er auch immer sein mag, bemüht, die deutsche Sprache zu erlernen. Aber auch dann, wenn sich der ausländische Kollege eingearbeitet hat, werden die Schwierigkeiten nie ganz ausbleiben. Doch denken wir daran, daß die Gastarbeiter einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung unseres Lebensstandards leisten. Sie sind wertvolle Mitarbeiter, keine Menschen zweiter Klasse. Behandeln wir sie so, wie wir behandelt werden möchten, wenn wir in einem fremden Land arbeiten müßten.

► Georgius Mitsalos, der aus Nordgriechenland stammt, arbeitet im Lager des Kaltwalzwerkes der Westfalenhütte. Bevor er dort Ringe verpackte – er ist jetzt vier Jahre bei Hoesch –, hat er neun Monate in der Weißbandzerteilerei gearbeitet. Er spricht gut Deutsch und wohnt mit Frau und Tochter in zwei Zimmern zur Untermiete. Drei seiner Söhne, die bei den Großeltern in Griechenland leben, besuchen ein Gymnasium. Georgius Mitsalos hat Schneider gelernt. Doch mit diesem Beruf war in seiner Heimat kein Geld zu verdienen. Dann hat er in der Landwirtschaft gearbeitet und Schafe gehalten. Als er 1963 seinen Bruder in Deutschland besuchte, der hier studiert, blieb er gleich selber hier. In Dortmund leben noch zwei Schwestern von ihm. Auf unserem Bild sehen wir ihn (rechts) mit Georgius Maltoudis, der in Dortmund den Griechentreffpunkt in der Münsterstraße leitet



«In der Schmiede-Endkontrolle der Rothe Erde-Schmiedag AG in Hagen ist der Italiener Marino Giovanni am Kontrollband beschäftigt. Er prüft Pleuelstangen für die Automobilindustrie. Marino Giovanni kommt aus Cariatì in Süditalien, ist jetzt eineinhalb Jahre in Deutschland und wohnt zusammen mit einem Bruder und einer Schwester zur Untermiete. »Die Arbeitskollegen sind freundlich zu mir«, sagt der 21jährige Italiener, der noch nicht genau weiß, wie lange er in Deutschland bleiben will. Einsam fühlt er sich jedenfalls nicht, denn seine gastfreundliche Art – wie die des Bruders und der Schwester – schafft unschwer gute Bekanntschaften





Am 10. September vollendete Josef Weber, Aufsichtsratsmitglied der Hoesch AG, seinen 65. Geburtstag. In der Reihe der Gratulanten möchten wir nicht fehlen und Josef Weber herzliche Glückwünsche für viele weitere gesunde Lebensjahre übermitteln.

Josef Weber wurde in Essen geboren. Er durchlief von 1918 bis 1921 die kaufmännische Lehre bei der Konsumgenossenschaft Wohlfahrt. Im Selbststudium bildete er sich in von der Stadt veranstalteten Kursen weiter. Schon 1929 wurde er Handlungsbevollmächtigter und bald darauf Buchhaltungsleiter. Diese Stellung mußte er 1936 als »politisch nicht zuverlässig« aufgeben. Bis 1939 war er darauf in mehreren kleinen Be-

trieben tätig, wurde gleich zu Kriegsbeginn einberufen und 1945 schwer verwundet. Von 1951 bis 1956 war Josef Weber als Abteilungsleiter für »kaufmännische Angestellte« beim Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie in Bochum tätig. Danach – zwanzig Jahre nach seinem Ausscheiden – kehrte er zur Konsumgenossenschaftsbewegung zurück. Er wurde zum Geschäftsführer und Vorstandsmitglied der Konsumgenossenschaft Essen gewählt. Bis 1967 war er außerdem Vorsitzender der Tarifgemeinschaft der Nordrhein-Westf. Konsumgenossenschaften.

Seit 1952 gehört Josef Weber dem Rat der Stadt Essen an, davon einige Jahre als stellv. Vorsitzender der CDU-Fraktion. Seit 1960 ist er Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Werbung der Stadt Essen. Bei der Wohnungsgenossenschaft Essen-Nord, an der auch Hoesch mit zahlreichen Altersessener Wohnungen beteiligt ist, führt Josef Weber seit 1957 den Vorsitz im Aufsichtsrat. 1957 wurde Josef Weber in den Aufsichtsrat unserer damaligen Altenessener Bergwerks AG berufen. Seit 1960 gehört er dem Aufsichtsrat der Hoesch AG an. Über ein Jahrzehnt lang hat er mit Rat und Tat den Weg von Hoesch mitbestimmt. Wir hoffen, daß ihm noch viele Jahre bei guter Gesundheit geschenkt sein mögen, so daß wir auch bei der weiteren Entwicklung unseres Unternehmens mit seinem regen und tatkräftigen Anteil rechnen können.

Gerhard Elkmann zum 65. Geburtstag



Am 26. September 1969 vollendet Gerhard Elkmann seinen 65. Geburtstag. Gerhard Elkmann, der am 15. Mai dieses Jahres in den Ruhestand getreten ist, war als kaufmännisches Vorstandsmitglied der Hoesch AG vierzehn Jahre lang für die Absatzpolitik unseres Unternehmens verantwortlich (s. unseren ausführlichen Bericht in Heft 6/1969). Zum 65. Geburtstag verbinden wir unsere aufrichtigen Glückwünsche mit dem nochmaligen Dank für Gerhard Elkmanns langjährige und erfolgreiche Arbeit im Vorstand unseres Unternehmens. Wir wünschen ihm Freude und Muße für die Beschäftigung mit den Gebieten im Bereich der Kunst und Literatur, die ihm seit je am Herzen liegen und die in den vergangenen Jahren immer zu kurz gekommen sind. Mögen ihm noch viele erfüllte Lebensjahre bei guter Gesundheit vergönnt sein.

Wirtschaftliches Wachstum nicht ohne Gastarbeiter



Weshalb arbeiten in der Bundesrepublik so viele Gastarbeiter? Welche Schwierigkeiten haben sie, und wie versucht man, diese Probleme zu lösen? Gibt es noch Vorurteile

gegen ausländische Arbeiter und bestehen sie zu Recht? Wie lange bleiben unsere Gastarbeiter durchschnittlich in Deutschland? Diese und andere wichtige Fragen beantwortet Gerhard Ahl, der Leiter des Dortmunder Arbeitsamtes.

Unser Arbeitsmarkt ist angespannter denn je: Fast einer Million offener Stellen stehen nur 100 000 bei den Arbeitsämtern registrierte Arbeitslose gegenüber. Wen wundert es, daß die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik wieder sprunghaft ansteigt! Zur Zeit sind 1 372 000 ausländische Arbeitnehmer, darunter 403 000 Frauen (= 30 v. H.) bei uns tätig; das ist ein bisher einmaliger Höchststand. Der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt 6,5 v. H., er ist im Süden höher (Baden-Württemberg 9,5 v. H.) und verliert zum Norden hin. Erhebliche Unterschiede bestehen auch von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig.

Löst die wachsende Zahl ausländischer Arbeitskräfte allmählich ein Unbehagen aus, bringt sie besondere Probleme mit sich? Diese Fragen werden wieder stärker diskutiert. Die Schweiz beschäftigt 30 v. H. ausländische Arbeitnehmer. Wir haben von den dadurch ausgelösten Problemen und den Bemühungen, sie zu lösen, gehört. Doch wie sieht die Situation bei uns aus? Warum beschäftigen wir überhaupt so viele Ausländer?

Unser gesamtwirtschaftliches Streben ist auf Wachstum ausgerichtet, von dem die laufende Erhöhung des Sozialproduktes und die Hebung des Lebensstandards abhängt. Das Bruttosozialprodukt ist allein im Jahre 1968 um 8,9 v. H. gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Eine Produktionssteigerung läßt sich erreichen durch Rationalisierung und Automation und (oder) durch den Einsatz von mehr Menschen. Bei Stillstand der technischen Entwicklung ab 1950 wären für die

1968 erreichte Verdreifachung der Produktion in der Bundesrepublik statt der tatsächlich tätigen 26,3 Millionen Erwerbstätigen 60 Millionen notwendig. Hinzu kommt die wachsende Nachfrage nach Dienstleistungen, die zumeist nur durch Menschen und nicht durch die Technik befriedigt werden kann.

Die Arbeitskraftreserven sind in der Bundesrepublik erschöpft. Zudem weist die Zuwachsrates der Erwerbstätigen eine sinkende Tendenz auf. Nach den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes wird die Zahl der deutschen Erwerbstätigen bis 1971 um jährlich 80 000 Personen abnehmen.

Wenn wir das Sozialprodukt in seiner jetzigen Größe halten oder im bisherigen Umfang angemessen erhöhen wollen, kommen wir an der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte nicht vorbei. Die Verpflichtung der Gastarbeiter beruht daher auf sehr realen Überlegungen, die jeden von uns angehen. Umgekehrt haben die Länder des Mittelmeerraumes ein starkes Interesse an der vorübergehenden Abgabe von Arbeitskräften, die sie im eigenen Land nicht beschäftigen können. Es gibt mehrere Gründe hierfür:

1. Diese Länder exportieren auf Zeit einen Teil ihrer Arbeitslosen und entschärfen damit soziale und politische Probleme im eigenen Land.

2. Die laufende Überweisung von Lohnersparnissen aus Deutschland in das Heimatland bringt erwünschte wirtschaftliche Hilfe gerade für die sozial schwächsten Volkskreise. Über zwei Milliarden DM werden jährlich in die Heimatländer der Gastarbeiter überwiesen, ungeachtet der Mitnahme langlebiger Konsumgüter und Barmittel bei Urlaubs- und Rückreisen. Zudem wird die nationale Zahlungsbilanz auf diese Weise erheblich verbessert.

3. Während ihrer Tätigkeit in der industriell hochentwickelten Bundesrepublik eignen sich die zumeist ungelerten ausländischen Arbeitskräfte vielfältige berufliche Kenntnisse an. Annähernd ein Drittel der männlichen und etwa ein Fünftel der weiblichen ausländischen Arbeitnehmer sind beruflich im Bundesgebiet aufgestiegen, dabei vor allem vom ungelerten zum angelernten Arbeiter. Der Aufstieg wurde meist nach einigen Monaten einer innerbetrieblichen Anlernung für bestimmte Tätigkeiten erreicht.

4. Schließlich wird aus der Sicht der Abgabegländer nicht der Wert verkannt, der darin liegt, daß die aus einer einfachen Agrarstruktur kommenden Menschen in wenigen

Jahren lernen und erfahren, wie sich das Leben in einer industrialisierten Gesellschaft abspielt. In diesem Prozeß, der sonst Generationen dauert, liegen große Probleme, aber auch – für den einzelnen wie das Volk – große Chancen!

Es gibt also auf beiden Seiten, bei der Bundesrepublik und bei den Mittelmeerländern, gute Gründe, Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften auszugleichen.

Die Größenordnung dieser zwischenstaatlichen Wanderung von Arbeitskräften ließ beide Seiten ein geregeltes Verfahren vereinbaren. Bei den Abgabegländern ging es hierbei um Fragen der Auswanderungspolitik, um die Sicherung des Bestandes an Facharbeitern, die im eigenen Land dringend benötigt werden, um Berücksichtigung regionaler Überlegungen, um Ausschaltung von Menschenhandel betreibender Agenturen und so weiter. Aber auch auf deutscher Seite waren Überlegungen aus dem gesundheitlichen Bereich und dem der Sicherheit und Ordnung bedeutungsvoll.

Der erste zwischenstaatliche Anwerbevertrag wurde 1955 mit Italien abgeschlossen, wobei die Initiative vom italienischen Vertragspartner ausging. Unter dem Druck der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt folgten später weitere Anwerbevereinbarungen mit:

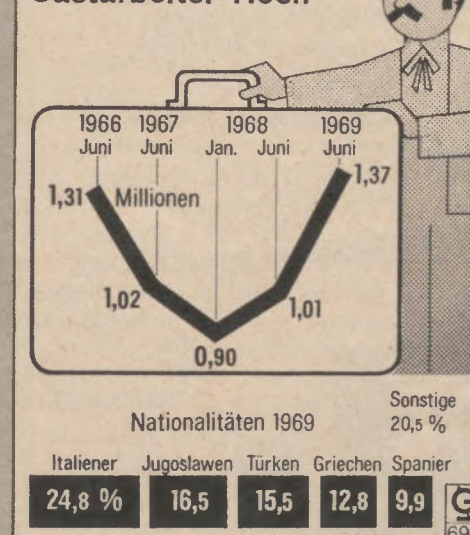
Spanien	1960
Griechenland	1960
Türkei	1961
Portugal	1964
Jugoslawien	1968

Die Bundesanstalt hat seitdem zur Abwicklung der Anwerbung folgende Dienststellen im Ausland eingerichtet, die mit deutschen Fachkräften der Arbeitsvermittlung und mit deutschen Ärzten besetzt sind:

Italien	– Deutsche Kommission in Verona
Spanien	– Deutsche Kommission in Madrid
Griechenland	– Deutsche Kommission in Athen
Türkei	– Deutsche Verbindungsstelle in Istanbul
Portugal	– Deutsche Verbindungsstelle in Lissabon
Jugoslawien	– Deutsche Delegation in Belgrad

Jeder Ausländer, der erstmalig zur Arbeitsaufnahme in die Bundesrepublik einreist, muß mit einer Reihe Schwierigkeiten fertig

Neues Gastarbeiter-Hoch



◀ Sie gingen, als die Flaute kam, und sie kamen wieder, als es aufwärtsging. Die Gastarbeiter haben sich als Konjunkturpuffer auf dem deutschen Arbeitsmarkt erwiesen. Heute, da der Aufschwung steiler ist als in der letzten Boomperiode, arbeiten auch mehr Ausländer als je in der Bundesrepublik Deutschland. Gegenüber dem Tiefstand im Januar 1968 ist ihre Zahl um über 50 v. H. angestiegen, und auch der Höchststand vom 30. Juni 1966 wurde Ende Juni 1969 noch um 5 v. H. übertroffen. Zugleich hat sich die Zusammensetzung der Gastarbeiter nennenswert verschoben: Italiener stehen zwar noch an der Spitze, aber ihr Anteil ist von 30 auf 25 v. H. zurückgegangen; ebenfalls verminderte sich das Kontingent der Spanier von 14 auf 10 v. H. Dagegen kamen aus Jugoslawien mehr als doppelt so viel; sie sind gegenwärtig die zweitstärkste Gastarbeitergruppe in der Bundesrepublik

werden. Allein aus dem Vertragsabschluß ohne persönlichen Kontakt ergeben sich besondere Probleme. Hinzu kommen ganz allgemein die anfänglichen Sprachschwierigkeiten, die klimatische Umstellung, die ungewohnte Verpflegung, das Heimweh und die andersartigen Lebensgewohnheiten und Umwelteinflüsse.

Diese Probleme stellen Fragen, die weit über den arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Bereich hinausgehen. Um das Überwinden dieser vielfältigen Schwierigkeiten bemühen sich amtliche und private Organisationen wie der Deutsche Gewerkschaftsbund, das Jugendsozialwerk, karitative Verbände und Kirchen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Anpassung, der immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein sollte, hat die Bundesanstalt für Arbeit selbst übernommen, die mit ihrem Personal in den Anwerbeländern die ersten menschlichen Begegnungen hat. Sie entfaltet Initiative für Anpassungshilfen, koordiniert die Hilfsmöglichkeiten, beteiligt sich finanziell an der Einrichtung, Ausstattung und Ergänzung von Freizeiträumen und -zentren, sorgt für Sprachlehrgänge und kulturelle Veranstaltungen und gewährt zinsverbilligte Darlehen für den Bau von Ausländerwohnheimen und von familiengerechten Wohnungen.

Die karitativen Einrichtungen und Kirchen sorgen für die soziale Betreuung in Fragen des Arbeits- und Sozialversicherungsrechts, für die gesellschaftliche Teilintegration auf Zeit und für die religiöse Betreuung.

Mit zahlreichen Problemen und Schwierigkeiten müssen in erster Linie die Betriebe fertig werden: mit dem Bereitstellen angemessener Unterkünfte, dem sinnvollen Einsatz in der Fertigung, mit Verständigungshilfen und mit der Förderung des Verständnisses des deutschen Mitarbeiters.

Alles in allem kann man sagen, daß die Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik von deutscher Seite und auch von den Heimatländern her so vielfältig ist, daß sie den Notwendigkeiten sicher gerecht wird, zumal, wenn man bedenkt, daß inzwischen allorts eingewohnte Gruppen von Landsleuten seit Jahren arbeiten und leben.

An das vor Jahren noch ungewöhnliche Zusammenleben mit Ausländern und ihren Familien im Bereich des öffentlichen Lebens

haben wir Deutschen uns längst gewöhnt. Beim Einkauf auf dem Wochenmarkt oder im Lebensmittelgeschäft erkennt man die andersartigen Lebens- und Eßgewohnheiten der Gastarbeiter, auf die sich deutsche Geschäftsleute selbstverständlich eingestellt haben.

Am Arbeitsplatz ist der ausländische Mitarbeiter ein gleichberechtigter Kollege, der teilweise eine beachtliche berufliche Qualifikation erreicht hat und kaum zu ersetzen ist. Die Heimat der ausländischen Arbeitnehmer, die Mittelmeerländer, sind bevorzugte Reise- und Urlaubsländer der Deutschen. Die Heimat der Gastarbeiter zu erleben, schafft bei den Deutschen zunehmend größeres Verständnis für die Situation der Ausländer bei uns.

Die vor Jahren in manchen Bereichen vorhandenen Vorurteile verschwinden. Frühere Pressemeldungen sprachen oft von einer besonders hohen Kriminalität der ausländischen Arbeitnehmer. Dieser Eindruck – hervorgerufen durch bestimmte Straftaten ausländischer Arbeitnehmer – ist jedoch falsch. Trotz der Altersstruktur, in der erfahrungsgemäß die Anfälligkeit am stärksten ist, ist die Kriminalität der männlichen ausländischen Arbeitnehmer bei den sogenannten Massendelikten, die 70 v. H. aller bekanntgewordenen Straftaten ausmachen, geringer als die der deutschen Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 50 Jahren. Stärker beteiligt sind die männlichen ausländischen Arbeitnehmer jedoch bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungen.

Die Beitragszahlungen der 1,3 Millionen Ausländer sind für die Rentenversicherung ein Gewinn. Ein großer Teil der Ausländer kehrt nach einer Tätigkeit von weniger als fünf Jahren in die Heimat zurück und hat nach § 1233 RVO einen Erstattungsanspruch auf den gezahlten Arbeitnehmeranteil. Der vom Arbeitgeber entrichtete Beitrag verbleibt somit in der Kasse des Rentenversicherungsträgers.

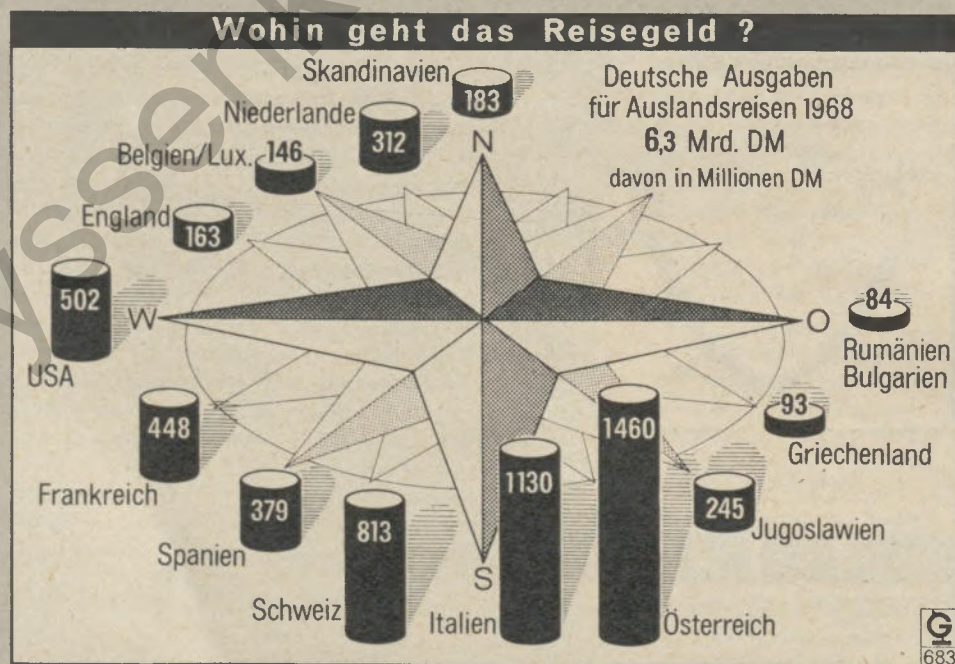
Von den 1,3 Millionen Ausländern erhielten Ende 1968 110540 Berechtigte Kindergeld für 287500 Kinder. Sowohl der Kindergeldbezug als auch der Krankenstand liegt bei den ausländischen Arbeitnehmern – wenn auch innerhalb der Ausländergruppen leicht unterschiedlich – nach wie vor unter der Gesamtquote.

Arbeitsrechtlich ist der ausländische Arbeitnehmer dem inländischen Arbeitnehmer grundsätzlich gleichgestellt. Er erhält den gleichen Lohn wie ein vergleichbarer deutscher Arbeitnehmer; wie diesem stehen ihm auch alles aus dem Tarifvertrag ergebenden Rechte zu. Er ist gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall und Berufs- und Erwerbsunfähigkeit versichert. Regierungsübereinkommen schließen bei Krankheit die Familienangehörigen in der Heimat ein und übertragen andere Leistungen für den Fall der Rückkehr in die Heimat.

Nach einer Repräsentativerhebung der Bundesanstalt für Arbeit sind etwa drei Viertel aller gegenwärtig im Bundesgebiet beschäftigten ausländischen männlichen Arbeitnehmer verheiratet. Von ihnen haben fast zwei Drittel ihre Ehefrauen, die überwiegend selbst berufstätig sind, im Bundesgebiet. Gut ein Viertel der verheirateten ausländischen Männer hat eine deutsche Ehepartnerin.

Die Repräsentativerhebung gibt erstmals einen umfassenden und differenzierten Überblick, unter anderem auf die Familien- und Wohnverhältnisse, den Umfang der Sprachkenntnisse und die berufliche Qualifikation der ausländischen Arbeitnehmer. Danach ist weit mehr als die Hälfte der männlichen ausländischen Arbeitnehmer bereits vier Jahre und länger, etwa ein Viertel sogar sieben Jahre und länger in der Bundesrepublik beschäftigt. Als Ungelernte sind gegenwärtig 34 v. H., als Angelernte 36 v. H. und als Facharbeiter 20 v. H. tätig. Eine Angestelltenfunktion üben 8 v. H. aus, während sich 2 v. H. noch in der Berufsausbildung als Lehrlinge, Praktikanten oder Volontäre befinden.

Mehr als zehn Jahre sind vergangen, seitdem die große Zuwanderung aus dem Süden Europas in den Norden und Westen begann. In der gleichen Zeit hat sich der Massentourismus von Norden in die Länder des Mittelmeeres ergossen. Es scheint daher an der Zeit, diese großen Wanderungen auch – und zunehmend stärker – unter politischen Aspekten zu betrachten. Die Kenntnis anderer Länder, anderer Menschen, anderer Sitten und Bräuche und anderer Anschauungen sollte eine gute Vorbereitung für eine engere Zusammenarbeit der Völker und Regierungen sein.



◀ Die Heimat der ausländischen Arbeitnehmer, die Mittelmeerländer, sind bevorzugte Reise- und Urlaubsländer der Deutschen. Die Heimat der Gastarbeiter zu erleben, schafft bei den Deutschen zunehmend größeres Verständnis für die Situation der Ausländer bei uns. Die Rangfolge der Reiseländer blieb 1968 die gleiche wie 1967. Dennoch hat es einige interessante Veränderungen gegeben. Die deutschen Reiseausgaben in Griechenland beispielsweise sind um ein Viertel zurückgegangen – offenbar eine Reaktion auf die dortigen politischen Verhältnisse. Die Ausgaben in Jugoslawien hingegen nahmen um 20 v. H. zu; sicherlich vor allem deshalb, weil Jugoslawien das weitaus billigste Reiseland ist. Aber auch die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien Anfang 1968 dürfte eine Rolle gespielt haben.

Hohe Auszeichnung für Dr. Ochel und Dr. Koch



Am 26. August 1969 überreichte Ministerpräsident Kühn Dr. Willy Ochel, dem Vorsitzenden unseres Aufsichtsrates, und Dr. Harald Koch, dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden, das vom Bundespräsidenten verliehene Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Entgegen der Gepflogenheit, diese hohe Auszeichnung in der Staatskanzlei zu überreichen, war Ministerpräsident Kühn nach Dortmund gekommen. Er wich vom Protokoll ab, weil – nach seinen Worten – in der Ehrung Dr. Ochels und Dr. Kochs etwas Symbolhaftes zum Ausdruck kam, nämlich die »Gleichzeitigkeit, Gemeinsamkeit und Gleichrangigkeit der Auszeichnung zweier Persönlichkeiten, die von den beiden Seiten moderner wirtschaftsbürgerlicher Partnerschaft in einem Spannungsfeld vorbildlich zusammenwirkten, in dem die Interessen keineswegs immer identisch sind, und es auch nicht immer sein können, und wo es dennoch immer wieder darauf ankommt, aus gemeinsamer Verantwortung dem gesellschaftlichen Ganzen gegenüber, für seine Teile, aus denen ein Ganzes nun einmal besteht, gleichermaßen tragbare Lösungen zu finden. Der eine, ein Wegbereiter der Mitbestimmungsidee, der andere, eine dynamische Unternehmerpersönlichkeit, haben beide in einem der bedeutendsten Industrieunternehmen unseres Landes für dieses Unternehmen und für unser Land, vorbildlich zusammengewirkt. Darin liegt das Singuläre dieser Stunde gemeinsamer Auszeichnung, und darum bin ich gerne nach Dortmund gekommen, um Ihnen das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern hier an der Stätte und in der Stadt Ihres Wirkens zu überreichen.«

Nachdem der Ministerpräsident unter dem Beifall der Geladenen – unter ihnen Vertreter von Land und Stadt, Kirchen und Gewerkschaften, Industrie, Handel und Gewerbe – Dr. Willy Ochel und Dr. Harald Koch das Verdienstkreuz umgelegt und den Stern angeheftet hatte, dankten die beiden Geehrten in einer kurzen Ansprache.

Dr. Ochel bezeichnete die hohe Auszeichnung als eine Mahnung, denen nachzueifern, die ihren Dienst in aller Stille tun. Stellvertretend für sie, die unbekannt, aber mit nicht weniger Eifer ihre Pflicht erfüllten, die sich unbeachtet, aber mit ganzer Kraft um die Familie, den Betrieb und die Gesellschaft bemühten, nehme er diese Ehrung an.

Dr. Harald Koch erinnerte an die ersten Jahre des Wiederaufbaus, in denen sich politisch Verschiedendenkende zu gemeinsamer Arbeit vereint und damit den Grundstock für den späteren Aufschwung gelegt hätten. Dieses vertrauensvolle Miteinander zu erhalten, sei »in dieser Zeit, die nach Zusammenarbeit schreit« wichtiger denn je. Nach einem Plädoyer für die Mitbestimmung, die dazu beitrage, die Demokratie auch im Bereich der Arbeitswelt zu verankern, appellierte er an alle Unternehmer, um der Verwurzelung unserer jungen Demokratie willen und damit um einer guten Zukunft unseres Landes willen, Verständnis für ihre politisch engagierten Mitarbeiter und für deren Bemühungen aufzubringen. Nach diesen Dankesworten überbrachte Oberbürgermeister Heinrich Sondermann die Glückwünsche der Stadt und den Dank aller Bürger.

Als abschließend Dr. Friedrich Harders, der Vorsitzende unseres Vorstandes, das Wort ergriff, nahm er Gelegenheit, den beiden Geehrten noch einmal öffentlich für ihre Verdienste um unser Unternehmen zu danken. Er sagte: »Sie waren beide vom ersten Tag an dabei, als am 25. Juli 1952 die Hoesch Werke AG neu gegründet wurden. Mit dem so früh verstorbenen Friedrich-Wilhelm Engel, mit dem nach aufopfernder Tätigkeit wenige Tage nach seiner Pensionierung verstorbenen Erich Wilhelm Schulte und mit Helmut Hansen, der zu unserer Freude hier unter uns ist, gingen Sie gemeinsam daran, den auseinandergerissenen Konzern wieder zusammenzuführen. Was das bedeutet, weiß nur, wer vor ähnlichen Aufgaben gestanden hat. Gegen manche widerstrebende Kraft haben Sie und Ihre

▲ Ministerpräsident Kühn mit Dr. Ochel (links) und Frau Ochel (rechts) und Dr. Koch (rechts) und Frau Koch (links)

Kollegen damals – und da ich erst seit 1966 durch den Zusammenschluß Hüttenunion/Hoesch dazu gehöre, bin ich wohl ein unverfänglicher Zeuge – Konzeptionen entwickelt und verwirklicht, die ein gutes Fundament für die großen Aufgaben und Ziele abgeben, die in allernächster Zukunft mit Verwirklichung der Pläne für Dortmund und Rotterdam gelöst werden sollen. Ihr Wirken bei Hoesch und für Hoesch – das gilt wirklich gleichermaßen für Sie beide – endete nicht an den Werksmauern. Mit Ihrer Arbeit und Ihren Bemühungen wirkten Sie beide aus der Sicht von Hoesch in die Breite, in die Öffentlichkeit. Wie früh und wie oft haben Sie, Herr Dr. Ochel, zur Gemeinsamkeit in der Montanindustrie, zur Abstimmung, zur Kooperation aufgefordert. Nicht aus engem Denken zur Absicherung des Marktes und gegen den Wettbewerb, sondern mit großem Weitblick aus echter unternehmerischer und gesamtwirtschaftlicher Verantwortung. Die Entwicklung hat Ihnen recht gegeben.

Sie, lieber Herr Dr. Koch, haben in Ihrem Bereich das gleiche getan. Als politischem Menschen war Ihnen die Mitbestimmung besonderes Anliegen. Unter Ihrer Verantwortlichkeit hat Hoesch ganz bestimmt Vorbildliches auf dem Gebiet der Aus- und Weiterbildung geleistet, mit der Arbeitszeitung und – wahrhaftig eine kleine kulturelle Tat – mit den Jahresbüchlein der Werkszeitschrift, die Ihnen als literarisch und geistig interessiertem Menschen so besonders anstand.

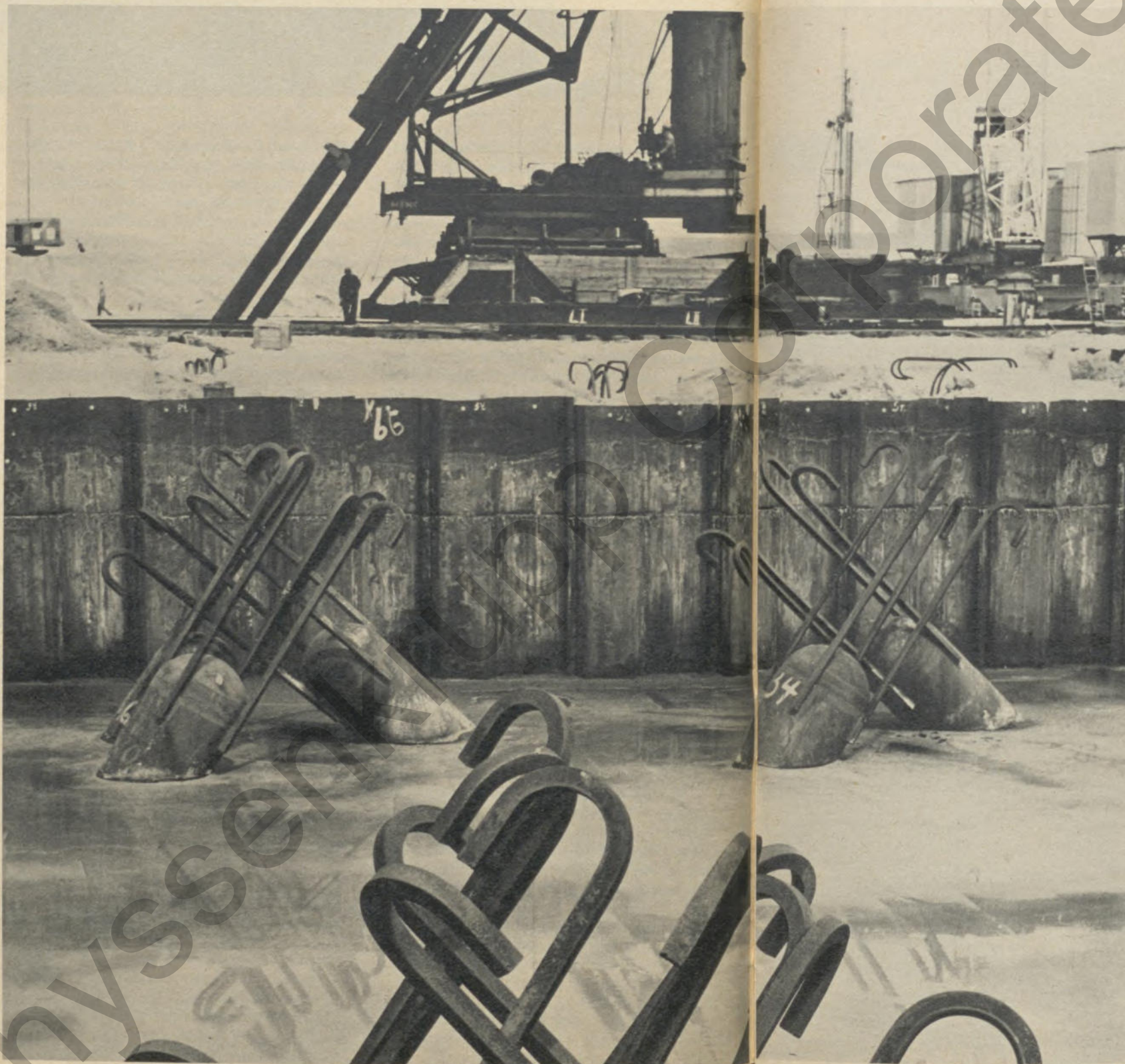
Noch viel wäre zu sagen, aber Sie würden es beide nicht hören wollen. Es ist Teil einer noblen Lebensauffassung, daß Sie an den Erfolgen und Verdiensten, für die Ihnen heute die hohe Auszeichnung überreicht wurde, all die teilnehmen lassen, die Ihnen zur Seite standen, Ihnen halfen als Kollegen, als Mitarbeiter, als Freunde.«

Hoesch-Stahl schützt vor Sturmflut



Seit ewigen Zeiten rennt das Meer gegen das Land an, reißt dort Stücke heraus, läßt an anderer Stelle eine Insel oder einen neuen Koog entstehen. Immer hat der Mensch sich dem Wüten der Nordsee entgegenstemmen müssen, die in Katastrophenzeiten ihre Bezeichnung als »Mordsee« zu Recht trug. Die Leute achteten die Dik, hinter dem Deich, aber vergaßen bis auf den heutigen Tag nicht die großen Sturmfluten. Sie wußten, daß der blanke Hans nur mit eingezogenen Pranken auf der Lauer lag, um unverhofft zuzuschlagen. Sie boten ihm Trutz und handelten auch in friedlichen Zeiten nach dem harten Grundsatz: »Wer nicht will deichen, der muß weichen!«

Daran hat sich bis auf den heutigen Tag nichts geändert, auch wenn der Staat mancherlei Hilfen bietet, da eine Koogsgemeinde, ein Deich- und Hauptsieververband, ganz einfach überfordert ist, allein den Kampf mit dem Meer auszutragen. Auch kommen der Küstenschutz und die damit zusammenhängenden wasserwirtschaftlichen Maßnahmen weit mehr Menschen zugute, als den unmittelbaren Anwohnern. So ist es nicht mehr als recht, daß die Lasten auf viele Schultern verlagert werden. Wie berechtigt dies ist, beweist die Eiderabdämmung, das bedeutendste Küstenschutzbauwerk der Nachkriegsgeschichte Schleswig-Holsteins, für das Hoesch Stahlrohrpfähle und Stahlsplundwand geliefert hat. Dieses Bauwerk wird nicht nur die See- deichlinie von 60 auf knapp fünf Kilometer verkürzen, sondern einem 2075 Quadratkilometer großen Einzugsgebiet zugute kommen, das von der Nordsee bis vor die Tore von Flensburg im Norden, bis fast nach Eckernförde im Osten und Rendsburg am Nord-Ostsee-Kanal reicht.



Regierungsbau-
direktor Friedrich
Cordes, verant-
wortlich für die
Eiderabdämmung,
berichtet in die-
sem Aufsatz über
den Einsatz von
Hoesch-Stahl-
splundwand als
»Splundwand-
schürze« und über die Verwendung
längsnahtgeschweißter Hoesch-
Rohre als Gründungspfeiler bei den
Sperrwerksbauten.



▲ Der »Eiderdamm« riegelt den Mündungs-
trichter ab. In den Damm wird ein Siel mit
fünf Öffnungen eingebaut, damit die Tide
ungehindert ein- und auslaufen kann. Der
Schiffahrt steht eine Schleuse zur Verfügung

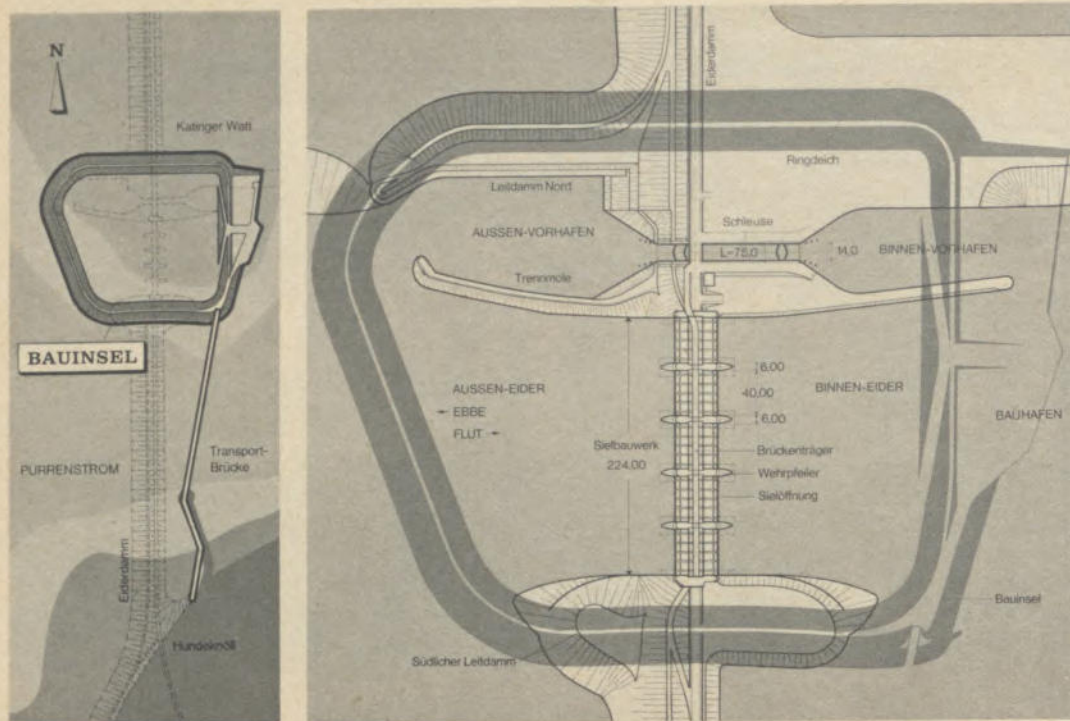
An der Westküste Schleswig-Holsteins ist im Jahr 1967 ein interessantes Seebauvorhaben angelaufen: die mündungsnahe Abdämmung der Eider. Dieses Großbauprojekt soll die weiten Niederungsgebiete vor Sturmfluten schützen sowie ihre Vorflut verbessern (das heißt: den ungehinderten Abfluß des Eiderwassers aufgrund des natürlichen Gefälles verbessern). Sie wissen, daß 1953 eine schwere Sturmflut Holland und 1962 eine weitere die Nordseeküste, insbesondere Hamburg, heimgesucht hat. Damals hielten die Deiche an der Küste Schleswig-Holsteins bis auf wenige Durchbrüche. Sie würden jedoch einem höheren Wasserdruck nicht standhalten und müssen deshalb verstärkt werden.

Der im Bau befindliche Eiderdamm riegelt den Mündungstrichter des Tidestroms auf etwa 5 Kilometer Breite ab. Damit Vorflut und Schifffahrt aufrechterhalten bleiben, wird in den Damm ein Siel mit 5 Öffnungen von je 40 Meter Weite und eine Schleuse von 75 Meter Länge und 14 Meter Breite eingefügt. Um die Bauwerke sicher erstellen zu können, hat man im Wattenmeer eine künstliche Insel errichtet, die von einem fast 2 Kilometer langen Ringdeich sturmflutsicher umschlossen wird. Im Schutz dieses Deiches werden die großen Bauten Siel und Schleuse gebaut.

Auf der perspektivischen Darstellung zeichnen sich die Pfeiler mit ihren Eisabweisern als weiße Striche ab. Von Pfeiler zu Pfeiler spannt sich ein ellipsenförmiger Querschnitt, der sogenannte Wehrräger. An dem freitragenden Spannbetonträger lagern die stählernen Segmentverschlüsse; zwei je Öffnung. Die doppelten Tore sind notwen-

dig, damit bei Ausfall eines Tores das zweite die volle Funktion übernehmen kann. Im normalen Betrieb befinden sich beide Torreifen in gehobener Stellung, so daß die Tide ungestört ein- und auslaufen kann. Bei jeder Tide fließen rund 40 Millionen Kubikmeter Wasser durch die insgesamt 200 Meter lange Öffnung. Bei Sturmfluten werden die Tore in Schließstellung gefahren, so daß die See gegen das Außenschütz brandet. Hierbei treten erhebliche Druckbeanspruchungen als Folge des Wellenschlags auf, die je Öffnung bis auf 7500 Tonnen anwachsen können. Die starken Horizontalkräfte werden über die Segmentverschlüsse und den Wehrräger in die Pfeiler und von dort über die Pfeilerfundamentplatte in den Untergrund weitergeleitet. Der Untergrund ist mit zwei Kleischichten durchsetzt. Auch die dazwischen und darüber gelagerten Bodenarten sind als Baugrund nicht geeignet, so daß man auf eine Pfahlgründung nicht verzichten konnte. Die Frage, ob Stahlbeton- oder Stahlpfähle, wurde zugunsten der Stahlpfähle entschieden, weil diese auch auf Biegezug beansprucht werden können. Hinzu kam, daß die Hoesch-Stahlrohrpfähle mit einem Durchmesser von 558 Millimeter, am Fuß verstärkt durch sogenannte Flügel, eine besonders hohe Tragfähigkeit erreichen. Probebelastungen ergaben bei einem Pfahlfußhorizont auf NN – 28 Meter (das bedeutet, daß der Pfahl 28 Meter tief in den Boden gerammt wurde) eine Tragfähigkeit von maximal 545 Tonnen. Interessant ist, daß bei einem Pfahlfußhorizont auf NN – 24 Meter = 322 Tonnen, 26 Meter = 490 Tonnen, 28 Meter = 545 Tonnen und 30 Meter = 522 Tonnen Tragfähigkeit erreicht wurden. Dies zeigt deutlich, daß der günstigste Pfahlfußhorizont auf NN – 28 Meter liegt. Es weist aber auch nach, daß es wirtschaftlich ist, derartige Probebelastungen durchzuführen, um den günstigsten Gründungshorizont zu ermitteln.

Die Pfähle sind nicht nur stark geneigt, um die großen Horizontalkräfte aufzunehmen, sondern auch gespreizt angeordnet, da man



◀ Im Schutze eines zwei Kilometer langen Ringdammes, der die Baustelle umschließt, werden Siel und Schleuse gebaut

Damit der Sand später nicht ausgewaschen werden kann, werden die Schloßfugen besonders gedichtet. Bei Versuchen an einem Spundwandkasten auf der Baustelle hat man zehn verschiedene Verfahren geprüft. Die Fugendichtung ist sehr wichtig, da bei undichten Schloßern des öfteren Schäden durch Auswaschungen aufgetreten sind, die die Wirtschaftlichkeit des Bauwerkes in Frage stellen.

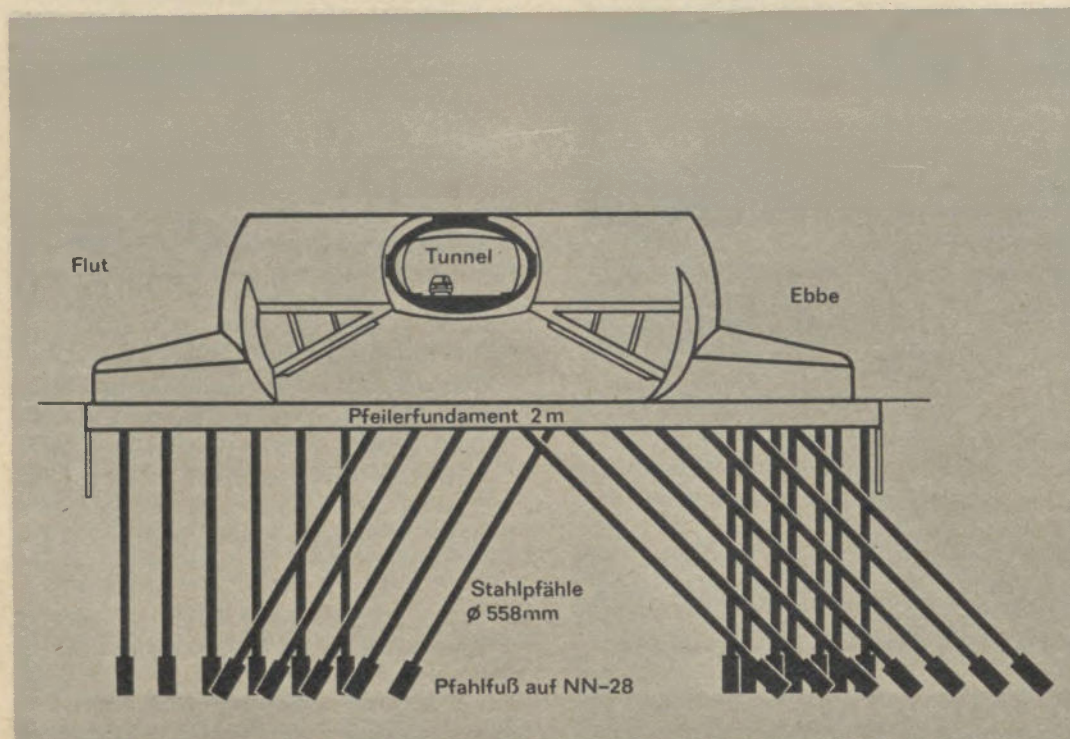
Zwischen Festland und Bauinsel liegt der

Purrenstrom; ein 600 Meter breiter und bis zu 12 Meter tiefer Strom. Etwa 40 Millionen Kubikmeter Wasser fließen bei jeder Tide hin und her. Die Strömung erreicht hierbei eine Geschwindigkeit bis zu drei Meter je Sekunde. Um das Festland mit der Bauinsel standfest zu verbinden, ist eine einspurige, 900 Meter lange Transportbrücke gebaut worden, die aus einem Vorlandbrückenzug von 350 Meter und einer Hochbrücke von rund 550 Meter Länge besteht. Letztere erreicht bei einer Steigung von 1:10 eine Höhe von 19 Meter über Normalnull, so daß alle auf der Eider fahrenden Schiffe ungehindert darunter passieren können. Die rahmenartigen Bockkonstruktionen der

Vorlandbrücke bestehen aus Hoesch-Spundwand, die Pfahljoche der Hochbrücke aus spiralgeschweißten Stahlrohrpfählen von 762 Millimeter Durchmesser. Die Pfähle sind 34 Meter lang. In Längsrichtung sind die Brückenjoche für einen Eisdruck von 100 Tonnen berechnet worden. Die fachwerkartigen Überbauten, je 40 Meter lang und 70 Tonnen schwer, sind als Fertigteile in nur drei Tagen von einem Kranschiff auf 556 Meter Brückenlänge eingehängt worden. Die Arbeiten für Brücke und Bauinsel konnten in einer Bauzeit von fünfeinhalb Monaten durchgeführt werden, so daß bereits am 2. Oktober 1967, kurz vor Einsetzen der ersten Herbststürme und Sturmfluten, Brücke

und Bauinsel dem Betrieb übergeben werden konnten.

Die Gesamtkosten für den Eiderdam mit Sperrwerk und Nebenanlagen sind auf rund 130 Millionen DM veranschlagt. Die Arbeiten sind 1967 angelaufen und sollen bei wesentlicher Bauzeitverkürzung voraussichtlich bereits 1973 beendet sein. Der Bauablauf sieht vor, daß nach Inbetriebnahme des Eidersperrwerkes (Siel und Schleuse) der Eiderdam von der Bauinsel nach Eiderstedt und ein Leitdamm zur Grünen Insel gebaut werden. In der letzten Bauphase wird dann der Purrenstrom verbaut, der noch einen interessanten schwierigen Wasserbauabschnitt bieten wird.

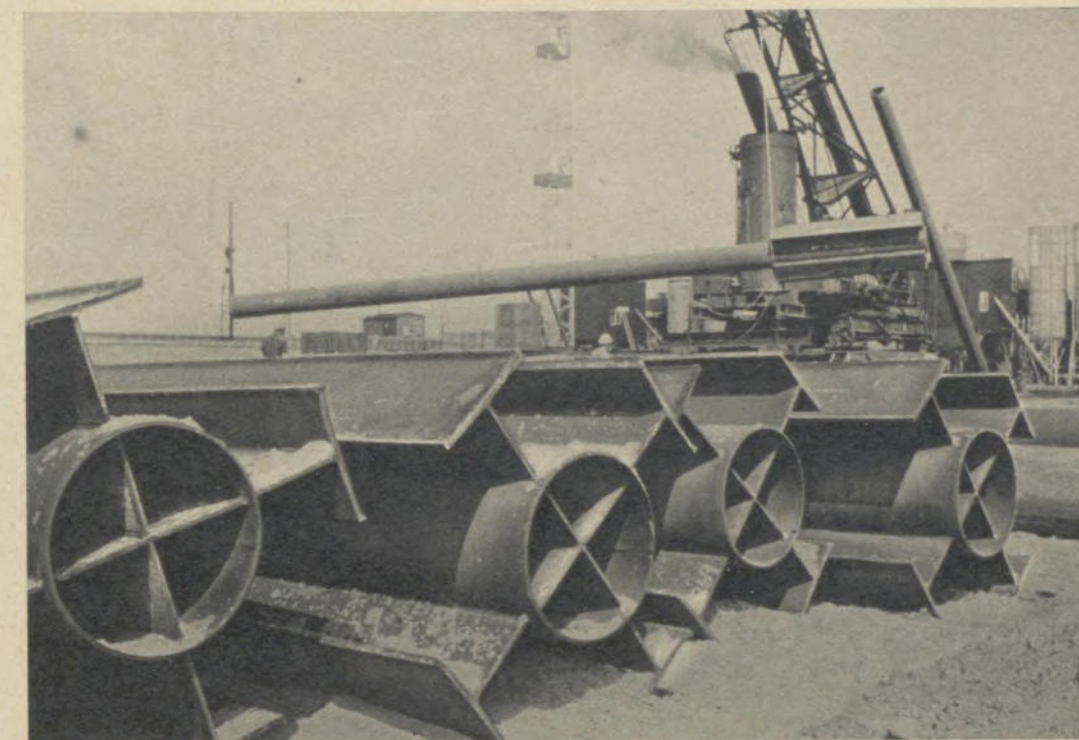


▲ Der Sielquerschnitt zeigt den ellipsenförmigen Wehrräger, der innen als Tunnel ausgebaut wird. An diesem Spannbetonträger sind beidseitig die Sielverschlüsse (stählerne Segmentschütze) gelagert. Die Wehrräger werden von Hoesch-Stahlrohren getragen

sie sonst wegen der Vielzahl – 68 je Pfeilerfundament – nicht im Untergrund unterbringen konnte. Dies trägt außerdem zur Standsicherheit des Bauwerkes bei. Die Pfähle sind bis zu 31,20 Meter lang und ließen sich nicht auf ganzer Länge unter die Rammhaube bringen, sondern mußten einmal gestoßen, das heißt, aus zwei Teilstücken zusammengesetzt werden. Die Stoßstellen wurden sorgfältig verschweißt und durch Ultraschall geprüft. Schwierigkeiten haben sich bei der Ausführung nicht ergeben. Die Arbeiten konnten zügig durchgeführt werden. Insgesamt wurden für das Sielbauwerk rund 400 Rohrpfähle gerammt. Leider wird man später von der Pfahlgründung nichts sehen und somit auch von der Arbeit, die Sie in Ihrem Werk dafür geleistet

haben. Zu betonen ist aber, daß nur ein gut gegründetes Bauwerk einem derartigen Angriff standhalten kann und daß damit der Pfahlgründung ein besonderer Wert zuzumessen ist.

Das Fundament des Siels besteht bei den Pfeilern aus einer zwei Meter starken Betonplatte, bei der Sielsohle ist es nur 80 Zentimeter stark. Pfeilerfundamente und Sielsohle sind beidseitig, binnen und außen, von einer Hoesch-Stahlspundwand umschlossen. Diese Spundwandschürze bindet in die Kleischicht ein, so daß auch unten ein wasserdichter Abschluß erreicht wird. Nördlich des Sielbauwerkes liegt die Schifffahrtsschleuse. Sie ist 75 Meter lang und 14 Meter breit und wird als Kammerschleuse in Beton ausgebaut. Beidseitig der Schleuse sind große Vorhöfe mit langen Molen und Kafen für die auf Schleusung wartenden Schiffe vorgesehen. Der Außenvorhafen soll außerdem den einlaufenden Schiffen Schutz bei Schlechtwetterlagen bieten, während der Binnenhafen auch dem Umschlag dient. Als Einfassung der Kafen und Molen werden stählerne Hoesch-Spundbohlen verwandt.



▲ Die bis zu 31,20 Meter langen Stahlrohre haben einen Durchmesser von 558 Millimeter und sind am Fuß durch sogenannte Flügel verstärkt

◀ Das 65 Meter lange, 15,50 Meter breite und 2 Meter dicke Sielpfeilerfundament wird von 68 Stahlrohrpfählen getragen

► Die 900 Meter lange Transportbrücke – sie ruht auf Bockkonstruktionen aus Stahlspundwand und auf Pfahljochen aus Stahlrohrpfählen – verbindet das Festland mit der 28 Hektar großen Bauinsel (im Hintergrund)



*Gute Ideen helfen uns allen
Kein Licht unter den Scheffel stellen
Wo bleibt Ihr Vorschlag?
Denke mit, es lohnt sich!
Denkste mehr, verdienste mehr
Sehen, denken, besser machen
Ideen fallen nicht vom Himmel
Keiner ist so klug wie alle!*

Das sind Leitworte anderer Unternehmen für das Betriebliche Vorschlagswesen. Auch wir suchen einen ähnlichen Satz. Wenn Sie ihn finden,

W 9392648 A

TAUSEND
DEUTSCHE
MARK



können Sie diesen Schein gewinnen!

Machen Sie mit beim Wettbewerb um das
MOTTO FÜR UNSER HOESCH-VORSCHLAGSWESEN.

Wir suchen ein treffendes, zündendes, ansprechendes Motto, das immer dort erscheinen soll, wo es bei Hoesch um Verbesserungsvorschläge geht. Außerdem wird dieses Motto der Titel unserer Vorschlagsfibel, die demnächst erscheint.

Ihr Vorschlag sollte ein kurzes, zugkräftiges Leitwort sein, das unsere Mitarbeiter aufmerken läßt und dazu anregt, Verbesserungsvorschläge zu machen. Für die beste Lösung ist ein Preis von 1000 DM ausgesetzt. Außerdem werden ein 2. und ein 3. Preis in Höhe von 500 DM und 200 DM vergeben. Werden die preisgekrönten Leitworte mehrmals eingesandt, bestimmt das Los die Gewinner.

Über die Prämierung entscheidet ein Preisgericht unter Ausschluß des Rechtsweges.

Teilnahmeberechtigt an diesem Wettbewerb sind alle Mitarbeiter und Pensionäre des Hoesch-Kreises. Einsendungen richten Sie bitte an die Redaktion WERK UND WIR, Dortmund, Bornstr. 166. Letzter Einsendetermin ist der 20. Oktober 1969 (Datum des Poststempels).

Heute vor 60 Jahren

Die erste Druckluftlokomotive Europas lief auf der zweiten Sohle der Emscherschächte

In den Tagen der Bildung der Ruhrkohle AG wird gewiß in manchen Archiven der »Altgesellschaften« geblättert, um die Geschichte einzelner Schachtanlagen und Gesellschaften zu schreiben oder zu vervollständigen, bevor ein neues Blatt in der Chronik des jetzt zusammengefaßten Bergbaus an der Ruhr aufgeschlagen wird. So geschah es auch bei uns. Und bei dieser Durchsicht des Hoesch-Bergbauarchivs in

Altenessen stießen wir auf einen »Geburtstag« im untertägigen Lokomotivbetrieb der ehemaligen Schachtanlagen Emil-Emscher, Anna, Carl, Fritz und Heinrich:

Genau 60 Jahre sind es her, seit

▼ Ein Bild aus dem heutigen Förderverkehr unter Tage: Vor den Weichen treffen sich zwei Züge mit Akkulokomotiven der Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur





man die erste Lokomotive als Zugmaschine unter Tage einsetzte und damit begann, die über so viele Jahre hin im Förderbetrieb eingespannten Pferde zu ersetzen.

Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch eine Studienreise des Bergassessors beim Köln-Neuessener Bergwerksverein Fritz Winkhaus in die Vereinigten Staaten von Amerika. Er verband im Jahre 1905 den Besuch der Weltausstellung in St. Louis mit einer Besichtigung amerikanischer Kohlen-, Eisenstein- und Kupferbergwerke. Auf einer Schachanlage der Susquhanna Coal Company sah er ein ihm noch unbekanntes Beförderungsmittel unter Tage: die Grubenlokomotive mit Druckluftbetrieb.

Sofort erkannte er eine für deutsche Verhältnisse brauchbare Verbesserung gegenüber der Förderung durch Pferde. Nach Handskizzen rekonstruierte und baute Fritz Winkhaus – kaum wieder nach Hause zurückgekehrt – in Verbindung mit einer Berliner Firma die erste Druckluftlokomotive Deutschlands. Das neue Beförderungsmittel nahm man dann im Jahre 1908 auf der zweiten Sohle der Emscherschächte in Betrieb. Von hier aus hat sich der Druckluftlokomotivbetrieb über ganz Europa, insbesondere in den

schlagwettergefährdeten Gruben, ausgebreitet. Heute steht die zuerst gebaute Lokomotive im Deutschen Museum in München.

Vom Jahre 1908 an gab es also im Grubenbetrieb der Altenessener Schachanlagen neben der Pferdeförderung die Druckluftlokomotiv-Förderung. Wenn auch die Pferde bald mehr und mehr zurückgedrängt wurden, dauerte es doch bis zum Ende der zwanziger Jahre, bis das letzte Pferd aus dem Grubengebäude zurück ans Tageslicht geholt wurde.

Bis zu fünf Kesseln

Während es sich bei der ersten Druckluftlokomotive noch um eine Einkesselmaschine handelte, ging die Entwicklung später wegen der höheren Drücke zur Mehrkessel- und Mehrflaschenlokomotive über, die Leistungen von zehn bis fünfzig PS erreichten.

Der Grubenbetrieb erfordert Lokomotiven von möglichst gedrängter schmaler Bauweise, die auch auf sehr kleiner Spurweite standsicher bleiben und das Befahren enger Kurven gestatten. Das Mitführen des Treibmittels verlangt, besonders bei Speicherlokomotiven, eine ausreichende Größe der Energiespeicherbehälter.



Die Abmessungen und Leistungen der Grubenlokomotiven werden nach dem jeweiligen Verwendungszweck ausgelegt. Eine Größenunterscheidung wird daher nach einer Kennziffer vorgenommen, die das Produkt aus Dienstgewicht und Antriebsleistung darstellt. Danach gelten als Abbaulokomotiven solche mit einer Kennziffer bis 150, als Zubringerlokomotiven die mit einer Kennziffer von 150 bis 300 und als Hauptstreckenlokomotiven Maschinen mit einer Kennziffer über 300.

Im wesentlichen haben sich von den verschiedenen Ausführungsformen der Druckluftlokomotiven zwei Haupttypen durchgesetzt. Es sind dies die Bauform mit dem doppelt wirkenden, langsam laufenden Zweizylinderantrieb und die mit einem schnell laufenden Vierzylinderantrieb ausgestattete Bauform.

Bis zum Beginn der sechziger Jahre waren von den insgesamt in Altenessen vorhandenen Druckluftlokomotiven 48 Zweizylinderlokomotiven mit einer Gesamtleistung von 2000 PS und 33 Vierzylinderlokomotiven mit 330 PS Gesamtleistung im Einsatz. Bei oberflächlicher Betrachtung sieht es fast so aus, als ob die Lokomotivleistungen mit der Ausführungsform in Verbindung stehen würden. Daß

1 Als man unter Tage noch keine Lokomotiven kannte: ein Grubenpferd wird in den Schacht hinabgelassen

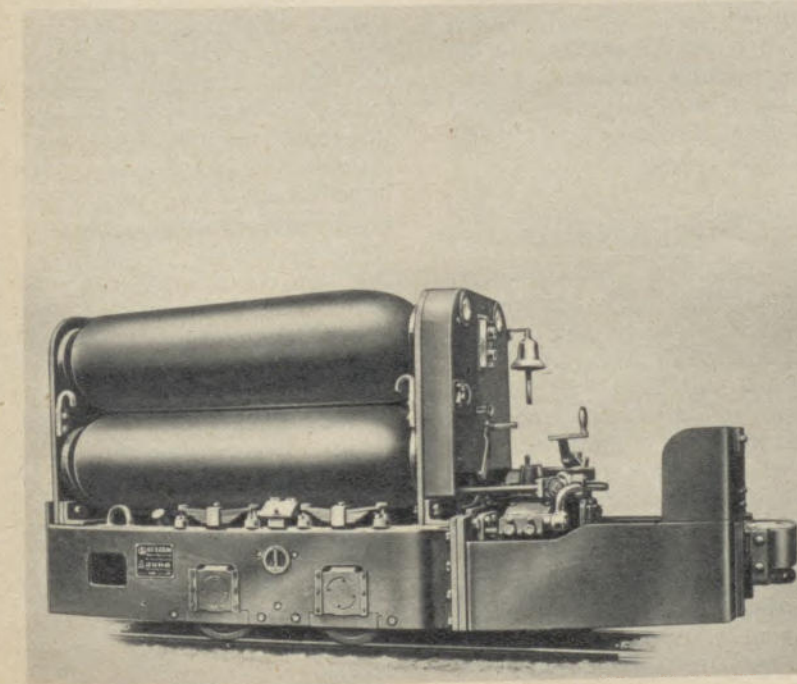
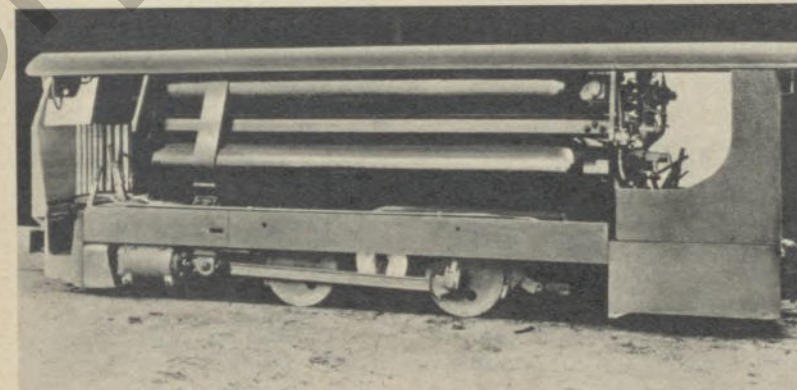
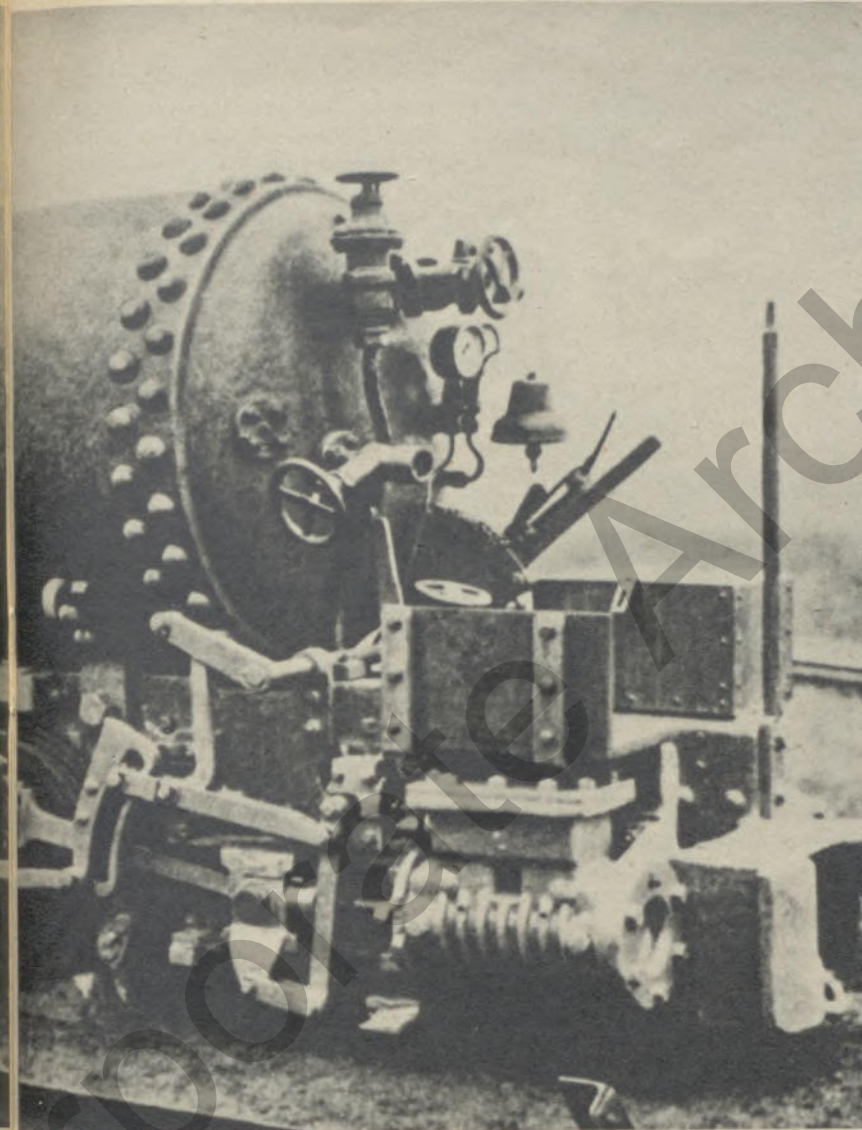
2 So sah die erste deutsche Druckluftlokomotive mit einem Kessel aus. Sie steht heute im Deutschen Museum München

3 Die Zweizylinderlokomotive hat zwei liegende Zylinder, von denen einer als Hochdruckzylinder und der andere als Niederdruckzylinder über dem Fahrwerk angebracht sind

4 Weitaus gedrungener sieht die Vierzylinderlokomotive aus. Sie ist mit einem schnelllaufenden Motor und einem Getriebe ausgerüstet

5 Anfang der dreißiger Jahre wurde auf der Schachanlage Emscher diese Elektrolokomotive mit Fahrdrat eingesetzt. Wegen eines besonderen Schutzbezirktes kamen sie jedoch nur als Hauptstreckenlokomotiven in Frage

6 Die Umstellung auf Lokomotiven mit Akkumulatoren erforderte zwar hohe Investitionen, sie waren aber besonders für die 2750 Meter lange Richtstrecke zwischen Fritz und Wilhelmine notwendig



dieses aber nicht der Fall ist, ersieht man daraus, daß seit 1960 fünf neue Vierzylinderlokomotiven mit einer Gesamtleistung von 250 PS in Altenessen eingesetzt worden sind.

Doppelt wirkende Zylinder

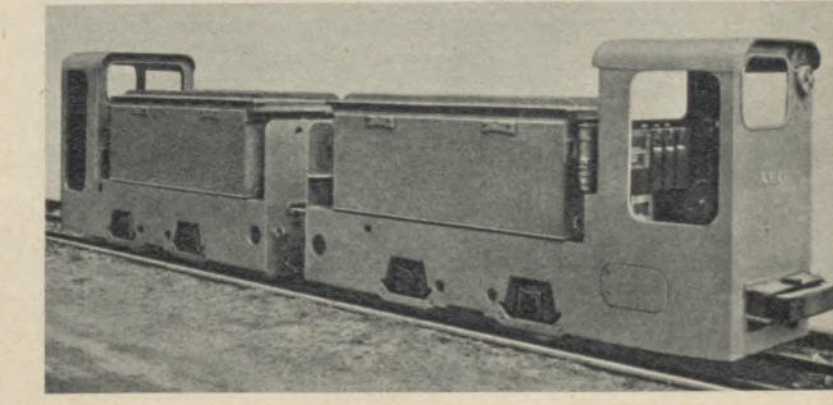
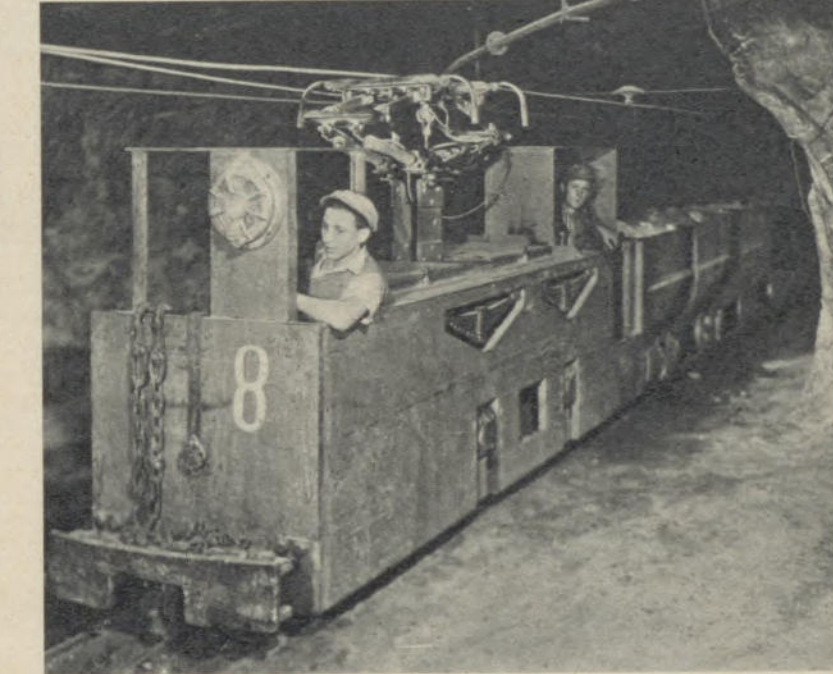
Die Zweizylinderlokomotive hat zwei liegende Zylinder, von denen einer als Hochdruckzylinder auf der einen Seite, der andere als Niederdruckzylinder auf der anderen Seite der Lokomotive untergebracht ist.

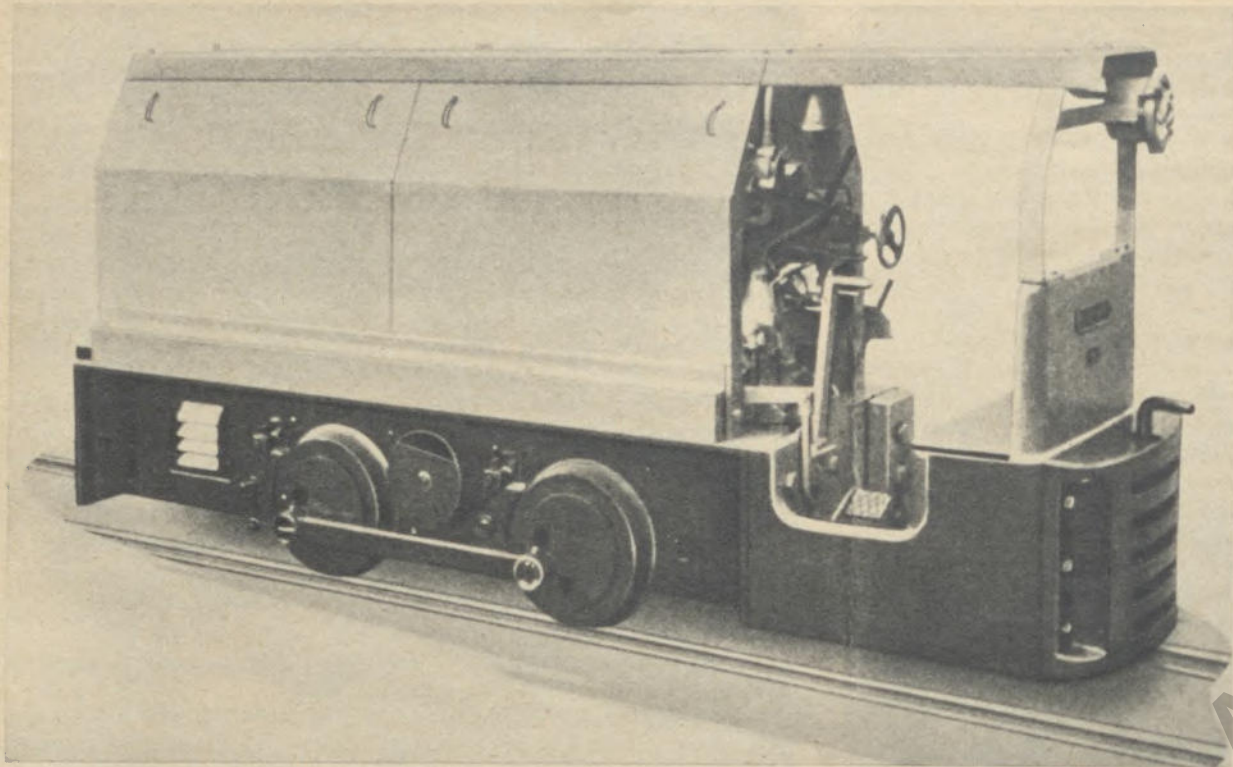
Jeder der Zylinder ist doppelt wirkend, das heißt, er leistet bei Hin- und Rückgang des Kolbens Arbeit. Die Kraft wird durch Gestänge auf die Lokomotivräder übertragen. Luftein- und -austritt werden durch Kolbenschieber gesteuert. Die Ausnutzung der den Hochdruckflaschen mit einem Betriebsdruck von 200 atü entnommenen Druckluft, die durch ein Reduzierventil auf den Arbeitsdruck von 22 atü gebracht wird, geschieht in zwei Stufen. Dazu strömt die Arbeitsluft zunächst in den Hochdruckzylinder, von wo sie nach einer Arbeitsleistung unter Teilentspannung als Abluft über einen Zwischenerwärmer dem Niederdruckzylinder zugeführt wird, in dem die Luft dann unter weiterer Arbeitsleistung auf den Austrittsdruck entspannt wird.

Die Vierzylinderlokomotiven sind mit einem schnell laufenden Motor ausgerüstet. Die Zylinder sind einfachwirkend, das heißt, der Hin- und Rückgang des Kolbens ist nur ein Arbeitsgang. Der hohen Drehzahl wegen kann die Kraft auf die Lokomotivräder nicht direkt durch Gestänge, sondern nur durch ein Getriebe übertragen werden. Der Lufteintritt in die Zylinder wird über eine Nockenwelle durch Ventile gesteuert, der Luftaustritt geht durch Schlitze im Zylinder vor sich und wird durch den Kolben selbst gesteuert. Die den Hochdruckflaschen entnommene Luft wird nur in einer Stufe ausgenutzt, so daß sie nach Arbeitsleistung im Zylinder ausgepufft wird.

Elektrisch unter Fahrdrat

Um die Mechanisierung der maschinengebundenen Förderung im Untertagebetrieb wirtschaftlicher zu gestalten, wurden Anfang der dreißiger Jahre Elektrolokomotiven mit freiverlegten Schleifleitungen auf der Schachanlage Emscher eingesetzt. Es zeigte sich aber recht bald, daß die beim Fahrdratbetrieb auftretenden offenen Funken einen Einsatz von Fahrdratlokomotiven einmal nur in Strecken mit durchgehendem Frischwetterstrom zuließen und





zum anderen große Streckenquerschnitte benötigten. Sie kamen also von Anfang an nur als Hauptstreckenlokomotiven in Frage.

Die Sicherheitsbestimmungen des Oberbergamtes von 1949, die den »Schutzbezirk für Fahrdrastrecken« betrafen, machten dann neue Überlegungen in bezug auf die Förderung im Un-

tertagebetrieb erforderlich. Diese Richtlinien begrenzten den Schutzbezirk durch

- eine horizontale Dachfläche im Abstand von 50 Metern über der Fahrdrastrecke,
- eine horizontale Bodenfläche im Abstand von 200 Metern unter der Fahrdrastrecke,
- zwei Seitenflächen, die mit 70 Grad gegen die Horizontale ge-

▲ Dies ist die vierte Lokomotivart, die im Grubenbetrieb unserer Altenessener Schachtanlagen läuft: die Diesellokomotive. Wegen ihrer Abgase wird der Einsatz unter Tage nach den bergamtlichen Vorschriften von bestimmten Wettermengen je PS abhängig gemacht

neigt sind und deren geringster Abstand von der Fahrdrastrecke 65 Meter beträgt,

- eine Stirnfläche, die mit 70 Grad gegen die Horizontale geneigt ist und deren geringster Abstand vom Endpunkt des Fahrdrastes 65 Meter beträgt.

Da die Genehmigung von Fahrdrastanlagen auf neuen Sohlen von den vorstehenden Bedingungen abhängig gemacht wurde, kam ein Fahrdrastlokomotivbetrieb hier wegen der erheblichen Kohlenstoffverluste nicht mehr in Frage.

Wegen der hohen Investitionskosten bei Umstellung auf Lokomotiven mit Akkumulatoren wurden bei der Auffahrung der achten Sohle (856 Meter) Emil-Emscher und Fritz-Heinrich noch verstärkt Hochdruckluftlokomotiven eingesetzt.

Mit Akkumulatoren

Erst durch die Übernahme der Betriebsabteilung Wilhelmine Victoria im Jahre 1960 wurde durch die Auffahrung der Richtstrecke von der Schachtanlage Fritz zur Betriebsabteilung Wilhelmine (die Entfernung zwischen dem Hansenschacht und Schacht 3 Wilhelmine beträgt

◀ Seit 60 Jahren bewährt: die mit Druckluft betriebene Lokomotive wie hier im Grubenbetrieb unserer Schachtanlage Radbod

2750 Meter) die Umstellung auf Akkumulatorenlokomotiven erforderlich. Im Zuge dieser Umstellung wurden dann auch die achte Sohle Fritz und Wilhelmine mit Akkumulatoren-Lokomotiven ausgestattet.

Der wirtschaftliche Vergleich der einzelnen Lokomotivarten (Fahrdrast-, Diesel-, Akkumulator-, Druckluftlokomotive) gab in unserem Bereich den Ausschlag auf Umstellung auf Akkumulatorenloks. Wenn auch der Fahrdrastlokomotivbetrieb auf der Schachtanlage Fritz endgültig erst im Jahre 1964 eingestellt wurde, die Fahrdraststrecken auf der Schachtanlage Emil zwar auch immer kürzer werden, so dauert es doch noch einige Zeit, bis die letzte Fahrdrastlokomotive ganz aus dem Untertagebetrieb verschwinden wird.

Die Diesellokomotive

Seit der Übernahme der Betriebsabteilung Wilhelmine Victoria durch die Hoesch AG Bergbau wurde gleichzeitig eine andere Lokomotivart im Grubenbetrieb der Altenessener Schachtanlagen mit übernommen, und zwar die Diesellokomotive. Ähnlich wie bei der Fahrdrastlokomotive sind auch bei dieser Lokomotivtype besondere bergamtliche Vorschriften einzuhalten. So sind bei bestimmten Kohlenoxydmengen (CO) in den Abgasen bestimmte Wettermengen je eingesetzter PS erforderlich.

Im Untertagebetrieb der Altenessener Schachtanlagen, also des heutigen Verbundbergwerkes Emil-Fritz, sind insgesamt 4450 Lokomotiv-PS eingesetzt. Von diesen entfallen im einzelnen auf die Lokomotiven

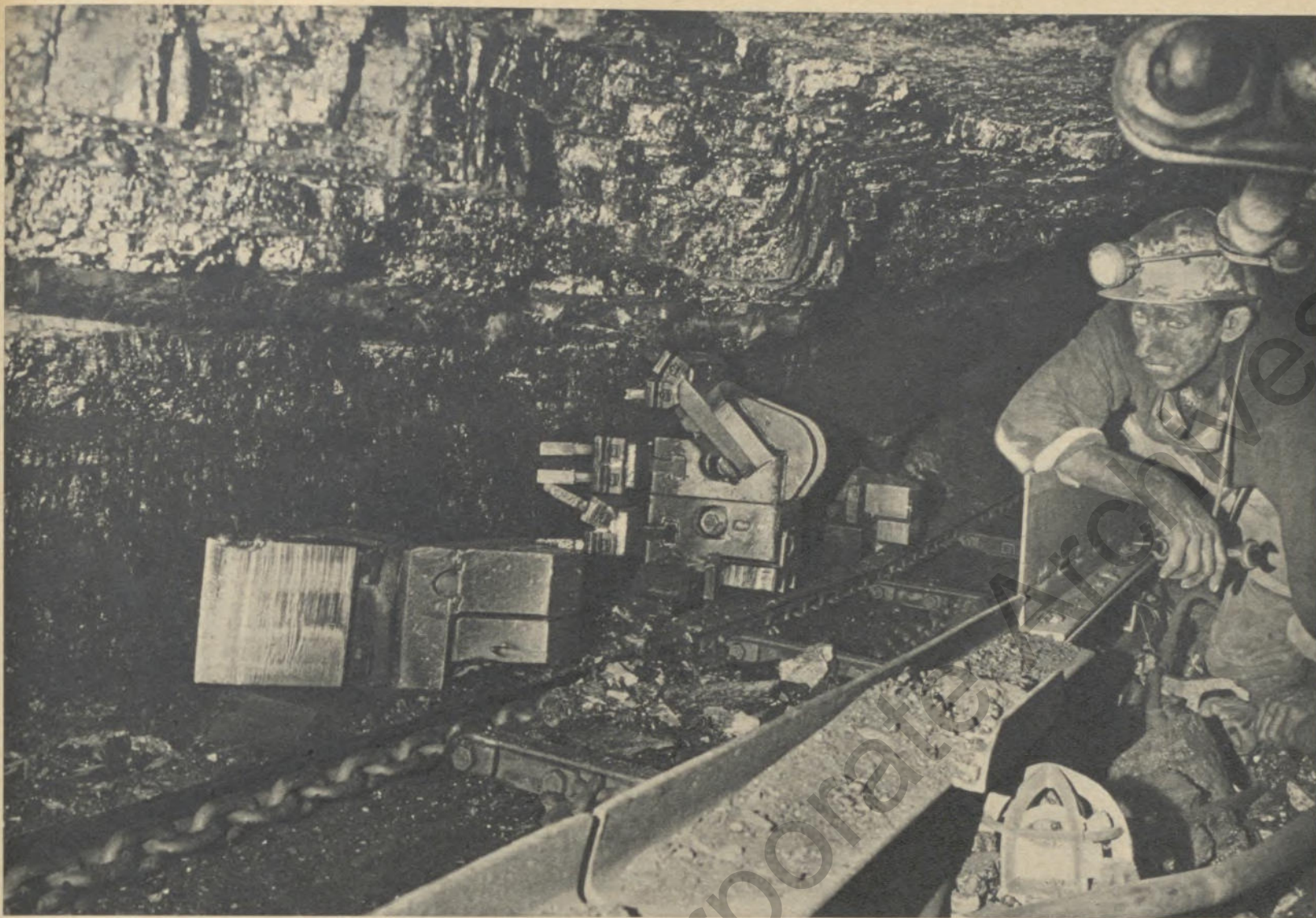
Druckluft:
2650 PS oder 59,5 v. H. Akkumulatoren:

840 PS oder 18,9 v. H. Fahrdrast:

542 PS oder 12,2 v. H. Diesel: 417 PS oder 9,4 v. H. Daß auch heute noch, nach 60 Jahren, die Druckluftlokomotiven über die Hälfte der eingesetzten Lokomotiv-PS ausmachen, hängt nicht zuletzt mit ihrer Robustheit und relativ geringen Reparaturanfälligkeit im Untertageeinsatz zusammen.

Mit der Entwicklung der einzelnen Schachtanlagen zum Verbundbergwerk Emil-Fritz und der damit zwangsläufig verbundenen Zusammenfassung der Abbaubetriebe wurden auch die Transportwege immer länger. In Zukunft werden deshalb als Streckenlokomotiven immer mehr solche mit Akkumulatoren eingesetzt werden müssen, so daß die Hochdruckluftlokomotiven nur noch als Abbaulokomotiven Verwendung finden werden.





Auf Fürst Leopold-Baldur

Schnellhobel im Flöz Erda

Die Mechanisierung des nur etwa 1 Meter mächtigen Flözes Erda machte wegen der großen Kohlenhärte und der geringen Mächtigkeit in der Vergangenheit Schwierigkeiten. Bei der Entwicklung neuer Gewinnungsverfahren ist dieser Mächtigkeitbereich bisher allgemein vernachlässigt worden. Leistungsfähige Gewinnungsmaschinen für solche Flöze und große Festigkeit der Kohle konnten sich bis heute nicht durchsetzen.

Bei Zurichtung durch eine Kettschrämmaschine und anschließender Hereingewinnung mit Abbaupammer und Schaufel konnte man auf der Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur

früher in Flöz Erda nur einen Abbaufortschritt von 1,25 Meter je Tag erreichen. Durch die Einführung des kombinierten Verfahrens, bei dem der Kohlenstoß zunächst durch einen Schrämchnitt auf 1,25 Meter Tiefe entspannt und die Kohle dann mit einem Steuerklappen-Reißhakenhobel hereingewonnen wird, ließ sich der Abbaufortschritt in dem rund 270 Meter langen Streb auf 2,50 Meter je Tag steigern.

Die Schrämarbeit, die einen zusätzlichen Gewinnungsgang darstellt, macht es organisatorisch schwierig, größere Abbaufortschritte zu erreichen, da nach jeder Gewinnungsfahrt eine Leerfahrt erforderlich ist. Seit

Anfang Juni wurde nun in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Eisenhütte Westfalia, Lünen, der Versuch gemacht, die Kohle ohne vorheriges Schrämen nur mit einem Hobel zu gewinnen.

Die Leistung der Hobelantriebe wurde dabei von bisher 2 x 33 Kilowatt auf 2 x 120 Kilowatt und die Geschwindigkeit des Hobels von 0,4 auf 1,6 Meter in der Sekunde gesteigert. Als Hobelkörper kam der in der Abbildung dargestellte G-Hobel mit Ladeköpfen und schwenkbaren Sohlenmessern zum Einsatz, der neben einer besonderen Schneidfähigkeit auch eine gute Steuerbarkeit aufweist. Der Förderer wird mit hydraulischen

Rückzylindern, die in einem Abstand von 6 Metern angeordnet sind, mit einer Kraft von 3 Tonnen an den Kohlenstoß gedrückt. Als Zugmittel für den Hobel dient eine 24 x 87,5 Millimeter starke Hobelkette, wie sie auch auf unserem Bild deutlich zu erkennen ist.

Der Einsatz des Schnellhobels war vom ersten Tag an erfolgreich. Die feste Kohle läßt sich gut hobeln, wobei Spantiefen von 2 Zentimetern erreicht werden. Den Abbaufortschritt konnte man durch die leistungsfähige Gewinnungsmaschine auf 2,50 Meter je Schicht steigern. Damit war also der Versuch, ohne vorheriges Schrämen zu hobeln, gelungen.

80 Jahre

Gewerkschaft der Bergleute

Am 18. August 1889 wurde in Dortmund-Dorstfeld der »Alte Verband« gegründet

»Die runde 80« – mit diesem Stempel macht die Industriergewerkschaft Bergbau und Energie seit einigen Wochen auf ein Jubiläum aufmerksam. In der Westfalenhalle soll im November eine Großveranstaltung dem Abschnitt in der Geschichte der Bergarbeiterbewegung gewidmet sein.

80 Jahre – das ist eigentlich keine runde Jubilarzeit. Andere Industriegewerkschaften sehen schon auf eine 100-Jahr-Feier zurück. Aber auch das Jahr 1969 wird in die Geschichte der Gewerkschaft eingehen: In diesen Monaten nahm die Ruhrkohle AG endgültig Form an, und an dem Zustandekommen dieser Einheitsgesellschaft und damit an der Neuordnung des Bergbaus an der Ruhr in schwerer Krisenzeit hat die Gewerkschaft hohen Anteil. Und da wollte man – gewiß zu Recht – das Zusammentreffen mit dem Jubiläumsdatum des eigentlichen Ursprungs gewerkschaftlichen Wirkens nicht untergehen lassen.

Man mag auf den ersten Blick darüber erstaunt sein, daß die Gewerkschaftsbewegung unter den Bergleuten noch so verhältnismäßig jung ist. Schließlich feierten wir eben 1000 Jahre Bergbau in Goslar, und die älteste Nachricht über Kohle an der Ruhr ist aus dem Jahr 1302 überliefert. Aber der deutsche Bergmann kam über Jahrhunderte nicht auf den Gedanken, Kampforganisationen zu gründen, denn er war unter Königen und Fürsten ein geachteter Mann, auf dessen gute Arbeitsbedingungen man achtete, und dem besondere Privilegien unter anderen Arbeitern und Bürgern zuerkannt wurden: Gesetze sicherten die 8-Stunden-Schicht, verboten Sonntagsarbeit und regelten sogar die Lohnfortzahlung

im Krankheitsfall. Schon 1542 erließ Herzog Wilhelm von Cleve eine Knappschaftsordnung, die König Wilhelm im Jahre 1737 verbesserte, und im Jahre 1766 wurde die Märkische Knappschaft als erste im Ruhrgebiet gegründet.

Vom »freyen Berckgesell« zum Proletarier

Der deutsche Bergmann war stolz auf seinen Beruf, er entwickelte – nicht zuletzt aufgrund der staatlichen Privilegien – ein eigenes Standesbewußtsein und trug mit Würde bei feierlichen Anlässen und bei den Bergparaden seine Uniform. Das alte Vorrecht, Waffen tragen zu dürfen, hielt sich noch lange in Parade- und Festumzügen. Der deutsche Bergmann war konservativ, königstreu und religiös. Auch die industrielle Revolution in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die den Abbau der bergmännischen Vorrechte mit sich brachte, änderte zunächst wenig an dem Gefühl der Sicherheit unter den Knappen. Erst mit dem Rückzug des Staates aus dem Bergbau und mit dem Übergang auf private Unternehmer, die mit großem Kapitalaufwand den technischen Fortschritt nutzten und die Zechen ausbauten, verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen der Bergleute sprunghaft. 1860 gab es 30 000 Bergleute an der Ruhr, fünfzehn Jahre später waren es bereits 83 000. Sie alle unterlagen dem Diktat der Unternehmer. Aus dem privilegierten »freyen Berckgesell« war ein Proletarier geworden.

Menschenunwürdig behandelt

Die Folge des »Freizügigkeitsgesetzes« von 1860 waren unter

anderem die Verlängerung der Schichtzeiten und Lohnkürzungen. Der Hauerlohn – um nur ein Beispiel zu nennen – ging von 5 Mark (1873) auf 2,56 Mark (1877) zurück. Der spätere Vorsitzende der IG Bergbau, August Schmidt, schrieb in seinem Buch »Lang war der Weg« über diese Lage: »Mein Vater war – genau wie mein älterer Bruder und später auch ich – Bergmann, und er

▼ Kaiser Wilhelm II. empfängt am 14. Mai 1889 die Delegation der streikenden Bergarbeiter an der Ruhr. Zwei der drei Delegierten, Schröder und Siegel, deren Porträts auf den beiden Reproduktionen rechts davon abgebildet sind, waren danach die Führer der Bergarbeitergewerkschaft und Mitgründer des »Alten Verbandes« als erste Einheitsgewerkschaft



bekam damals für eine neun-stündige Schicht ganze 2,66 Mark ... Nicht selten war es auch noch so, daß der ohnehin karge Lohn durch Fehlschichten weiter geschmälert wurde. So war es dann wohl kein Wunder, daß wir Kinder keine Leder-schuhe kannten ... Erst nach meiner Jugendzeit lernte ich Butter in der Praxis kennen, sie kostete damals 0,90 bis 1 Mark

je Pfund. Was blieb also den Menschen damals übrig? Sie mußten ihre Lebensmittel auf Pump einkaufen.«

In die Familien der Bergleute zog die Not ein. Zorn, Bitterkeit und Verzweiflung ergriff die Kumpels. Unerträglich wurden die Lebensbedingungen durch die entwürdigende Behandlung der Arbeiter durch die Zechenbesitzer und viele Vorgesetzte

unter Tage. Der Umgangston war mehr als rauh, Strafen wurden willkürlich verhängt, und der Lohn des zum Untertan umgezogenen Bergmannes war einem skrupellosen Gewinnstreben unterworfen. Bis heute nicht vergessen ist das berühmte »Wagennull«: geförderte Kohlenwagen wurden nicht gezählt und damit auch nicht bezahlt. Die soziale Sicherung durch die Knappschaft wurde Zug um Zug abgebaut. Die Renten für Bergarbeiter betrugen Ende des 19. Jahrhunderts nur noch 20 bis 25 v. H. des Hauerlohnes, die Witwenrenten sogar nur noch 10 bis 15 v. H.

Mißbrauchtes Vertrauen

Geradezu unverständlich erscheint es uns heute, wie lange es dauerte, bis die Bergleute geschlossen aufbegehrt, wie lange das überkommene, geradezu rührend und naiv anmutende Vertrauen gegenüber der Obrigkeit erhalten blieb. Walter Köpping, Sekretär der IG Bergbau und Energie und Leiter der Abteilung Bildungswesen (unseren Belegschaftsmitgliedern bekannt als Mitglied des Aufsichtsrates der Hoesch AG), schrieb dazu in einem Aufsatz in der »Welt der Arbeit«:

»Typisch war das Verhalten vieler Knappenvereine und Zechen-

ten die Bergleute zum Ausdruck, daß es ihnen nicht so sehr um materielle Besserstellung gehe. Sie wandten sich gegen die Lohnkürzung deshalb, weil diese einseitig und ohne Begründung von den Unternehmern vorgenommen worden war. Sie wollten die Anerkennung ihrer Menschenwürde, Gerechtigkeit und Sicherheit des Arbeitsplatzes. Aufschlußreich ist die Behandlung einer Petition Essener Bergarbeiter aus dem Jahre 1867. An Stelle des Königs antwortete der preußische Minister von Itzenplitz. Dieser wies die Beschwerden als unbegründet zurück und belehrte die Kumpel, daß die Bergbehörde selbst bei berechtigten Klagen der Bergarbeiter über die Löhne usw. keine Abhilfe schaffen könne, weil »die Abschließung der Verträge zwischen den Bergwerks-eigentümern und den Bergleuten ... nach der jetzigen Lage der Gesetzgebung dem freien Übereinkommen derselben überlassen ist«.

Ein solch »freies« Übereinkommen, aus der Perspektive eines preußischen Ministers, ließ aber keinen Raum für Gewerkschaften oder für Arbeitskämpfe. Im Freizügigkeitsgesetz von 1860 war jede Arbeiterkoalition bei Androhung von Gefängnisstrafen verboten worden. Ab 1. Oktober 1878 machte dann das sogenannte Sozialistengesetz eine Gewerkschaftsgründung nahezu unmöglich.«

Erst schüchtern aufbegehrt ...

Druck aber erzeugt Gegendruck: den Bergleuten wurde klar, daß nur Selbsthilfe-Organisationen Abhilfe schaffen konnten. Zunächst entstanden freie Knappenvereine, und in den achtziger Jahren wurde die Gründung einer Gewerkschaft vorbereitet. Für den Sommer 1889 war die Einberufung eines deutschen Bergarbeitertages vorgesehen. Der große Arbeitskampf aber deutete sich noch nicht an. Bei etwas mehr Einsicht der Unternehmer hätte er sogar ganz vermieden werden können. Im Ruhrgebiet fanden Versammlungen statt, in deren Mittelpunkt die Kohlenpreise und die Löhne standen. Die Grubenverwaltungen erhielten Listen mit den Wünschen der Bergarbeiter, in deren Mittelpunkt die Wiedereinführung der 8-Stunden-Schicht und eine 15prozentige Lohnerhöhung standen. Die Bergleute dachten noch nicht an Kampf, wie die Schlußsätze zeigen: »Hiermit erlauben wir uns, die Wünsche respektive Bestrebungen der Bergleute einem wohlwollenden Grubenvorstand vorzutragen. Deren friedliche Lösung erwartend, zeichnet im Namen der Bergleute das am



10. März in der Bergmannsversammlung zu Essen gewählte Komitee.«

Otto Hue, der Geschichtsschreiber der Arbeiterbewegung, wies nach, daß die Grubenbesitzer eine Chance verpaßten: »Den Grubenverwaltungen gingen die Essener Beschlüsse zu, aber die Herren taten jetzt wieder wie 1872, als ob sich die Bergarbeiterbewegung nicht im Ruhrgebiet, sondern auf dem Mond abspielte. Ein wenig Entgegenkommen hätte genügt, die wahrhaftig nicht verwöhnten Arbeiter von dem Äußersten zurückzuhalten, zumal kein einziger der bis dahin bekanntesten Arbeiterführer einem Streik das Wort redete. Aber gar keine Antwort kam, und dadurch geriet der Stein ins Rollen.«

Dann kam es zum Streik

Im Ruhrgebiet brach der größte Streik aus, den Europa während des 19. Jahrhunderts erlebte. 90 000 von über 100 000 Kumpeln beteiligten sich daran. Bei der engen Verflechtung der Industrien an der Ruhr war es praktisch ein Generalstreik. Am 1. Mai 1889 hatten Pferdejungen der Zeche »Ernestine« in Essen die Arbeit niedergelegt. Der Funke sprang von hier aus blitzschnell ins ganze Ruhrgebiet über. Die Knappenvereine

▲ Streikende Bergleute werden mit ihren Familien aus den Werkswohnungen ausgewiesen. Die Zeichnung erschien in der Zeitschrift »Der wahre Jakob«

wurden überrascht, aber bald setzten sich ihre Führer an die Spitze der Kampfbewegung. Am 5. Mai rückte Militär in das Streikgebiet, es wurde geschossen, und mehrere Bergarbeiter ließen ihr Leben.

Am 14. Mai empfing der Kaiser als Abordnung der Streikenden die Bergarbeiterführer Schröder, Bunte und Siegel.

Otto Hue schrieb über dieses geschichtliche Ereignis in seinem zweiten Band: Die ganze Audienz hatte nur wenige Minuten gedauert. Die Arbeitervertreter konnten keine informierende Sachdarstellung geben. »Der Kaiser erschien, als wir im Saale standen, er sah sehr finster aus. Einer der Hofherren hatte uns gesagt, die ganze Sache dürfe nur zehn Minuten dauern, in dieser Zeit müsse der Kaiser auch gesprochen haben. Nur einer von uns dürfe sprechen, aber recht laut, Majestät höre schwer. Als der Kaiser eintrat, verneigten wir uns, unsere Rücken waren zu steif für eine tiefe Verbeugung. Er sprach uns begrüßend an und fragte: »Was ist euer Wunsch?«



belegschaften nach 1865 (also nach Erlaß des Allgemeinen Preußischen Berggesetzes mit der »Bergfreiheit«, die den Privatunternehmern die Führung und Neugründung von Bergwerksbetrieben überließ): Sie machten in untertänigem Ton Eingaben an die Bergbehörden und wandten sich mit Bittschriften an den preußischen König. In einer Petition aus dem Jahre 1862 brach-



◀ Ein altes Foto aus dem Jahre 1912: Kurz vor dem Streik lesen empörte Bergleute vor dem Zeichentor den Schießbefehl des Regierungspräsidenten

Darauf sprach Schröder. Nun sprach der Kaiser scharf und laut. Dann bedankte sich Schröder für die Audienz, wieder eine kleine Verbeugung, und die Zeremonie war zu Ende. Ein Stenograph stand nahe beim Kaiser. Als wir die Abendzeitungen lasen, waren wir erstaunt, über die Rede des Kaisers einen Bericht zu lesen, in dem seine Worte: »Und ich werde alle über den Haufen schießen lassen, was sich mir widersetzt«, fehlten. Soweit Siegels Bericht, der von Schröder bestätigt worden ist. Nach dem offiziellen Bericht lauteten die Worte Schröders wie folgt: »Wir fordern, was wir von unseren Vätern ererbt haben, nämlich die achtstündige Schicht. Auf die Lohnerhöhung legen wir nicht Wert. Die Arbeitgeber müssen mit uns in Verhandlung treten, wir sind nicht starrköpfig. Sprächen Majestät nur ein Wort, so würde es sich gleich ändern, manche Träne würde getrocknet sein.«

Verfolgung als Antwort

Zwei Tage später erschien eine Delegation der Unternehmer beim Kaiser. In den »Reden des Kaisers«, erschienen im Deutschen Taschenbuchverlag, läßt sich noch nachlesen, daß hierbei der Ton des Monarchen weniger herablassend war. Aber man kann seinen Worten auch ein gewisses Verständnis für die Lage der Streikenden entnehmen. Er empfahl den Bergwerksbesitzern, etwas mehr auf die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter einzugehen. Nachdem die Unternehmer gewisse Verbesserungen versprochen hatten, nahmen die Bergarbeiter Ende Mai die Arbeit wieder auf. Aber die Unternehmer hielten ihre Zusagen nicht. Entgegen ihrer Beteuerungen wurde

eine Verfolgung der Streikführer eingeleitet. Die berüchtigte Schwarze Liste füllte sich mit neuen Namen, unter ihnen auch der Arbeiterdichter Heinrich Kämpchen, der arbeitslos wurde. Die Gerichte begannen mit harten Urteilen gegen zahlreiche am Streik beteiligte Bergleute und Gewerkschaftsfunktionäre.

Durch die Not geeint

Professor Dr. Wolfgang Köllmann schreibt in seinem Buch »Ruhrgebiet und neues Land« über die Folgen des Streiks an der Ruhr: »Im großen Streik von 1889 waren einige Elemente zutage getreten, die sich als charakteristisch für die Bergarbeiterschaft und für die Bergarbeiterbewegung erweisen sollten. Der Streik begann unkontrolliert; die in den Knappenvereinen herangewachsenen Führer versuchten ihn zuerst zu verhindern und setzten sich erst an seine Spitze, als sie erkennen mußten, daß die Dämme gebrochen waren. Dann aber gingen im zentralen Streikkomitee Katholische und sogenannte »Freie«, die nicht unbedingt sozialdemokratisch beeinflusst sein mußten, zusammen. Wesentliche Unterstützung konnte allein die Zentrumsparlei leisten, die gerade im Ruhrgebiet als Arbeiterparlei hervorgetreten ist, während die Sozialdemokratische Partei durch das Verbot des Sozialistengesetzes gebunden war.

Andererseits war dieser Streik kein reiner Lohnstreik, wenn auch, vor allem von den Be-

hörden, die Lohnfrage in den Vordergrund geschoben wurde. Vielmehr entstand er aus der Verbitterung darüber, daß sich der soziale Schutz der Knappschaftsversicherungen verschlechtert hatte.

Die Forderungen zur Arbeitszeit und zur Betriebsordnung, die auch die von Wilhelm II. in Berlin empfangene Delegation in den Vordergrund stellte, lassen

erkennen, daß man sich in der Bergarbeiterschaft noch der traditionellen Privilegien bewußt war, obwohl diese Privilegien mit der Liberalisierung des Bergbaus in den fünfziger und sechziger Jahren verlorengegangen waren.

Die preußische Regierung nahm den Streik zum Anlaß, um die Verhältnisse des Bergbaus neu zu durchdenken. Eine Untersuchung, mit der das Oberbergamt beauftragt wurde, blieb zwar in ihren Ergebnissen hinter den Erwartungen der Bergarbeiterschaft zurück, ließ aber doch das Bestreben erkennen, nicht einseitig den Unternehmerstandpunkt zu vertreten.

Auf der Seite der Bergarbeiterschaft stärkten die Folgerungen

▼ Kaiser Wilhelm II. hatte auch des öfteren Grund, deutsche Bergleute zu loben: Hier erscheint er hoch zu Roß und in der Uniform seiner Husaren vor Bergungsmannschaften aus dem Ruhrgebiet, die verschüttete Kumpel in Courriers (Belgien) gerettet haben



► Streik an der Ruhr im Jahre 1912. Arbeiter und deren Frauen flüchten in Dortmund vor eingesetztem Militär, das dem Schießbefehl der Regierung Folge leistet

aus dem großen Streik von 1889
den Willen zur Organisation.«

Der »Alte Verband«

Die Bergleute an der Ruhr hatten zu politischem Selbstbewußtsein gefunden. Am 18. August 1889 kamen in Dortmund-Dorstfeld mehr als 200 Delegierte von 44 Knappenvereinen und 66 Zechen zu einer Delegiertentagung zusammen. Man beschloß die Gründung einer Gewerkschaft unter dem Namen »Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen in Rheinland und Westfalen«.

Der als Einheitsgewerkschaft gegründete Verband ist unter dem Namen »Alter Verband« in die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung eingegangen. Die erste Mitgliederzahl belief sich auf 15 000, ein Jahr später registrierte man schon 58 000. Diese Zahl ging zurück, als sich der »Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter« bildete, aber um die Jahrhundertwende hatte der Alte Verband wieder 30 000 und 1905 sogar 105 000 Mitglieder.

Jetzt anerkannter und gleichberechtigter Partner

Die wirtschaftliche Lage der Bergleute besserte sich nach Änderung der Bergesetze im Jahre 1892, aber die Arbeiter hatten inzwischen erkannt, daß sie ohne Gewerkschaft den immer wieder deutlich werdenden Machtansprüchen des Obrigkeitsstaates gegenüber wehrlos waren. Der politische Durchbruch war gelungen, das zeigte sich, als im zweiten großen Streik 1905 alle Verbände geschlossen einen Erfolg errangen. Das Auf und Ab des deutschen Bergbaus in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts mit seinen politischen und wirtschaftlichen Katastrophen ist unserer Generation geläufig. Die Bergleute von heute wissen, daß eine starke Gewerkschaft stets wesentlich dazu beitrug, diesen Wirtschaftszweig mit den von ihm abhängigen Menschen aus lebensbedrohenden Krisen herauszuführen.

Das jüngste Beispiel ist das nie erlahmende Drängen – jetzt als gleichberechtigter Partner des Unternehmensverbandes und der Regierungsvertreter – zur Bildung einer Einheitsgesellschaft, der jetzt handlungsfähigen Ruhrkohle AG. Hier galt es nicht etwa nur, eine moderne Form konkurrenzfähiger Unternehmensform zu finden; hier ging es um den Nachweis der Lebensfähigkeit eines Industriezweiges, der nach geänderter nationaler Energiepolitik seinen festen Platz in der Wirtschaft der Bundesrepublik behaupten kann und wird.

In Bockum- Hövel geboren: Viel Freude mit dem Affenbaby

Das war in der Geschichte der Bergarbeiter-Siedlungen rund um Radbod bisher noch nicht verzeichnet: Im Hause des Zechengärtners Wilhelm Klause an der Rautenstrauchstraße in Bockum-Hövel kam ein Affenbaby zur Welt! War das eine „Sensation“ in der Nachbarschaft! Und unser Belegschaftsmitglied, seine Frau und seine Kinder sind glücklich, denn alle haben nach Kräften mitgeholfen, der Affenmutter die schwere Geburt zu erleichtern. Mit Medikamenten und Babykost mußten sie die schwer asthmakranke Affenmutter bei Kräften halten. Jetzt sind die sorgenvollen Tage überstanden, ein niedliches Affenkind ist der Lohn für die Mühe.

Bockum-Hövels Kinder und vor allen Dingen die Radbod-Invaliden lieben die temperamentvollen Meerkatzen (so heißt diese Affenart), die sich im Sommerhalbjahr im Hallohbusch tummeln. In diesem parkähnlichen Wäldchen betreibt Wilhelm Klause nach seiner Zechenarbeit nachmittags eine Trinkhalle. Und da er weiß, daß Bergleute tierliebende Menschen sind, gliederte er der Trinkhalle einen kleinen Privatzoo an. Seine Hauptbesucher, die immer wieder Futter mitbringen, sind die vielen früheren Belegschaftsmitglieder der Zeche, die als Invaliden gerne im Hallohbusch spaziergehen.

Der Zechengärtner hat eine „glückliche“ Hand für Tiere, besonders, wenn sich in der Gefangenschaft Nachwuchs anmeldet. Diesmal allerdings schien alle Mühe umsonst; man hatte die Affenmutter bereits aufgegeben. Sie ließ das gerade



geborene Baby fast teilnahmslos neben sich liegen, weil sie unter so schweren Asthma-Anfällen litt, daß sie kaum noch Luft bekam und auch keine Kraft für mütterliche Pflege schöpfen konnte. Wilhelm Klause und seine Kinder waren Tag und Nacht auf den Beinen, um beide zu retten.

Noch jetzt nimmt Mutter Mecki feinen Milchbrei aus der Flasche an, damit sie genug Kraft hat, ihr Junges selbst zu stillen. Inzwischen läuft Äffin Mecki frei im Hause herum – unter sich trägt sie ständig ihr Baby. Beide lassen sich von den Menschenkindern verwöhnen. Der Vater erlebte diese Tage nicht mehr; er ging leider schon Monate vor der Geburt ein. So befinden sich jetzt außer Mutter und Kind nur

noch die Affen Cucki und Susi im Gehege.

Eine ärztliche Betreuung war auch noch lange nach der Geburt neben der aufopfernden Pflege durch die Familie Klause nötig. Auch hier blieb die Versorgung „standesgemäß“: für ständige Beobachtung und medizinische Hilfe sorgte ein Knappschaftsarzt.

Zu unseren beiden Schnappschüssen: Mit der Flasche mußten Mutter und Kind noch lange nach der Geburt ernährt werden; auch Medikamente nahmen sie auf diese Weise zu sich. Das Foto unten zeigt die Kinder des Pflegers mit den Meerkatzen, die sich in ihrem Käfig in der Wohnung wohl fühlen



Die längste Nacht mit der Grubenlampe



25 Jahre lang war der jetzt 70jährige Wilhelm Weber aus Ergste bei Schwerte auf der Schachanlage Kaiserstuhl. 25 Jahre sind es jetzt her, seit er seine längste und schwerste Schicht während des Krieges verfuhr. Er hat dieses Erlebnis für WERK UND WIR niedergeschrieben mit dem Hinweis, daß es notwendig sei, gelegentlich an das zu erinnern, was die Bevölkerung und mit ihr die in der Heimat arbeitenden Männer gegen Kriegsende durchleiden mußten. Hier sein Bericht:

In 600 Meter Tiefe bohren sich unsere Preßluftschlämmer immer tiefer in die Kohlenwand und reißen große Brocken heraus. Unsere Lampen hängen am Holz, und nur schwach dringt ihr Schein durch den Staub. Mein Kumpel Achim, ein russischer Soldat, scheppt die lose Kohle auf das laufende Band neben uns. Er schuftet für zwei, dabei läuft ihm der Schweiß in die Augen. Ein prima Kerl, dieser Achim. In Kasan im weiten Rußland ist er zu Haus und war dort Lehrer. Er spricht gebrochen deutsch. Jetzt stößt er mich an: »Viel warm heute« sagt er. Mir war es auch schon aufgefallen. Es muß irgendwas los sein. Die Luftlampen, die über dem Förderband hängen, werden immer dunkler und gehen aus. Unsere

Abbauhämmer fangen an zu stottern, und dann stehen sie still. Aus irgendeinem Grund ist die Wetterführung unterbrochen. Also abwarten und buttern. Ich breche mein Butterbrot durch und gebe, wie immer, dem Achim eine Hälfte. Er hat immer Hunger. (Es war damals streng verboten, den Gefangenen etwas zu geben, aber wir taten es doch. Das hat mir dann später im Gestapokeller 25 Stockschläge eingebracht. »Nochmal Glück gehabt diesmal, weil wir euch Bergleute dringend brauchen! Das nächste Mal geht's ab ins KZ«, meinte dazu ein riesengroßer Gestapo-Mann.) »Alles raus zum Schacht!« Von Mann zu Mann dringt der Alarmruf durch die Stollen bis zum Kohlenstoß. Die Luft wird immer dünner. Wir reißen unsere Jacken und Lampen vom Nagel und rennen zum Schacht. Der Korb, der immer Kohle und Leute nach oben bringt, steht still. Jetzt bleibt nur noch der Not-schacht zum Klettern. Immer zehn Meter Leiter, dann eine kleine Bühne, darauf wieder eine Leiter. 600 Meter sind es bis oben. Die Lampe haben wir in den Zähnen, das kalte Grubenwasser tropft uns auf den Schutzhelm und läuft den Nacken herunter. Als wir oben ankommen, stehen Betriebsführer und Obersteiger am Ausstieg und rufen uns zu: »Kumpels, geht nicht nach Haus,

unser Werk brennt an allen Ecken! Helft uns löschen!« Die Stadt und die Hoesch-Werke mit der Schachanlage Kaiserstuhl waren Ziel eines Luftangriffes. »Haltet eure Lampen bei euch und auch die Gefangenen«, heißt es weiter. Wir sehen uns um, die Stadt und das Werk liegen im Dunkeln. Die Brände werfen den Schein gegen die tiefhängenden Wolken. Unser Trupp geht sofort zum Holzplatz. Ein ganzer Holzzug, wohl zwanzig Waggon mit Brettern und Grubenholz, steht in hellen Flammen. Phosphorbomben haben das Holz entzündet. Wir stellen uns auf die Puffer der Wagen und werfen die obere Lage der Hölzer und Bretter runter. Unten stehen die Gefangenen und schlagen mit nassen Säcken den Phosphor aus. In kurzer Zeit ist ein langer Zug gelöscht – aber unsere Hände sind verbrannt. Jetzt wollen wir uns umziehen und baden wie nach jeder Schicht. Aber unsere Kleider sind verbrannt, und Badewasser gibt es auch nicht. Also schwarz nach Haus – mit der Lampe in der Hand! Was ist eine Stadt ohne Licht! Die Grubenlampe muß uns jetzt den Weg zeigen durch die Nacht. Wir sind eben aus dem Tor, da kommt ein Mann gelaufen. »Bitte kommen mit Lampe!« ruft der sogenannte Ostarbeiter. »Viele Bomben auf Lager!« sagt er und zeigt in Richtung Benzolwerk.

Wie gehen ihm nach und kommen auf einen Platz. Die Wohnbaracken ringsum sind eingedrückt, und aus den frischen Bombentrichtern steigt Schwefel- und Phosphorgestank. Kein Schutzbunker, nurein abgedeckter Splittergraben ist für die Menschen angelegt. Jetzt sind sie von Bomben eingedrückt und die Männer und Frauen eingeschlossen. Ihr Hilfeschrei zeigt unseren Lampen den Weg. Wir können sie alle rausholen. Weiter geht's mit den Lampen in die brennende Stadt. Die Straßenbahn, die uns immer nach Haus brachte, fährt nicht. Sie hat keinen Strom, und die Schienen sind aufgerissen. Einige Straßen müssen wir umgehen, die Häuser brennen wie Fackeln, und die Feuerwehr kann nicht helfen wegen der Hitze. Ein paar Straßen weiter sind schon alle Häuser ausgebrannt, Möbel und Einrichtung stehen am Bürgersteig. Der Schein unserer Lampen gleitet über Bettzeug und Hausrat. Dazwischen sitzen Frauen mit ihren Kindern. Einige weinen leise vor sich hin, und die Kinder schlafen. Ihre Männer und Väter sind irgendwo an der Front in Rußland, Frankreich, in Afrika oder Italien. Die Front aber ist überall, auch hier. Das letzte Haus an der Straße brennt noch, aber wir sehen keinen Hausrat draußen. Eine junge Frau hat ihr Kleines im Arm, sie zeigt in die Flammen und schreit: »Meine Mutter ist

noch drin!« Schnell sind wir im Haus. Im hintersten Zimmer finden wir die gelähmte Mutter, sie wird 'rausgetragen. Ihr Bett wird auseinandergenommen und draußen wieder aufgestellt. Es war hohe Zeit: hinter uns bricht die Decke durch, und die obere Wohnung stürzt brennend in die untere.

Wir müssen weiter zum Bahnhof, vielleicht fährt noch ein Zug in die Vorstadt. Wir klettern über Mauern und Trümmer, dazwischen Tote, die müssen warten, bis es hell wird. Im Bahnhof ist alles stockduster. Einen Zug, der am Abend mit Reisenden und Soldaten einlief, hat es erwisch't. In langen Reihen liegen die Verletzten und Toten am Bahnsteig. Mit Fackeln und Notlampen holt man immer noch Verletzte aus den zerbombten Wagen. Einige von uns mit ihren Lampen bleiben hier und helfen. In Kisten aus Sperrholz legt man die Toten. Auf langen Flachwagen werden sie zum Zentralfriedhof gefahren.

Unser Trupp zieht weiter, immer den Straßenbahnschienen nach – es könnte ja am Rande der Stadt noch eine Bahn fahren. Wir kommen zum Ärztehaus am Westfalendamm. Ein Sanitärer hält uns an: »Kommt mit euren Lampen, kommt schnell!« Er führt uns zwei lange Treppen runter, und wir kommen in einen großen Schutzkeller. Auch hier ist alles stockdunkel. Auf den Bänken sitzen und liegen die Verletzten. Einige Helfer versuchen immer wieder, Kerzen anzuzünden, aber der Durchzug bläst sie sofort wieder aus.

Einer hält jetzt die Lampen, alle anderen tragen Verletzte; immer zwei lange Treppen rauf, dann wieder zwei lange Treppen runter. Der lange Bunker hat einen Notaufgang nach der anderen Seite, aber genau in der Mitte hat eine schwere Bombe den Stollen eingedrückt. Hinter der Bruchstelle stöhnen noch Verletzte.

Als auch der letzte oben ist, legen wir uns hin. Wir sind fertig. Wir schlafen ein, aber nicht lange. Da richtet sich ein Mann zwischen den Toten auf, sieht uns groß an und fragt: »Wo bin ich?« Wir haben ihn als Toten rausgetragen, aber er war wohl nur ohnmächtig durch den Luftdruck da unten im Bunker. Wir erzählen ihm alles und rauchen noch eine Zigarette zusammen. »Jetzt muß ich aber nach Haus, meine Frau wartet«, sagt er freundlich und zieht ab. Wir gehen mit ihm.

Es wird schon Tag. Im Osten kommt langsam die Sonne hoch. Ihre ersten Strahlen fallen auf eine ausgebrannte Stadt. Unsere Lampen, die uns mit ihrem hellen Schein bei der langen Nacht soviel geholfen haben, sind erloschen.

Warum Bundesknappschaft?

In unserer vorigen Ausgabe enthielt unser Bericht über die letzte Vertreterversammlung der Ruhrknappschaft Hinweise auf die Zusammenhänge mit der Errichtung der Bundesknappschaft, die der Deutsche Bundestag gesetzlich verankerte. Damit ist eine für die Knappschaftsversicherten wichtige Entscheidung gefallen. »Die Politiker haben sich ja gegenüber den gewerkschaftlichen Vorschlägen sehr aufgeschlossen gezeigt.« Dies schreibt Rudi Nickels, Vorstandsmitglied der IG Bergbau und Energie, und fährt in seinem Bericht fort:

»Seit Jahren stand die knappschaftliche Versicherung im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Es hat in der Vergangenheit genügend Stimmen gegeben, die glaubten, der knappschaftlichen Versicherung, der historisch gewachsenen eigenständigen Versicherung der Bergleute, die weitere Existenzberechtigung streitig machen zu müssen. Die ständig steigenden Aufwendungen des Bundes zur knappschaftlichen Rentenversicherung auf der einen und der große Rückgang der Versichertenzahl auf der anderen Seite waren die Hauptgründe, womit man glaubte, das Weiterbestehen einer Sondernversicherung für die Bergleute nicht mehr rechtfertigen zu können.

Bedeutung behalten

Hinzu kam, daß durch die Kriegsfolgeereignisse die frühere Reichsknappschaft stillgelegt und die Knappschaftsversicherung in den Westzonen durch acht selbständige Knappschaften durchgeführt wurde, worin man einen unnötigen Verwaltungsaufwand erblickte. Die IG Bergbau und Energie hat sich schon seit Jahren mit dem Thema »Bundesknappschaft« befaßt und besonders auf Bergarbeiterkongressen der Öffentlichkeit unmißverständlich zu verstehen

gegeben, daß eine ihrer wesentlichsten Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet die Schaffung bzw. Aufrechterhaltung eines eigenständigen Versicherungsträgers für die Bergleute sei. Es wurde dabei herausgestellt, daß die Knappschaftsversicherung, die den besonderen Bedingungen der Bergleute Rechnung trägt, ihre Bedeutung nicht verloren habe. Es sei nicht Schuld der Versicherten, wenn durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse sowie durch Bergbaukrisen die Knappschaftsversicherung erhöhte Aufwendungen des Bundes benötige.

Versicherung gefestigt

Mit der Schaffung der Bundesknappschaft ist der Gesetzgeber nicht nur der Forderung der IG Bergbau und Energie nach Beibehaltung eines eigenständigen bergmännischen Versicherungsträgers gefolgt, sondern er hat auch zur Festigung der knappschaftlichen Versicherung beigetragen.

Durch Schaffung der Bundesknappschaft verlieren die bisherigen acht Knappschaften zwar ihre rechtliche Selbständigkeit, jedoch ist vorgesehen, daß die Durchführung der knappschaftlichen Krankenversicherung Sektionen mit eigenen Selbstverwaltungsorganen übertragen werden kann. Hierbei ist der Gesetzgeber einer Forderung der IG Bergbau und Energie beigetreten. Danach bedeutet der Wegfall der acht selbständigen Knappschaften nicht, daß künftig nur noch Organe der Selbstverwaltung bei der Bundesknappschaft bestehen.

Wichtige Neuregelungen

Besonders wichtig für den Ruhrbergbau ist folgende Neuregelung: Artikel 2 des KnVNG wird wie folgt geändert: Nach § 1 a wird § 1 b eingefügt, der folgenden Wortlaut hat: »Für Personen,

die in einem Betrieb oder Betriebsteil beschäftigt sind, der knappschaftlich versichert war und diese Eigenschaft verloren hat, weil er nicht in die Ruhrkohle Aktiengesellschaft oder in eine andere Gesamtgesellschaft im Sinne des § 18 Abs. 2 des Gesetzes zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete vom 15. 5. 1968 überführt worden ist, steht die Beschäftigung in diesem Betrieb oder Betriebsteil der Beschäftigung in einem knappschaftlichen Betrieb gleich, wenn sie in dem Zeitpunkt, in dem der Betrieb oder Betriebsteil aus der Knappschaftsversicherung ausgeschieden ist, bereits aufgenommen war und seitdem nicht unterbrochen worden ist. Eine Unterbrechung von weniger als zwei Jahren bleibt außer Betracht.«

Zuständigkeit bleibt

Die vorgenannte Vorschrift regelt die versicherungsrechtliche Zuständigkeit von Personen, die in einem Betrieb oder Betriebsteil tätig sind, der nicht in die Ruhrkohle AG oder eine andere Gesamtgesellschaft im Sinne des Kohleanpassungsgesetzes eingebracht wird und damit seine Eigenschaft als knappschaftlicher Betrieb verliert.

Sie gewährleistet, daß Personen, die bei Ausscheiden des Betriebs oder Betriebsteiles aus der Knappschaftsversicherung bereits in diesem beschäftigt waren, für die Dauer ihrer weiteren Beschäftigung in diesem Betrieb oder Betriebsteil knappschaftlich versichert bleiben.

Satz 2 zielt darauf ab, den knappschaftlichen Versicherungsschutz den in Satz 1 bezeichneten Personen auch dann zu erhalten, wenn sie einer Maßnahme zur Förderung der beruflichen Bildung unterziehen und aus diesem Grunde ihre Beschäftigung bis zu zwei Jahren unterbrechen.

Treue Helfer

5 MINUTEN SICHERHEIT

aber nicht ohne Gefahr

Die Arbeit mit Zuggeräten muß
nicht gefährlich sein, wenn
man vorher immer folgendes
beachtet:

Rasten beim Handzughub
beide Schnäpper ein?

Funktioniert beim Druckluft-
Zuggerät die Steuerung?

Sind Ketten und Haken in
Ordnung?

Ist das Gerät sicher aufge-
hängt?

Ist die Last sicher eingehängt?
Stimmt die Zugrichtung?



Ketten dürfen niemals verdreht
einlaufen und nur bei Stillstand
geordnet werden!

Das Gerät ist nur dann sicher
aufgehängt, wenn der Ausbau
zug- und druckfest verbolzt
ist!

Die Last ist nur dann sicher an-
geschlagen, wenn sich der Haken
voll einhängen läßt!

Die Zugrichtung stimmt nur dann,
wenn die Kette gerade verläuft;
bei Schrägzug besteht Gefahr
durch Auspendeln der Last!

Ein Druckluft-Zuggerät darf nur
umgehängt oder transportiert
werden, wenn der Luftschlauch
abgeschlagen ist!

Mehr Lohn - mehr Urlaub

Einen Tag vor Ablauf der Erklärungsfrist – am 15. August 1969 – haben die Spitzengremien der beiden Tarifparteien, nämlich der Vorstand der IG Metall und der Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall), einem neuen Tarifvertrag für die metallverarbeitende Industrie zugestimmt. Damit treten Vereinbarungen in Kraft, die nach den nahezu acht Tage dauernden Spitzengesprächen am 2. August erreicht worden waren.

Das Abkommen sieht vor:
Einen Monat vor Ablauf der gültigen Lohn- und Gehaltstarifver-

träge – nämlich vom 1. September 1969 an – werden die Löhne und Gehälter um 8 Prozent erhöht. Mit Beginn des Urlaubsjahres 1970 fällt die Anrechnung der arbeitsfreien Samstage auf den Urlaub fort. Der bezahlte Urlaub erhöht sich von 1970 bis 1972 stufenweise um drei bis vier Tage. Lehrlinge erhalten ab 1970 eine zusätzliche Urlaubsvergütung von 30 Prozent ihrer »Ausbildungsbeihilfe«.

Den Vertrauensleuten dürfen aus ihrer Tätigkeit keine Nachteile erwachsen.

Die Frage des Bildungsurlaubs wird durch eine Kommission bis

zum Ablauf des neuen Tarifvertrages geklärt.

Jugendvertreter genießen jetzt auch vor dem 18. Lebensjahr Kündigungsschutz.

In einer Mitteilung erklärt die IG Metall, sie gehe bei der Annahme dieses Abschlusses davon aus, daß er die wiedererreichte Vollbeschäftigung stabilisiere und daß von diesem Abkommen keine negativen Auswirkungen auf die Preise zu erwarten seien. Der Vorstand der IG Metall bezeichnete allerdings als Voraussetzung, daß die Bundesregierung durch energische Maßnahmen zur Stabili-

sierung des Preisniveaus beitrage.

Auf Arbeitgeberseite haben alle Landesverbände zugestimmt, wenn auch Bedenken über die Kostenbelastung geäußert wurden, weil sich vom 1. Januar 1970 an aus der gesetzlichen Sozialpolitik zusätzliche Lohnkosten in Höhe von etwa drei Prozent ergäben.

Gesamtmetall weist darauf hin, daß die materiellen Belastungen in vielen Unternehmen weder aus den Erträgen abgedeckt noch durch Produktivitätsfortschritte aufgefangen werden könnten.

Krankenversicherungsschutz bei Urlaubsreisen

Die Haupturlaubszeit ist zwar vorbei, aber auch im Herbst und vor allem im Winter verreisen nicht wenige Mitarbeiter. Viele unserer Urlauber wissen jedoch nicht – das hat sich gerade in den Sommermonaten gezeigt –, was zu tun ist, wenn man anderswo krank wird. Wer also in den nächsten Monaten verreisen will, tut gut daran, die folgenden Zeilen zu lesen.

Im Inland

Wer im Bundesgebiet bleibt und schon vor Antritt der Reise in ärztlicher Behandlung ist, läßt sich von seinem Arzt einen Überweisungsschein mitgeben. Dieser Schein berechtigt, jeden zugelassenen Kassenarzt aufzusuchen.

Wer nicht in ärztlicher oder zahnärztlicher Behandlung ist, nimmt zweckmäßigerweise seine Krankenscheinscheckhefte mit. Bei der Inanspruchnahme eines Arztes stellt sich also der Versicherte seinen Krankenschein selbst aus. Falls das Krankenscheinscheckheft vergessen wurde und der Versicherte oder seine Familienangehörigen im Urlaub krank werden, muß der Kranken-

schein sofort bei der Betriebskrankenkasse angefordert werden. Sollte der Arzt am Urlaubsort für die erste Behandlung eine Privatvergütung verlangt haben, muß er sie zurückzahlen, wenn ihm der Krankenschein innerhalb von zehn Tagen nachgereicht wird.

Wenn der Versicherte während seines Urlaubs so erkrankt, daß er arbeitsunfähig wird, muß die Krankmeldung innerhalb von drei Tagen der Betriebskrankenkasse eingesandt werden, da nach Ablauf dieser Frist Krankengeldverlust eintritt.

Im Ausland

Im Ausland ist die Rechtslage anders. In der deutschen Sozialversicherung besteht das Territorialitätsprinzip, wonach sowohl Versicherungszwang als auch Versicherungsschutz nur im Geltungsbereich der Reichsversicherungsordnung (RVO) bestehen und sich damit auf das »Inland« beschränken. Versicherte, die im Ausland erkranken, haben keinen Krankengeldanspruch. Das bezieht sich jedoch nur auf einen Auslandsaufenthalt in einem Staat, mit dem kein Sozialversicherungsabkommen besteht. Der Versicherte muß je-

doch auch dann seine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung innerhalb von drei Tagen bei der Betriebskrankenkasse einreichen, will er nach Rückkehr ins Inland seinen Anspruch auf Krankengeld geltend machen. Wer nach Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal, Spanien, den Niederlanden oder in die Türkei fährt, sollte auf jeden Fall vor der Reise eine Bescheinigung bei der Betriebskrankenkasse anfordern, aus der seine Mitgliedschaft zu unserer Krankenkasse hervorgeht.

In einigen Ländern allerdings (vor allem in Österreich und in Südfrankreich) sind die Ärzte vielfach nicht bereit, den deutschen Urlauber »auf Krankenschein« zu behandeln. Sie verlangen Barzahlungen nach den Sätzen für Privatpatienten. Das aber kann sehr teuer werden. Deshalb ist es empfehlenswert, bei der Betriebskrankenkasse eine Auslandsversicherung abzuschließen. Die Kosten sind gering: für 3000 DM Versicherungssumme pro Woche und Person sind lediglich 3 DM Beitrag aufzubringen (beim Aufenthalt außerhalb Europas gelten höhere Beiträge). Bei Abschluß einer solchen Versicherung müssen im Krankheitsfall

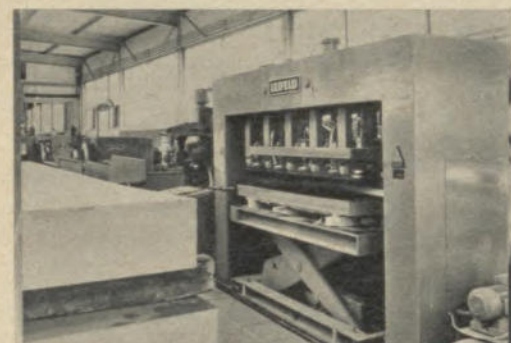
alle Belege über Arztrechnungen und Rezepte sorgfältig aufgehoben werden. Die Rechnungen müssen spezifiziert und quittiert sein. Nach der Rückkehr aus dem Urlaub erstattet die Privatversicherung einen Teil der Kosten. Für bestehende Krankheiten bei Antritt der Reise und bei Abschluß der Versicherung wird selbstverständlich kein Versicherungsschutz gewährt.

Auskunft in allen Fragen der Versicherung bei Urlaubsaufenthalt im In- oder Ausland erteilen folgende Dienst- und Nebenstellen der Gemeinsamen Betriebskrankenkasse Hoesch in Dortmund:

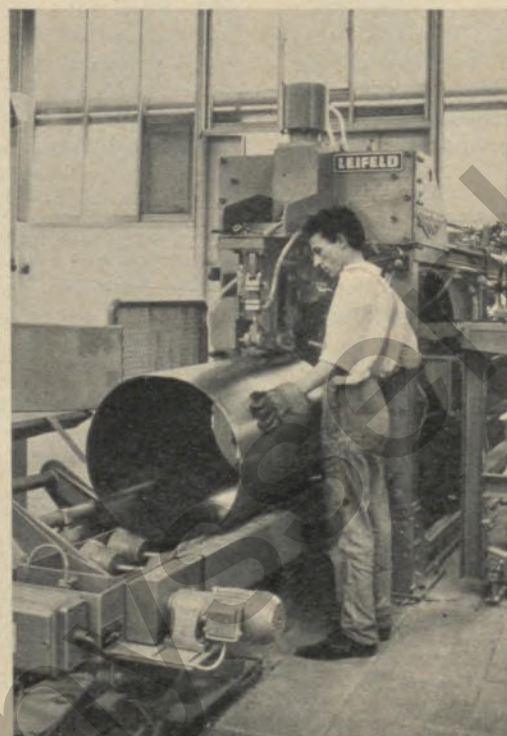
Dienststelle Werk Phoenix	Ph 71 90
Dienststelle Werk Union	U 24 90
Dienststelle Werk Westfalenhütte	W 42 44
Nebenstelle Hamm	(02381) 27 52 41
Nebenstelle Hohenlimburg	(02334) 883 83
Nebenstelle Olpe	(02761) 30 53
Nebenstelle Rothe Erde — Schmiedag, Lippstadt	(02941) 42 56



Alle 9 Sekunden ein Faß

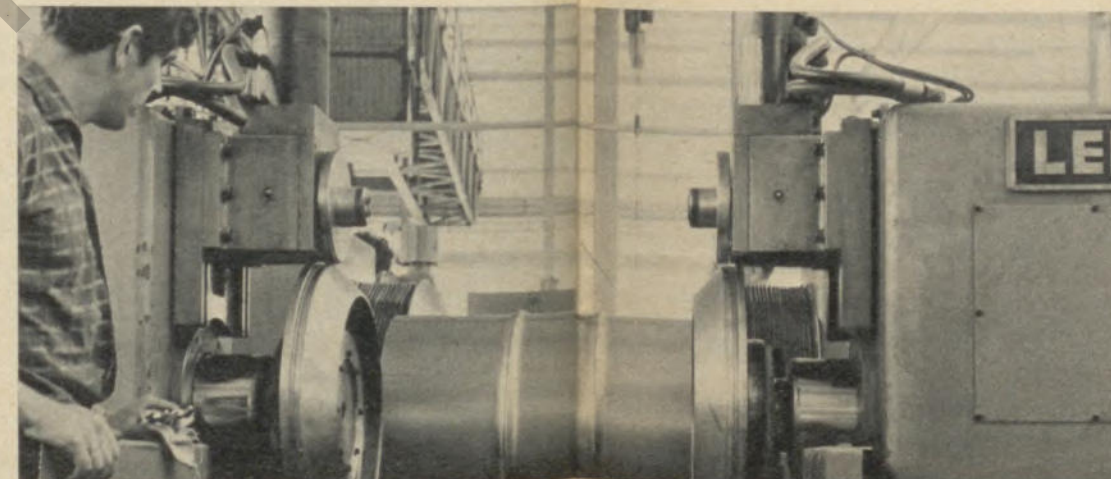


▲ Erster Fertigungstakt: Blechtafeln – von Vakuumhebern angesaugt – werden zwei Tafelscheren zugeführt, die sie maßgerecht zuschneiden



► Am Auslauf des Schweißautomaten beobachtet Johann Gill die Längsnaht des Blechmantels

▲ Die Faßrumpfe sind gebördelt, und Laufsicken sind ausgepreßt – nun führt der Rollgang die Rumpfe zur automatischen Vielsickenmaschine, die weitere Versteifungsrillen einrollt



Rechts oben: Die neue automatische Faßstraße der Blefa im Werk Attendorf wird von Dr.-Ing. Horst Grefkes (Mitte), Johann Gill (links) und Peter Meyer in Betrieb genommen

▼ An diesem Automaten – beobachtet von Paul Schaffranitz – werden die Faßböden aufgefalzt

Zu den ältesten und erfahrensten Faßherstellern in Deutschland gehört die Blefa, die in Attendorf seit eh und je Fässer aus Stahlblech erzeugt. Da die Nachfrage nach leichten Sickenfässern aller Größen ständig steigt, hat die Blefa ihre Produktion im Jahre 1966 um 30 v. H. und im Jahre 1967 um weitere 20 v. H. erhöht. Immer mehr werden leichte und dünnwandige Gebinde (Sickenfässer oder Trommeln) verlangt, und wahrscheinlich ist die Zeit nicht fern, in der Fässer als »Einweggebinde« verwendet und das bedeutet, nach dem Gebrauch fortgeworfen werden. Diese Entwicklung wird den Bedarf an leichten Fässern und Trommeln in den kommenden Jahren weiter ansteigen lassen.

Ein weiteres Merkmal der technischen Entwicklung ist die Forderung der Abnehmer – zu denen vor allem die chemische Industrie und die Mineralölindustrie zählen – nach immer besserer Qualität. Diese Forderungen richten sich insbesondere auf die Dichtheit und auf die Sauberkeit des Fasses, auf eine spezielle Behandlung des Faßinnern und auf eine hohe Stabilität bei geringem Gewicht. Um diesen Anforderungen an die Faß-Erzeugung zu entsprechen und den zu erwartenden Produktionszuwachs zu bewältigen, modernisierte die Blefa die Fertigung durch eine automatische Leichtfaß-Straße hoher Kapazität.

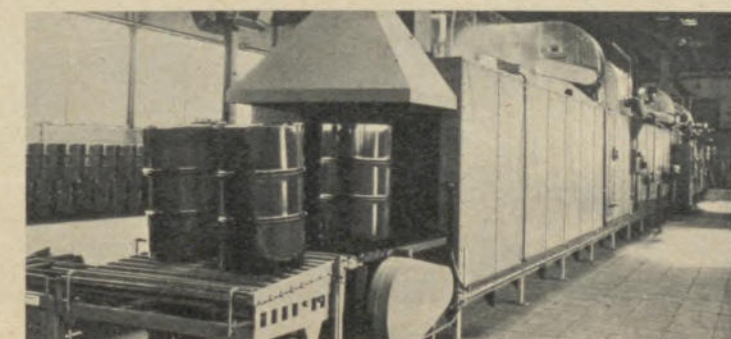
Auf dieser Straße, die im Juli 1969 in Betrieb genommen wurde, können in der Stunde bis zu 400 Sickenfässer zwischen 50 und 225 Litern Inhalt bei Blechstärken

von 0,5 bis 1,5 Millimeter hergestellt werden. Die einzelnen Blechtafeln werden vom Stapel mit einem Vakuumheber und mit Magnetrollen zwei Tafelscheren zugeführt, die das Faßmantelblech maßgerecht zuschneiden. Die Tafel gleitet dann in eine Hochleistungsrollennaht-Schweißmaschine, die die Faßmängel rundet und längsnahtschweißt. Ein Rollgang fördert die Faßmängel nun zu einer vollautomatischen Maschine, die die Laufsicken auspreßt – die Wülste, auf denen das Faß rollt. Die nächste Maschine bördelt die Faßrumpfe. Um die Steifigkeit des Fasses zu erhöhen, führt der Rollgang die Faßmängel nun zur automatischen Vielsickenmaschine, die weitere Sicken (Versteifungsrillen) einrollt. Danach ist der rohe Faßmantel fertiggestellt. Jetzt werden die Faßböden eingelegt und während des nächsten Arbeitstaktes mit dem Faßmantel zusammengefalzt.

Eine automatisierte Prüfmaschine prüft die Faßnähte auf ihre Dichtheit. Wahlweise kann für besonders hohe Qualitätsansprüche eine Unterwasserprüfmaschine in den Fertigungstakt eingeschaltet werden. Die Fässer laufen nach der Prüfung durch eine Entfettungs- und Trockenanlage, damit sie zum Lackieren völlig sauber werden. In der karussellförmig angeordneten vollautomatischen Farbspritzanlage werden die Fässer ein- oder mehrfarbig spritzlackiert. Haben die Fässer danach den vierzig Meter langen Trockenofen durchlaufen, wandern sie auf zwei Transportbändern zum Eisenbahnwagen oder zum Lastkraftwagen.



◀ Die geprüften Fässer laufen in die automatische Farbspritzanlage, wo sie ein- oder mehrfarbig spritzlackiert werden



◀ 40 Meter lang ist der Trockenofen, von dem die Fässer über Transportbänder zum Eisenbahnwagen oder Lastkraftwagen wandern

Daß der Ruhestand kein Bankrott zu sein braucht, zeigt uns das Beispiel ehemaliger Hoesch-Mitarbeiter. Über die vielen möglichen Beschäftigungen, die geeignet sind, den Alltag auszufüllen, berichten in dieser Aufsatzreihe Rentner und Pensionäre, die trotz ihres Alters mitten im Leben stehen.

Teichwirt

Die Filiale der Verbandskasse Olpe rollt zweimal in der Woche auf fahrbarem Untersatz nach Altenkleusheim. An jedem Monatsende steckt Franz Füllner in Altenkleusheim das Scheckheft in die Tasche und hebt am Kassenschalter des Kombiwagens die Angestelltenversicherungsrente und die Hoesch-Werksrente ab.

In Altenkleusheim im Sauerland hat Franz Füllner, Rentner der Westfalenhütte, ein neues Zuhause gefunden. Schon einen Tag nach seiner Pensionierung am 1. August

1965 kehrte er Dortmund-Scharnhorst den Rücken. Er und seine Frau wollten, wie sie sagten, ihr Leben im Sauerland verlängern. Beide waren in Dortmund oft erkältet und zogen die kräftige Luft des Sauerlandes vor. Das Ehepaar hatte schon lange vor der Pensionierung zielstrebig nach einer neuen Heimat gesucht. So fuhren die Füllners in den Ferien oder an den Wochenenden mit der Bahn nach Winterberg, Gummersbach, Brilon und blieben schließlich in der Nähe von Olpe, in Altenkleusheim, hängen.

Hier erwarb Franz Füllner 1961 mitten im Wald ein von einem Bach durchflossenes 2000 Quadratmeter großes Stück Land. Dieses Grundstück eignete sich gut für sein Vorhaben, das er in den folgenden Jahren in die Tat umsetzte: drei Forellenteiche anzulegen. Zum Übernachten kaufte er einen alten Wohnwagen. Und als Franz Füllner vier Jahre später pensioniert wurde, verhandelte er mit der Gemeindevertretung von Altenkleusheim um einen Bauplatz im Ort.

Das Pony vor dem Kutschwagen

Heute sind Füllners Bürger von Altenkleusheim. Ihr Haus liegt drei Kilometer von dem Waldstück entfernt, in dem sie ihre Forellenteiche haben. Morgens um sieben spannen sie sommertags ihr Pony vor den Kutschwagen – Franz Füllner kaufte Pferd und Wagen auf eine Zeitungsanzeige in Holland – und fahren in den Wald. In ihrem kleinen Holzhaus an den Teichen können sie kochen und auch übernachten und tagsüber vom Liegestuhl aus die Forellen beobachten, die in der Sonne in allen Regenbogenfarben schillern.

»Wie hält man Forellen?« fragten wir Franz Füllner.

»Ist im April das Grundstück aufgeräumt und alles verbrannt, was an trockenen Ästen herumliegt, müssen wir an einem schönen Tag im Mai in den Teichen das Wasser ablassen und die Fische sortieren. Sie sind etwa ein Jahr alt. Im Winter haben sie sich auf dem Grund des Teiches aufgehalten und nur wenig Nahrung zu sich genommen. Nicht alle Fische sind gleich gute Fresser und gleich gute Futterverwerter. Je größer die sogenannten Vorwüchser werden, um so näher kommt der Tag, an dem sie ihre kleineren Brüder, die zurückgebliebenen Kümmerlinge, auffressen.«

Vorwüchser und Kümmerlinge

Das Wasser läuft um die Gummistiefel, wenn Füllners am Abfluß des Teiches, dem sogenannten Teichmönch, das Staubrett in die Höhe ziehen. Es verhindert, daß die Forellen in den Bach entkommen. Jetzt schwimmen die Fische durch das Abflußrohr in den Abfischkasten, in dem sie mit Hilfe einfacher Geräte sortiert werden: mit selbstgebauten Kästen, die statt eines Bodens einen Leistenrost haben. Die Zwischenräume der Leisten sind so bemessen, daß kleinere Fische gerade hindurchpassen, größere dagegen nicht. Franz Füllner sortiert die Fische mit drei verschiedenen Rosten, setzt die unterschiedlich großen Fische in die drei Teiche zurück und kann nun die Vorwüchser schnell weiter wachsen lassen, so daß er sehr früh verkaufsgroße Speisefische be-

◀ Einer der beiden im Wald gelegenen Teiche, in denen Franz Füllner Forellen züchtet



im Sauerland



▲ Mit dem Ponywagen fahren Füllners täglich zu ihren Forellenteichen

sitzt. Er kann aber auch die Nachzügler besser versorgen. Oft stellt er dabei fest, daß sie jetzt schneller wachsen, weil die größeren Brüder fehlen, die ihnen bisher alles vor der Nase weggeschnappt haben.

Was ein Teichwirt wissen muß

Wer Füllners im Sauerland zum Wochenende besucht, staunt, was sie geschafft haben. Franz Füllner kauft im Frühjahr die etwa drei Zentimeter langen Fische, das Stück für 2,8 Pfennig, in der Züchterei. Bevor er die Teiche anlegte, suchte er sich in Büchern zusammen, was ein Teichwirt wissen muß. »Wenn man bedenkt, daß hier Fische leben sollen, die sonst in Bächen und Strömen zu Hause sind, kann man eigentlich nichts falsch machen! Die Forelle will möglichst viel und möglichst frisches Wasser haben. Jeder Teich erhält deshalb sein eigenes frisches Wasser aus dem Bach, was auch den Vorteil hat, daß man jeden einzelnen von den anderen unabhängig abfischen kann. Beim Bau habe ich darauf geachtet, daß die Teichsohle, die ein ausreichendes Gefälle haben muß, tief genug über dem Bachbett liegt.«

Bauen hat er gelernt

Fünf Liter Wasser pro Sekunde fließen aus dem Bach in die Fischteiche, der dann noch die Hälfte seines Wassers führt. Man darf auch als Teichwirt nicht mit den Wassergesetzen in Konflikt kommen. Ehe Franz Füllner mit dem Teichbau begann, mußte er auf dem Landratsamt Pläne und Berechnungen vorlegen.

Aber was das Bauen anging, da brauchte Franz Füllner nichts mehr hinzuzulernen. Der gebürtige Magdeburger hat nach dem Besuch der Mittelschule erst eine kaufmännische Lehre angefangen, dann aber gemerkt, daß nur hinter Büchern sitzen

seiner Neigung nicht entsprach, und da der Vater ein Baugeschäft hatte, lernte er Maurer. Nach dem Ersten Weltkrieg ist Franz Füllner nach Dortmund gezogen und zehn Jahre im Werk Phoenix tätig gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er Polier in der freien Bauwirtschaft, und 1950 kam er zur Westfalenhütte, um dort eine besondere Aufgabe in der Franz-Zimmer-Siedlung zu übernehmen. Er überwachte von Anbeginn an die Bauarbeiten von seinem Büro in der Siedlung aus und kontrollierte die von Fremdfirmen übernommenen Arbeiten. Außerdem beriet er die Siedler bei ihren Selbsthilfeleistungen. Sie merkten bald, daß Franz Füllner auch selbst mit anpackte, wenn es nötig war. Schließlich war er Ratgeber für viele und vieles.

Füllners sind sich einig

Wer mit dem Kopf geschüttelt hat, als Franz Füllner am Tage der Pensionierung sein Haus in Dortmund-Scharnhorst verkaufte, um ins Sauerland zu ziehen, dem ging vielleicht durch den Kopf: »Einen alten Baum verpflanzt man nicht.«

Unternehmungslustig und kontaktfreudig, haben Füllners in Altenkleusheim aber sehr schnell Wurzeln geschlagen. Sie halten gute Nachbarschaft, werden sogar zu den Altenabenden im Ort eingeladen.

Die Frau muß allerdings mitziehen, wenn so etwas gutgehen soll. »Bis jetzt hat alles Hand und Fuß gehabt, was mein Mann angefangen hat«, sagt Frau Füllner, die etwas bedächtige Dortmunderin, nach 47jähriger Ehe. Sie hat an diesem abwechslungsreichen Leben selbst Spaß und läßt sich deshalb immer wieder vom Unternehmungsgeist ihres Mannes anstecken.

**DEN STIL
VERBESSERN
HEISST DEN
GEDANKEN
VERBESSERN
NIETZSCHE**

»Elisabeth ihr Verlobter...«

So groß war die Freude im Nachbarhaus, daß es sich wie ein Lauffeuer verbreitete: Elisabeth ihr Verlobter hat hunderttausend Mark im Toto gewonnen. Elisabeth ihr Verlobter... Elisabeth ihr Verlobter...

Kaum eine umgangssprachliche Ausdrucksweise ist so verbreitet wie diese. Worin liegt der Fehler? Bitte, denken Sie einmal mit: Allgemein werden der Besitz oder die Zugehörigkeit durch den zweiten Fall ausgedrückt: die Blumen Onkel Karls, der Verlobte Elisabeths. Der zweite Fall kann auch vorausgehen: Onkel Karls Blumen, Elisabeths Verlobter.

Dieser besitzanzeigende zweite Fall wird aber heute immer mehr verdrängt durch den vorangestellten dritten Fall mit einem besitzanzeigenden Fürwort: Onkel Karl seine Blumen, Elisabeth ihr Verlobter, den Kindern ihr Spielzeug, Lehrer Möller seine Klasse. Dieser vorangestellte dritte Fall ist durch nichts gerechtfertigt. Trennen wir uns von dieser dummen Angewohnheit! Helfen wir mit, daß die alte Regel wieder zu Ehren kommt: Besitz und Zugehörigkeit nur durch den zweiten Fall!

Also: Onkel Karls Blumen, Elisabeths Verlobter, das Spielzeug der Kinder, die Klasse Lehrer Möllers.

Hierher gehört noch eine andere schlechte Gewohnheit der Umgangssprache. Der zweite Fall des Besitzes oder der Zugehörigkeit wird häufig umschrieben mit »von«: die Blumen von Tante Klara, die Verlobungsfeier von Elisabeth, die Turnhalle vom Albrecht-Dürer-Gymnasium, der Bau von schönen Eigenheimen; Elisabeth ist die Tochter von meinem Nachbarn. Das ist schlechtes Deutsch. Statt mehrerer Einzelregeln merken wir uns einfach:

Vermeide die Umschreibung mit »von«, wo du sie vermeiden kannst! Nimm dafür den zweiten Fall!

Also sagen wir: die Turnhalle des Albrecht-Dürer-Gymnasiums, die Blumen Tante Klaras, die Lieblingsbeschäftigung junger Mädchen, der Bau schöner Eigenheime, die Tochter meines Nachbarn.

Dagegen ist nicht zu vermeiden und daher richtig ist die Umschreibung, wenn der zweite Fall durch Fehlen eines Geschlechtswortes oder eines Eigenschaftswortes als solcher nicht erkenntlich wäre: der Verkauf von Grundstücken, der Bau von zehn Eigenheimen.

Ebenfalls richtig ist die Umschreibung mit »von« bei einem erdkundlichen Namen: die Kirchen von Rom, die Kaiserin von Persien.

Hubert Venhaus



Durst ist schlimmer als Heimweh

Franz stöhnt: »Ist das wieder ein Staub und eine Hitze! Ich verdurste. Lauf mal schnell zur Kantine. Du weißt schon – wie üblich!« Wir haben wenig Ahnung von Nahrungs- und Ernährungskunde, und wenn uns Information und Wissen angeboten werden, nehmen wir am liebsten nur das Bequeme an. Wir haben statt dessen zahlreiche und für unser Eßgewissen ungemein gefällige Eßvorurteile. Unsere Trink- und Eßgewohnheiten sind so tief und fest in Urgroßmutterns Zeit verwurzelt, wie die Eßtabus primitiver Stämme.

Ein Volk, dessen Konsum an Fett, Eiern, Fleisch und Bier in den letzten Jahrzehnten bis 300 Prozent zugenommen hat und dessen körperliche Arbeit ohne den Fußweg früherer Jahre zur Arbeitsstätte auf durchschnittlich 15 v.H. zurückgegangen ist, leidet und stirbt an dem Zuviel auf Hüften und Rippen. Es stirbt, weil das Übergewicht heute auf dem Weg über Herz- und Gefäßkrankheiten zu frühem Tod führt.

Franz stöhnte: »Ich verdurste!« Jeder von uns hat das schon einmal erlebt. Durst ist schlimmer als Heimweh. Und daß Franz

Durst hat, ist zu begreifen, vor allem nach der Schicht, wenn der Schweiß literweise geflossen ist.

Wasser ist der Hauptbestandteil unseres Körpers. Der Gesamtwassergehalt des menschlichen Körpers beträgt im Mittel 60 bis 70 v.H. Der komplizierte Vorgang des Flüssigkeitsaustausches zwischen Blut und Gewebe und durch den Salzgehalt hält unseren Stoffwechsel aufrecht, der wiederum für die Lebensfunktion unentbehrlich ist. Das in der Nahrung und in den Getränken aufgenommene Wasser wird laufend durch die Nieren und Schweißdrüsen ausgeschieden. Dabei wird vom Körper nie reines Wasser, sondern immer eine schlackenreiche Flüssigkeit mit Kochsalz und zahlreichen anderen Mineralstoffen und Stoffwechselprodukten freigesetzt. Viel Flüssigkeit enthält unsere Nahrung, zum Beispiel Fleisch 70 bis 80 v.H., Brot 43 v.H., Obst 85 v.H. Trotzdem hat der Mensch noch einen zusätzlichen Flüssigkeitsbedarf, der im allgemeinen auf einen halben bis einen Liter, bei warmer Jahreszeit auf eineinhalb bis zwei Liter täglich geschätzt wird.

Wasser ist das Transportmittel jeder Stoffwechselverschiebung im Körper. Etwa ein Drittel der Flüssigkeitsmenge, die der menschliche Körper ausscheidet, verdunstet durch die Haut. Steigt die Temperatur der Umwelt oder des Körpers über eine bestimmte Größe, wird der Wärmeverlust durch die gewöhnlichen Mechanismen unzureichend, und die Schweißdrüsen treten in Aktion. Sichtbarer Schweiß ist das Zeichen einer schlecht werdenden Wärmeregulierung. Schwitzt man in der Hitze weiter, ohne nun den Flüssigkeitsverlust auszugleichen, entstehen Salzverluste, die das Wohlbefinden erheblich beeinträchtigen und zu Muskelkrämpfen und Erregungszuständen führen können. Die Menschen werden streitsüchtig, bekommen Händel und Zornausbrüche, ohne später einen triftigen Grund für ihr Verhalten angeben zu können. Man spricht von einem Hitzekoller.

Der Wasserverlust während einer Arbeitsschicht liegt bei Hitzearbeitern im allgemeinen zwischen drei und sechs Litern. Dabei ist es keineswegs ungewöhnlich, daß bei körperlich schwerer Arbeit in warmer Um-

gebung ein Liter Schweiß austritt. Umfangreiche arbeitsmedizinische Studien und Versuche über das Trinken bei Hitzearbeitern im Bergbau, in Walzwerken und Kokereien haben zu dem Ergebnis geführt, daß ein Zuwenigtrinken die Leistungsfähigkeit herabsetzt und zu Kreislaufbeschwerden führt, ein Zuvieltrinken aber gesundheitsschädigend und gefährlich ist.

Wichtig für den Ersatz des Wasserverlustes ist das langsame Trinken. Welche Getränke auch gewählt werden, in jedem Fall soll bedachtsam getrunken werden, denn plötzliche Wasserüberflutung setzt die Kochsalzkonzentration des Blutes und Gewebes stark herab. Die Folgen sind vermehrter Schweißausbruch, so daß eine Menge des getrunkenen Wassers ungenutzt verlorengeht.

Untersuchungen von seit vielen Jahren an Hitze gewöhnten Arbeitern führten zu der Feststellung, daß der »geübte« und »trainierte« Hitzearbeiter im allgemeinen die richtige Menge an Getränken zu sich nimmt und daß der Durst offenbar ein feiner Regulator ist. Wie steht es mit dem Salzverlust? Die verlorene Salzmenge wird durch die Nahrungsaufnahme in der Frühstückspause und beim Mittagessen restlos gedeckt. Nur bei extremer Hitzearbeit ist ein salzhaltiges Getränk erforderlich.

Was soll getrunken werden?

Wir wissen, daß die Bereitwilligkeit, ein Getränk zu sich zu nehmen, weitgehend von dessen Geschmack abhängt. Teemischungen haben sich am besten bewährt. Die zur Zeit in unseren Hüttenwerken ausgegebene Kräutertee-Mischung wird in einer großen Anzahl von Großbetrieben und Zechen – auch im Ausland – verwandt und ist in langer Zusammenarbeit zwischen Hersteller, Werksärzten und Großbetrieben erprobt worden. Allerdings muß beachtet werden, daß nichts die Wirksamkeit eines Tees mehr verdirbt als ein falscher Aufguß, und nichts verdirbt schneller den Geschmack als ein unsauberes Gefäß.

Warum keinen Kaffee? 100 Kubikzentimeter Kaffee enthalten je nach Kaffeesorte 25 bis 50 Milligramm Koffein. Diese Menge würde genügen, einem Hitzearbeiter, der pro Schicht etwa vier Liter Flüssigkeit trinkt, eine Koffeinvergiftung beizubringen. Malzkaffee hat den Nachteil, daß er nach gewisser Zeit sauer schmeckt.

Warum keine eisgekühlten Getränke? Eisgekühlte Getränke sind wegen der Gefahr des Auftretens von Schleimhautentzündungen des Magens und des Dünndarms sowie Reaktionen des Magens auf die Kreislauforgane abzulehnen. Damit scheidet eine ganze Reihe von Getränken als Dauergetränk von vornherein aus. Eine Gefahr für den Kreislauf, insbesondere für das Herz, besteht bei dem Genuß von koffeinhaltigen Erfrischungsgetränken nicht. Unerwünscht sind aber die zentralerregenden Wirkungen. Außerdem sind diese Getränke für Menschen mit Magenerkrankungen schlecht verträglich. Bei alkalischen Mineralwässern besteht der Nachteil, daß sie zu schnell resorbiert und ausgeschieden werden. Daneben verändern sie durch ihren alkalischen Charakter die Säurewerte des Magens.

Wie steht es mit der Milch? Milch, kalt oder warm getrunken, muß aufgrund ihrer kalorienreichen Bestandteile schon mehr zu den Nahrungsmitteln als zu den Getränken gerechnet werden. Zudem ist ihre durstlöschende Wirkung gering. Milch kann lediglich als Frühstückstrank wegen ihrer hochwertigen ernährungsphysiologischen Eigenschaften empfohlen werden. Sie ist jedoch

keineswegs als Vorbeugungsmittel oder gar als Therapie anzusehen. Milch ist nicht in der Lage, Silikose noch Bleivergiftungen zu verhüten. Dies ist von der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsschutz mehrfach bestätigt worden.

Und der Durst, der durch Bier erst schön wird? Alkohol ist in jeder Form aus arbeitsphysiologischen Gründen und aus Gründen der Sicherheit am Arbeitsplatz abzulehnen. Bei Alkoholgenuß kommt es nach einer kurzen Leistungssteigerung zu einer negativen Phase mit einer starken Verminderung der Leistungsbereitschaft.

Die wichtigsten Trinkregeln lauten deshalb: Trinke grundsätzlich nur in kleinen Schlucken. Dies gilt besonders für den unerfahrenen Hitzearbeiter.

Hitzegetränke sollen weder zu heiß noch eiskalt getrunken werden.

Alkoholische Getränke sind streng verboten. Trinke nie mehr als dein Durstgefühl fordert. Ein Zuwenigtrinken setzt die Leistungsfähigkeit herab und ein Zuvieltrinken ist gesundheitsschädlich und sogar gefährlich.

Zum Schluß ein Wort an die Dicken:

Haltet Maß mit der Flüssigkeitszufuhr! Vermeidet zuckerhaltige Getränke, auch nach der Schicht zu Hause. Reduziert den zur Gewohnheit gewordenen Bierkonsum. Wer diese Regeln nicht beachtet, verliert selbst bei noch so großer körperlicher Belastung nicht den Wohlstandsbauch und das Eisbeingrab. Dein Bauch, dein früher Tod!

Von der Stirne heiß, rinnen muß der Schweiß.

Viel Schweiß, viel Durst. Das ist Naturgesetz. Es ist aber auch ein Glück, daß der durstende Mensch Wasser braucht und keinen Alkohol. Trinken kann schnell zur Sucht werden. Zu einer Krankheit, aus der man mit eigener Kraft kaum herausfindet. Weder Alter noch Bildung, weder Vernunft noch Wille schützen dann. Die Zahl behandlungsbedürftiger Alkoholiker in der Bundesrepublik beträgt über eine halbe Million. Das ist die Zahl der bekannten Fälle, die der unbekannten ist wahrscheinlich noch höher. 20 v.H. sind Frauen, 9 v.H. Jugendliche unter 25 Jahren. Diese Zahlen alarmieren, besonders die der Jugendlichen, die durch Alkoholeinwirkung straffällig werden. Monatelange Aufenthalte in Trinkerheilstätten sollen Heilung bringen – heilen in der Tat aber nur in 30 v.H. aller Fälle. Aus dem Armutssuff schwerer Jahre ist der Wohlstandssuff unserer Tage geworden.

Du kennst deinen Kollegen am Arbeitsplatz, der mit einer Alkoholfahne zur Schicht erscheint. Erkennst du seinen langsamen aber steten menschlichen und sozialen Abfall? Weißt du, welche Gefahr er für den reibungslosen Produktionsablauf bedeutet und wie sehr er sich selbst und dich durch Unfälle – bis zu solchen mit tödlichem Ausgang – gefährdet? Was tust du, um ihm zu helfen, um dadurch dich und deine Arbeitssicherheit zu schützen?

Trinken? Ja – aber das Richtige zur rechten Zeit im rechten Maß!

Dr. Karl-Heinz Sommer



»Ruhrgebiets-Image«...

Von Dietrich Springorum, Essen

Die mittlerweile schon betagte Forderung, das Ruhrgebiets-Image müsse verbessert werden, eint uns alle. Wie der Wunsch indes erfüllt werden soll, wie die »miesigen« Vorstellungen, die der Begriff »Ruhr« landauf, landab nach wie vor weckt, abgebaut werden können – hier gehen die Meinungen weit auseinander. Einigkeit besteht darüber, daß etwas geschehen soll und muß. Wird doch das schlechte Image allmählich zum Ärgernis: Junge, aktive Bürger sind in den vergangenen beiden Jahren abgewandert; schlimmer noch: Der für den industriellen Strukturwandel notwendige Zuzug hochqualifizierter Fachkräfte bleibt aus. Die Anwerbung scheitert häufig am Standort, am »Lebensraum« Ruhrgebiet. Öffentlichkeitsarbeit für das Ruhrgebiet kommt, will sie auf lange Sicht effektiv werden, ohne Analyse der Gründe für das schlechte Image nicht aus. Sie liegen, so scheint mir, im atemberaubenden Tempo der ersten Industrialisierung, mit all ihren offenkundigen Nachteilen, wie in der Art und Weise, in der sich das industrielle Herz des Kontinents »Außenstehenden« präsentiert und präsentiert. Einige wenige Zitate mögen das verdeutlichen. 1958 schrieb Heinrich Böll in seinem befehdeten Text zu Chargesheimers Bildband »Im Ruhrgebiet«: »Da unten, da oben, da im Westen – sagen die Deutschen –, da riecht es nach Ruß und Geld, nach Hütte und Kohlenstaub, nach den Abgasen der Kokereien, den Dämpfen der Chemie – und es riecht nach Macht.« An anderer Stelle: »Großstädte entstanden, doch Großstadt ist nur ein quantitativer, ein Verwaltungsbegriff; von Stadt haben die Großstädte noch nichts.« Helmut de Haas, dem Ruhrgebiet freundschaftlich

zugetan, schrieb über die Industrielandschaft: »Das Panorama ist unweigerlich schön – aus der Ferne. Es ist viel bewundert worden, aber kaum jemals geliebt.« De Haas spricht auch eine andere Komponente des dürftigen Images an, die intellektuelle Enthaltsamkeit der Region: »Fleiß und Werkstattethos hinderten seine Bewohner daran, mehr als nötig und anders als durch Leistung für das Revier zu werben. Worauf hätten sie hinweisen sollen?« Horst Krüger schließlich, 47jähriger Publizist – er machte im vorigen Jahr seine erste Bekanntschaft mit dem Ruhrgebiet –, schrieb Anfang dieses Jahres: »Das Ruhrgebiet ist eine erzkonservative Landschaft mit etwas schlechtem Gewissen dazwischen. Zwischen dieser grauen und tristen Welt aus Hochöfen und Kühltürmen, aus Schiffen und Schächten, gibt es Inseln atemloser Modernität, Anfälle, die verlorene Zeit nachzuholen... Es lohnt sich heute auch für den Freund phantastischer Architektur, durchs Ruhrgebiet zu reisen.« An anderer Stelle: »Hier ist doch ein großes Feld für Experimente. Von Zeit zu Zeit überfiel die Raumordner, die Bürgermeister, die Städteplaner diese Stimme des schlechten Gewissens. Sie erzeugte jene Inseln verwegener Zukunftsmodelle, die mit zum verwirrenden Bild des Reviers heute gehören.« Die wenigen Zitate mögen genügen, gestatten sie doch bereits die Formulierung einiger Thesen.

● These 1: Der Begriff »Ruhrgebiet«, mythosverklärt, pathosbefrachtet und mit Negativassoziationen behaftet, kann nicht ersetzt werden. Überlegungen, das Hohelied einzelner Städte zu singen, um damit die Negativassoziationen, die der Region anhaften, zu überspielen, vergessen zu machen, gehen notwendig ins Leere. Wer glaubt, sich mit derlei Praxis vom »Ruhrgebiet« freikaufen zu können, vergißt den langen Atem schlechten Rufs. Unerheblich dabei, daß die Region keine Verwaltungseinheit ist. Die Kommunen der Region sitzen in einem Boot – Zwangsrundergemeinschaft gleichsam.

● These 2: Der Begriff »Ruhrgebiet« muß voll akzeptiert werden. Er ist kurz, prägnant und weltweit bekannt. Dem Begriff kann in einer Langzeit-Kampagne

neue Bedeutung gegeben werden, etwa: Synonym für Fortschritt und Experimentierfreudigkeit.

● These 3: Verdrängungswerbung ist zur Image-Verbesserung ungeeignet. Der Slogan »... ist ganz anders« wird nicht ernst genommen, impliziert er doch Assoziationen mit den Bildern, die verdrängt werden sollen.

● These 4: Die »natürlichen« Standortvorteile des Ruhrgebiets verlieren zunehmend an Bedeutung. Günstigster Standort wird künftig der sein, der die Voraussetzungen dafür bietet, daß möglichst viele Menschen möglichst optimal leben können. Es muß Spaß machen, im Ruhrgebiet zu leben. Dafür gibt es einige Ansätze.

● These 5: Die Offerte Ruhr ist transparent zu machen. Erste Schritte sind getan: »Kunst und Bildung im Ruhrgebiet«; »Kultur Information Ruhr«; »Industriestandort Ruhr«. Dieser publizistische Weg ist weiter zu verfolgen.

● These 6: Die Image-Verbesserung ist der Weggenosse spektakulärer Aktionen. PR-Arbeit für das Ruhrgebiet initiiert oder unterstützt ideell und materiell alle Aktivitäten, die geeignet sind, das allgemeine Ruhrgebiets-Image zu verbessern; sie animiert und fasziniert bildende Künstler und Literaten, sich mit dem Phänomen Ruhrgebiet auseinanderzusetzen durch Wettbewerbe und gezielte Auftragsproduktionen.

● These 7: Public-Relations-Arbeit für das Ruhrgebiet betont bewußt den Einmaligkeitscharakter der Region: Die historische Einmaligkeit wird abgelöst durch die der progressivsten deutschen Region.

● These 8: Der Charakter der Industrielandschaft ist konsequent zu nutzen: Das Ruhrgebiet ist eine artifizielle Landschaft. Das Faktum ist zu akzeptieren. Mehr noch: Die willkürliche artifizielle Basis sollte mit den einzig adäquaten Mitteln, künstlerischen nämlich, so überhöht werden, daß sie hohen Attraktionsreiz bekommt. Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk wäre geeigneter Träger der hier grob skizzierten Öffentlichkeitsarbeit für das ganze Ruhrgebiet, einer PR-Arbeit, die betrieben werden muß, und die geeignet wäre, zukunfts-trächtige Entwicklungsmöglichkeiten zu stimulieren.

Ruhrwirtschaft, Heft 7/1969

Arbeiter und Angestellte gleichgestellt durch das



Gesetz über Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

Der Bundestag hat am 12. Juni 1969 das »Gesetz über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall« und über Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung« verabschiedet. Über die wichtigsten Einzelheiten dieses Gesetzes berichtet Günter Landwehr, der Hauptgeschäftsführer unserer Hoesch-Betriebs-Krankenkasse.



Wer hat Anspruch auf die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfall?

Einen Rechtsanspruch auf Lohnfortzahlung haben nach § 1 des Gesetzes alle Arbeiter, die durch Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit an der Arbeitsleistung gehindert sind, ohne daß sie ein Verschulden trifft. Als Arbeiter gelten auch die zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, soweit sie nicht für den Beruf eines Angestellten ausgebildet werden. Keine Anwendung findet das Gesetz auf solche Beschäftigten, denen ein Anspruch auf Fortzahlung ihrer Vergütung nach dem Berufsausbildungsgesetz zusteht. Eine Wartezeit ist nicht vorgesehen, allerdings muß der Arbeiter die Beschäftigung schon aufgenommen haben. Keinen Anspruch auf Fortzahlung des Arbeitsentgelts haben Arbeiter, deren Arbeitsverhältnis, ohne ein Probearbeitsverhältnis zu sein, für eine Dauer von höchstens vier Wochen begründet wird, deren regelmäßige Arbeitszeit wöchentlich zehn Stunden oder monatlich 45 Stunden nicht übersteigt und solche Arbeiterinnen, die einen Anspruch auf Mutterschaftsgeld nach § 200 RVO oder § 13 Abs. 2 MSchG besitzen.

Lohnfortzahlung auch bei Kuren

Auf Vorschlag des Bundestagsausschusses für Arbeit wurde das Gesetz um eine Regelung erweitert, die den Arbeitern ebenso wie den Angestellten einen Anspruch auf Lohnfortzahlung auch bei Kuren zubilligt, während deren Dauer keine Arbeitsunfähigkeit vorliegt. § 7 des Gesetzes bestimmt, daß Vorbeugungs-, Heil- oder Genesungskuren, die ein Träger der Sozialversicherung, eine Verwaltungsbehörde der Kriegsofferversorgung oder ein sonstiger Sozialleistungsträger bewilligt, einer Arbeitsunfähigkeit gleichstehen. Voraussetzung ist, daß der Lei-

stungsträger die vollen Kosten der Kur übernimmt. Für Nachkuren besteht der Lohnfortzahlungsanspruch nur dann, wenn während dieses Zeitraumes Arbeitsunfähigkeit besteht. Der Arbeiter ist also verpflichtet, dem Arbeitgeber unverzüglich, also vor Antritt der Kur, Mitteilung über den Kurbeginn zu machen, und zwar unter Vorlage einer Bescheinigung, aus der die Kurbewilligung selbst sowie deren Beginn und deren Dauer ersichtlich ist. Für die Dauer einer Schonzeit wird Lohn nur gezahlt, wenn Arbeitsunfähigkeit vorliegt. Die Krankenkasse muß also im Normalfall für die Dauer der Schonzeit Übergangsgeld oder Einkommensausgleich zahlen. Der Arbeiter muß im übrigen den Arbeitgeber auch von der Verordnung und der Dauer der Schonungszeit unterrichten. Aus der gesetzlichen Vorschrift ist nicht zweifelsfrei zu entnehmen, ob diese Meldung nur bei einer Schonungszeit mit Arbeitsunfähigkeit erfolgen muß. Wenn Arbeitsunfähigkeit vorliegt, muß der Arbeitgeber in jedem Fall von der Schonungszeit verständigt werden, und zwar durch eine ärztliche Bescheinigung.

Dauer und Höhe des Anspruchs

Der Lohnfortzahlungsanspruch erstreckt sich auf einen Zeitraum von längstens sechs Wochen; innerhalb eines Jahres jedoch nur einmal wegen derselben Krankheit, es sei denn, daß der Arbeiter vor Beginn der erneuten Arbeitsunfähigkeit mindestens sechs Monate nicht infolge derselben Krankheit arbeitsunfähig war. Mit anderen Worten: nach einer Wartezeit von sechs Monaten entsteht wegen derselben Krankheit ein neuer und ungekürzter Anspruch. Für Arbeitsunfähigkeitszeiten, die auf verschiedenen Krankheiten beruhen, gibt es keine Einschränkungen, so daß das Arbeitsentgelt jeweils bis zur Dauer von sechs Wochen fortzuzahlen ist.

Dazu einige Beispiele: Beispiel 1

arbeitsunfähig v. 1. 1. bis 15. 1. = 15 Tage
arbeitsunfähig v. 1. 6. bis 15. 6. = 15 Tage
arbeitsunfähig v. 1. 10. bis 25. 10. = 25 Tage

Unterstellt man, daß diese Arbeitsunfähigkeitszeiten auf ein und derselben Krankheit beruhen, dann besteht Anspruch auf Lohn für die erste und zweite Arbeitsunfähigkeit, also vom 1. 1. bis 15. 1. und 1. 6. bis 15. 6., für die dritte Arbeitsunfähigkeit aber nur bis einschließlich 12. 10. und nicht etwa bis zum 25. 10., weil die sechs Wochen am 12. 10. enden.

Beispiel II

arbeitsunfähig v. 1. 1. bis 30. 1. = 30 Tage

arbeitsunfähig v. 1. 3. bis 20. 3. = 20 Tage

arbeitsunfähig v. 1. 10. bis 25. 11. = 46 Tage

Auch hier mag dieselbe Krankheit Ursache für die Arbeitsunfähigkeitszeiten sein. Anspruch auf Lohn besteht in diesen Fällen für die Dauer der ersten Arbeitsunfähigkeit und für die zweite Arbeitsunfähigkeit vom 1. 3. bis 12. 3. = Ende der sechs Wochen und vom 1. 10. bis 11. 11., und zwar deshalb, weil zwischen der zweiten und dritten Arbeitsunfähigkeit der Versicherte länger als sechs Monate wieder gearbeitet hat.

Es stellt sich hier die Frage, wie der Arbeitgeber künftig darüber entscheiden soll, ob jemand bei erneuter Arbeitsunfähigkeit Anspruch auf Lohnfortzahlung hat, denn in der Regel weiß der Arbeitgeber nicht, durch welche Krankheit sein Arbeiter arbeitsunfähig war. Es muß also hier nach wie vor die Krankenkasse entscheiden, wann der Arbeitgeber Lohn bei Arbeitsunfähigkeit zu zahlen hat und für welchen Zeitraum.

Fortzuzahlen ist dem anspruchsberechtigten Arbeiter dasjenige Arbeitsentgelt, das ihm bei regelmäßiger Arbeitszeit zustehen würde. Ausgenommen sind Auslösungen, Schmutzulagen und ähnliche Leistungen, mit denen besondere Aufwendungen abgegolten werden. Erhält der Arbeiter Akkordlohn oder einen Ergebnislohn in anderer Form, so ist der von dem Erkrankten erzielbare Durchschnittsverdienst weiterzuzahlen. Wird in einem Betrieb verkürzt gearbeitet, so vermindert sich auch der Lohnfortzahlungsanspruch erkrankter Arbeiter. Von den genannten Grundsätzen kann in Tarifverträgen abgewichen werden.

Anzeige- und Nachweispflicht

Der Arbeiter ist verpflichtet, dem Arbeitgeber seine Arbeitsunfähigkeit und deren voraussichtliche Dauer unverzüglich anzuzeigen. Vor Ablauf des dritten Kalendertages nach Beginn der Arbeitsunfähigkeit hat er eine ärztliche Bescheinigung einzureichen. Dauert die Arbeitsunfähigkeit länger als in der Bescheinigung angegeben, so muß der Arbeiter eine neue ärztliche Bescheinigung vorlegen. Die Bescheinigungen müssen einen Vermerk des behandelnden Arztes darüber enthalten, daß der zuständige Krankenkasse unverzüglich eine Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit mit Angaben über den Befund und die voraussichtliche Dauer zu übersenden ist.

Hält sich der Arbeiter bei Beginn der Arbeitsunfähigkeit außerhalb der Bundesrepublik oder West-Berlins auf, so hat der Arbeiter die Meldung gegenüber der Krankenkasse selbst zu erstatten.

Der Arbeitgeber ist berechtigt, die Lohnfortzahlung zu verweigern, solange der Arbeiter die ärztliche Bescheinigung nicht vorlegt.

Untersuchung durch den Vertrauensarzt

Die Krankenkassen sind nach § 369 b n. F. verpflichtet, eine Begutachtung der Arbeitsunfähigkeit durch einen Vertrauensarzt zu veranlassen, wenn es zur Sicherung des Heilerfolgs oder zur Beseitigung von begründeten Zweifeln an der Arbeitsunfähigkeit erforderlich erscheint. Solange ein Anspruch auf Lohnfortzahlung besteht, hat

die Kasse dem Arbeitgeber das Ergebnis der Begutachtung mitzuteilen, wenn das vertrauensärztliche Gutachten mit der Bescheinigung des Kassenarztes nicht übereinstimmt. Die Mitteilung darf aber keine Angaben über die Krankheit des Versicherten enthalten.

Wie sieht es aus bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses?

Wenn der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis wegen einer Arbeitsunfähigkeit kündigt, so bleibt der Anspruch auf Lohnfortzahlung unberührt. Endet das Arbeitsverhältnis infolge einer Kündigung aus anderen Gründen oder durch Zeitablauf, so erlischt mit dem Ende des Arbeitsverhältnisses auch der Anspruch auf Lohnfortzahlung.

Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung

Umstrittener Punkt des Lohnfortzahlungsgesetzes bei der Schlußberatung im Bundestag war die Frage der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte. Während Arbeiter seit eh und je versicherungspflichtig sind, ohne daß die Höhe ihres Arbeitsverdienstes eine Rolle spielt, gilt für Angestellte die sogenannte »Jahresarbeitsverdienstgrenze«, die bis zum 31. 7. 69 bei 10800 DM oder 900 DM im Monat lag. Die Versicherungspflichtgrenze wird in einer ersten Stufe ab 1. 8. 1969 auf 990 DM monatlich oder 11880 DM jährlich und im Rahmen der Gesamtregelung ab 1. 1. 1970 auf 1200 DM monatlich oder 14400 DM jährlich erhöht, so daß Angestellte, deren Monatsverdienst unter dieser Grenze liegt, bei der Krankenkasse angemeldet werden müssen.

Diese Beträge gelten zugleich auch als Beitragsbemessungsgrenze, so daß sich auch für Arbeiter, die mehr als 900 DM im Monat verdienen, und ihre Arbeitgeber ab 1. 8. 1969 beziehungsweise 1. 1. 1970 höhere Beiträge ergeben. Ob diese tatsächlich als eine Mehrausgabe zu Buch schlagen, steht allerdings nicht fest, denn ab 1. 1. 1970 wird der Beitragssatz für Arbeiter generell gesenkt. Während für Arbeiter ohne Lohnfortzahlungsanspruch bisher der allgemeine (oder volle) Beitragssatz gezahlt werden mußte, der bis zu 11 v. H. betragen konnte, gilt für alle Versicherten, die im Krankheitsfalle Anspruch auf Fortzahlung des Arbeitsentgelts bis zur Dauer von sechs Wochen haben, nunmehr ein Höchstbeitragssatz von 8 v. H. Höhere Beiträge sind für solche Versicherten zu zahlen, die bei Arbeitsunfähigkeit keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung haben.

Vom Inkrafttreten des Gesetzes an bis zur Neufestsetzung durch die Satzung sind die Beiträge für Versicherte, die nach § 1 des Gesetzes über Lohnfortzahlung Anspruch auf Entgeltfortzahlung haben, nach den Beitragssätzen zu errechnen, die am 1. April 1969 nach § 189 Abs. 1 Satz 2 RVO für Versicherte mit Anspruch auf Entgeltfortzahlung für mindestens sechs Wochen festgesetzt waren.

Für die tägliche Arbeit der Krankenkasse muß also folgendes beachtet werden:

Der Kreis der freiwilligen Mitglieder ist zu überprüfen, die Beiträge der freiwilligen Mitglieder sind neu festzusetzen, die Grenzen in § 166 und § 176 ändern sich ebenfalls, für Privatversicherte gibt es wieder die Be-

freiungsmöglichkeit (§ 173 b RVO in Verbindung mit § 173 a Abs. 2 RVO), die $\frac{3}{8}$ -Pauschale bei Forderungen gegen Dritte erhöht sich von 11,25 DM auf 12,38 DM und ab 1. 1. 1970 auf 15 DM, die vom Grundlohn und Regellohn abhängigen Barleistungen (Kranken- und Hausgeld, Sterbegeld) ändern sich in den Höchstbeträgen ebenfalls.

Arzneikosten

Ab 1. 1. 1970 müssen sich die Versicherten mit 20 v. H., höchstens jedoch mit 2,50 DM je Verordnungsblatt an den Arzneikosten beteiligen. Von der Verpflichtung, den Arzneikostenanteil zu entrichten, sind in Zukunft befreit:

1. Rentner,
2. freiwillige Mitglieder, die eine Rente aus der Arbeiterrentenversicherung oder Angestelltenrentenversicherung beziehen, wobei hier die Frage auftritt, ob auch freiwillige Mitglieder, die eine Knappschaftsrente beziehen, vom Arzneikostenanteil ebenfalls befreit sind,
3. Schwerbeschädigte oder Gleichgestellte,
4. Bezieher von Kranken-, Haus-, Verletzten- und Übergangsgeld,
5. für Kinder ist ein Arzneikostenanteil nicht mehr zu zahlen,
6. die Ehefrauen und sonstigen Angehörigen sind von der Zahlung des Arzneikostenanteils befreit, wenn entweder sie oder der Versicherte die Voraussetzung des Bezuges einer Rente aus der Arbeiter- oder Angestelltenversicherung erfüllen oder wenn sie als Schwerbeschädigte oder Gleichgestellte anerkannt sind.

Krankenscheinprämie für Versicherte und Ehefrauen

Ab 1. 1. 1970 können Mitglieder gesetzlicher Krankenkassen für nicht in Anspruch genommene Krankenscheine Geldprämien erhalten, was im Ergebnis einer Beitragsrückgewährung gleichkommt, wie sie in der privaten Krankenversicherung seit jeher bekannt ist. Diese Neuregelung steht im Vordergrund des »Einstiegs in die Krankenversicherungsreform«. Zweck der Krankenscheinprämie ist es, den Versicherten den Wert der Leistungen erkennbar zu machen, ohne vor der Inanspruchnahme des Arztes eine Hürde zu errichten.

Im einzelnen bestimmt § 188 der RVO, daß der Versicherte für jedes Kalenderjahrviertel, in dem er mindestens 60 Kalendertage versichert war und in dem er keinen Krankenschein für ärztliche Behandlung gelöst oder keine Krankenhauspflege in Anspruch genommen hat, einen Betrag von 10 DM, höchstens jedoch von 30 DM im Kalenderjahr, erhält. Die Krankenscheinprämie wird nicht gewährt, wenn dem Versicherten Kosten für ärztliche Behandlung erstattet oder abgegolten werden, wenn ein Pauschbetrag für Sachleistungen an einen ausländischen Krankenversicherungsträger gezahlt wurde oder wenn die Krankenpflege ruhte. Das gleiche gilt für Ehegatten und sonstige Angehörige im Sinne des § 205 Abs. 3 RVO. Es sind also folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

1. In dem Quartal darf kein Krankenschein für ärztliche Behandlung ausgestellt sein.
2. Es darf keine Krankenhauspflege in Anspruch genommen worden sein.
3. In dem Quartal darf keine ambulante Krankenhausbehandlung stattgefunden haben.

4. In dem Quartal dürfen keine Kosten für ärztliche Behandlung erstattet oder abgegolten worden sein (zum Beispiel Vorlage von Arztrechnungen bei Auslandsaufenthalt).

5. Es darf auch kein Pauschbetrag im Rahmen der Sozialversicherungsabkommen an ausländische Sozialversicherungsträger gezahlt worden sein.

6. Die Krankenpflege darf nicht ruhen.

Die Prüfung der Voraussetzungen ergibt ein hohes Maß an Mehrarbeit für unsere Betriebskrankenkasse, aber auch für die anderen Kassen. Würde nur eine Voraussetzung zu erfüllen sein, nämlich die, daß keine ärztliche Behandlung in Anspruch genommen wurde, so wäre das Erstattungsverfahren relativ einfach. Aber so leicht ist das Erstattungsproblem nicht zu lösen.

Das Gesetz schreibt vor, daß der Betrag von der Kasse zu gewähren ist, der der Versicherte zuletzt, das heißt also in dem entsprechenden Quartal, angehört hat. Grundsätzlich ist der Betrag nach Ablauf eines jeden Quartals zu erstatten, jedoch kann die Satzung vorsehen, daß der Betrag nur einmal im Kalenderjahr gezahlt wird. Sollte also die Kassensatzung von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, das heißt jeweils nur einmal im Jahr zu erstatten, so können die entsprechenden Beträge frühestens Mitte Januar bis Anfang Februar des nächsten Jahres erstattet werden. Das vierte Quartal muß in den Fällen, in denen ärztliche Behandlung wenigstens in einem der ersten drei Quartale stattgefunden hat, abgewartet werden.

Ob der von den Initiatoren gewünschte Erfolg mit den Krankenscheinprämien erreicht wird und welche finanziellen Belastungen sich daraus für die Krankenkassen ergeben, werden die Ergebnisse und die Erfahrungen der Zukunft zeigen. Ganz sicher ist aber schon heute, daß diese Neuregelung eine Vielzahl von Zweifelsfragen auslösen wird und schon ausgelöst hat, auf die wir eine Antwort finden müssen.

Finanzielle Auswirkungen

Die Verwaltung unserer Gemeinsamen Betriebskrankenkasse Hoesch konnte für ihren Bereich feststellen, daß weder die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze ab 1. 8. 1969 noch die Erhöhung der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze ab 1. 1. 1970 und auch nicht die Einsparungen bei den Barleistungen aufgrund des Lohnfortzahlungsgesetzes die Finanzlage der Kasse aufbessern werden.

Der zwanzigprozentige Anteil der Versicherungen an den Arzneikosten bis zu 2,50 DM je Verordnungsblatt bringt ebenfalls keine Entlastung. Belastet wird die Kasse durch die Vorschrift, wonach ab 1. 1. 1970 für nicht in Anspruch genommene Krankenscheine 10 DM zurückerstattet werden müssen. Auswirkungen dieser Bestimmung lassen sich jedoch erst nach Ablauf eines Jahres feststellen.

Da die Verabschiedung des Gesetzes die finanziell ungünstige Lage unserer Krankenkasse – über die wir wiederholt berichteten – wie aller anderen Krankenkassen nicht bessern wird, kann das Gesetz nur als Vorstufe angesehen werden, den Arbeiter mit dem Angestellten gleichzustellen. Es kann sich gleichzeitig auch nur um eine Vorstufe zur Einführung der »Selbstbeteiligung und der Beitragsrückgewährung« in der gesetzlichen Krankenversicherung handeln.

UNSERE JUBILARE

Jedes Jahrzehnt
des Menschen hat sein
eigenes Glück,
seine eigenen Hoffnungen
und Aussichten

GOETHE

40

Hoesch AG Hüttenwerke

- 1. 10. 1969 Wilhelm Dören, Elektromechaniker
Werk Westfalenhütte
- 2. 10. 1969 Fritz Bruns, Chemotechniker
Werk Phoenix
- 3. 10. 1969 Eduard Kostny, Gruppenleiter
Werk Union
- 5. 10. 1969 Erich Böckler, Lokführer
Werk Westfalenhütte
- 8. 10. 1969 Max Gerber, Vorarbeiter-Schlosser
Werk Union

- 11. 10. 1969 Gustav Bischoff, Dreher
Werk Union

- 16. 10. 1969 Gustav Weber, Sachbearbeiter
Werk Union

- 19. 10. 1969 Franz Gorski, Magaziner
Werk Union

Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg

- 17. 10. 1969 Karl Mühlhausen, Maschinenarbeiter
Werk Federstahl Kassel

Schwerter Profileisen- walzwerk AG

- 18. 10. 1969 Wilhelm Reichmann, Kolonnenführer

Trierer Walzwerk AG

- 20. 10. 1969 Paul Müller, Walzer
Werk Langerfeld

Hoesch Maschinenfabrik Deutschland AG

- 14. 10. 1969 Fritz Reich, Anstreichermeister

Hoesch AG Bergbau

- 15. 10. 1969 Josef Stoffer, Anschläger
Schachanlage Radbod

25

Hoesch AG Hüttenwerke

- 1. 10. 1969 Bernhard Ammann, Reparatur-
schlosser
Werk Union

- 14. 10. 1969 Günter Schmidt, 1. Steuermann
Werk Westfalenhütte

- 15. 10. 1969 Karl Heinz Nahlik, Starkstrom-
elektriker
Werk Phoenix

- 20. 10. 1969 Erich Poganietz, Walzenumbauer
Werk Union

- 23. 10. 1969 Fritz Plappert, Ablader
Werk Westfalenhütte

- 23. 10. 1969 Willi Wischna, Lokführer
Werk Westfalenhütte

- 24. 10. 1969 Erich Schauka, Vorarbeiter-Schlosser
Werk Phoenix

- 26. 10. 1969 Herbert Vogel, Konstrukteur
Werk Phoenix

- 28. 10. 1969 Else Rosenthal, Werkstattschreiberin
Werk Union

- 30. 10. 1969 Theo Burczyk, Probenzurichter
Werk Westfalenhütte

- 31. 10. 1969 Arnold Totschek, Schlosser
Werk Union

- 31. 10. 1969 Hans Telgheder, Meister
Werk Phoenix

Hoesch AG Bergbau

- 6. 10. 1969 Günter Frings, Maschinenhauer
Schachanlage Fürst Leopold-Baldur

- 7. 10. 1969 Karl-Heinz Bernhoff, Hauer
Verbundbergwerk Emil-Fritz

- 22. 10. 1969 Franz Tiedtke, Zimmerer-Meister
Verbundbergwerk Emil-Fritz

- 27. 10. 1969 Günter Sielaff, Schlosser
Verbundbergwerk Emil-Fritz

DIE WERKE UND GESELLSCHAFTEN DER HOESCH AG

Dortmund-Hörder Hüttenunion AG
Dortmund

STAHLERZEUGUNG

Hoesch AG Hüttenwerke Dortmund

WEITERVERARBEITUNG

Hüttenwerke Siegerland AG Siegen

Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg
Hohenlimburg

Hoesch AG Röhrenwerke Hamm

Rothe Erde – Schmiedag AG Dortmund

Schwerter Profileisenwalzwerk AG
Schwerte

Trierer Walzwerk AG
Wuppertal-Langerfeld

Döhner AG Letmathe

Hoesch Maschinenfabrik Deutschland AG
Dortmund

Schwinn AG Homburg/Saar

Dittmann & Neuhaus AG Herbede/Ruhr

Blefa GmbH Blechverarbeitung und
Fassfabrik Kreuztal (Kr. Siegen)

Hoesch Drahtseilwerke GmbH Dortmund

Titan Verpackungssysteme GmbH
Schwelm

Schiffswerft Gustavsburg GmbH
Gustavsburg/Hessen

Hoesch Werk Federstahl Kassel
Kassel

Schwinn Sàrl
Hénin-Liétard (Pas de Calais)

Hoesch Argentina SAlYC Buenos Aires

Hoesch Scripelliti SA Industria de Molas
São Paulo

Suspensiones Automotrices SA
Tlalnepantla Mexiko

Industriewerte AG Dortmund

KOHLE

Hoesch AG Bergbau Essen-Altenessen

HANDEL INLAND UND EXPORT

Hoesch Eisenhandel mbH Dortmund

Dortmunder Eisenhandel GmbH
Dortmund

Celler & Co GmbH Dortmund

Hans Kaupmann GmbH
Wanne-Eickel

Hoesch Reederei und Kohlenhandel GmbH
Essen

Hoesch Export GmbH Dortmund

American Hoesch Inc New York

Hoesch France Sàrl Paris

Hoesch Italiana SpA Mailand

Hoesch Limited London

Hoesch SA Madrid

Hoesch Nederland NV Den Haag

Gesamtbelegschaft 63 000

FOTO WETT BEWERB

STRAND UND WASSER

- 1 Adolf Preuhs
Hoesch AG Hüttenwerke
Insel Mallorca
- 2 Theodor Hennemeier
Hoesch Drahtseilwerke GmbH
Westfalenpark Dortmund
- 3 Willi Birk
Hoesch AG Hüttenwerke
Insel Wangerooge
- 4 Klas Spitzer
Hoesch AG Hüttenwerke
Insel Sylt
- 5 Erika Opfer
Hoesch Eisenhandel mbH, Kassel
Mole von Puttgarden

Für den Fotowettbewerb können unsere Leser bis zum 3. Oktober Fotos zu dem Thema »Im Wald gefunden« und bis zum 3. November Fotos zu dem Thema »Sport« einreichen.

WERK UND WIR - FOTOWETTBEWERB '69

Januar	Meine schönste Aufnahme
Februar	In der Großstadt
März	Die Gruppenaufnahme
April	Rauchwolken
Mai	Das menschliche Gesicht
Juni	Im Zoo
Juli	Kinder unbeobachtet
August	Blüten
September	■ Strand und Wasser
Oktober	Im Gebirge
November	Im Wald gefunden
Dezember	Sport

Für jedes veröffentlichte Bild erhält der Einsender eine Prämie von dreißig Mark. Die eingereichten Bilder sollen – um eine gute Wiedergabe im Druck zu ermöglichen – möglichst nicht zu klein und auf weißem Hochglanzpapier vergrößert sein. Bitte vergessen Sie nicht, auf jedem Bild Ihren Namen, Ihre Anschrift und das Werk, in dem Sie beschäftigt sind, anzugeben. Unsere Anschrift lautet: Fotowettbewerb WERK UND WIR, Hoesch AG, 46 Dortmund, Eberhardstraße 12.

WERK und WIR

Eine Zeitschrift für die Mitarbeiter der Hoesch Aktiengesellschaft. Herausgeber: Hoesch Aktiengesellschaft, Dortmund ■ Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft: Walter Hölkeskamp ■ Redaktion: Erhard Jahn und Rolf Grötting ■ Graphische Gestaltung: Karl Georg Schmidt ■ Anschrift der Redaktion: Dortmund, Bornstraße 166, Telefon 84 41, Fernschreiber 0822 294/0822 123 ■ Druck: bauer druck köln KG ■ Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft Ausgabe BERGBAU, Seiten [97] bis [108]: Josef Ganster ■ Redaktion: Erhard Jahn und Rolf Grötting ■ Graphische Gestaltung: Karl Georg Schmidt ■ Anschrift der Redaktion: Dortmund, Bornstraße 166, Telefon 84 41, Fernschreiber 0822 294/0822 123 ■ Druck: bauer druck köln KG ■ Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft Aus-

gabe HÜTTENWERKE, Seiten [129] bis [144]: Dr. Günter Sieber ■ Redaktion: Dipl.-Kfm. Josef Lüftner und Ingeborg Wintermeier ■ Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12, Telefon 84 41, Fernschreiber 0822 123/0822 294 ■ Druck: Westfalendruck, Dortmund ■ Nachdruck von Beiträgen dieses Heftes honorarfrei gegen Quellenangabe und zwei Belegexemplare gestattet, ausgenommen die im Inhaltsverzeichnis mit □ gezeichneten Berichte ■ WERK UND WIR erscheint monatlich und wird kostenlos an alle Belegschaftsmitglieder abgegeben.

Bildnachweis: Titelseite: Hennes Multhaupt, Essen; Rückseite: Manfred Kampmann, Dortmund. Schwarzweißaufnahmen: Erich Kreuzner, Emil Ahning, Helmut Hering, Lotte Hertling, Manfred Kampmann, Thölen, Anni Wölk, Gustav-Adolf Wüstenfeld, alle Dortmund; Archiv Gerstenberg, Frankfurt; Martin Frank, Gelsenkirchen; Günther Pesch, Hamm, und Werk- und Privatfotos. Zeichnungen: Hans Geisen, Basel; Ulrik Schramm, Feldafing.



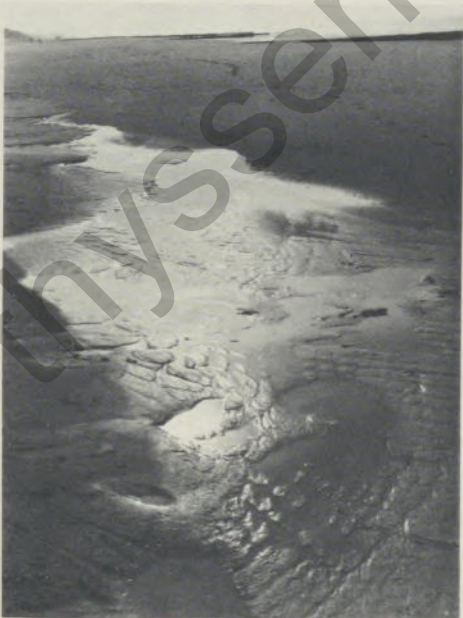
1



2



3



4



5

